



**Stadt Lünen**  
Rechnungsprüfung

2014

---

**Prüfung des Jahresabschlusses  
der Stadt Lünen zum 31.12.2014**

**Bericht**

---

## **Inhaltsverzeichnis**

1	PRÜFUNGS-AUFTRAG	5
2	GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	5
2.1	Lage der Gemeinde	5
2.1.1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung	5
2.1.1.1	Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf	5
2.1.1.2	Künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	7
2.2	Auffälligkeiten	9
2.2.1	Auffälligkeiten in der Rechnungslegung	10
2.2.2	Sonstige Auffälligkeiten	12
3	GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	20
3.1	Gegenstand der Prüfung	20
3.2	Art und Umfang der Prüfung	21
4	FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	25
4.1	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	25
4.1.1	Buchführung und weitere geprüfte Bereiche	25
4.1.2	Jahresabschluss	28
4.1.3	Lagebericht	29
4.2	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	30
4.2.1	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	30
4.2.2	Wesentliche Bewertungsgrundlagen	30
4.2.3	Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	31
4.2.4	Aufgliederungen und Erläuterungen	31
4.2.4.1	Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage	32
4.2.4.2	Erläuterungen zu Bilanzpositionen	37
4.2.4.2.1	Aktivseite	37
4.2.4.2.2	Passivseite	54
4.2.5	Ergebnisrechnung	64
4.2.6	Finanzrechnung	66

5	FAZIT	68
6	BESTÄTIGUNGSVERMERK UND SCHLUSSBEMERKUNG	70
7	ANLAGEN ZUM PRÜFUNGSBERICHT	72
7.1	Pflichtbestandteile	
7.1.1	Bilanz zum 31. Dezember 2014	
7.1.2	Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014	
7.1.3	Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014	
7.1.4	Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014	
7.1.5	Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 einschließlich Anlagenspiegel, Forderungsspiegel, Verbindlichkeitenspiegel und Sonderpostenspiegel	
7.1.6	Bestätigungsvermerk	
7.2	Sonstige Anlagen zum Prüfungsbericht	
7.2.1	Rechtliche Verhältnisse	
7.2.2	Unternehmensübersicht der Stadt Lünen	
7.2.3	Handlungsplan der Finanzdienste	
7.2.3.1	Zeit- und Maßnahmenplan zum Prüfbericht IKS-Personal	
7.2.4	Bericht IKS-Prüfung Anlagenabgänge ausgewählter Produktbereiche	

## Abkürzungsverzeichnis

ARAP	aktive Rechnungsabgrenzungsposten
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
ATZ	Altersteilzeit
BAAS	Business Academy of Applied Science gGmbH
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BWL	Betriebswirtschaftslehre
CHF	Schweizer Franken
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EDV	elektronische Datenverarbeitung
ELAG	Einheitslastenabrechnungsgesetz
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
GFG	Gemeindefinanzierungsgesetz
GO	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
Gol	Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt
HSK	Haushaltskonsolidierung
IDR	Institut der Rechnungsprüfer
IDR LL	Institut der Rechnungsprüfer Leitlinien
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IDW PS	Institut der Wirtschaftsprüfer Prüfungsstandard
IKS	Internes Kontrollsystem
IKVS	Interkommunales Kennzahlenvergleichssystem
IT	Informationstechnologie
JA / JAB	Jahresabschluss
JAP	Jahresabschlussprüfung
JAP	Jahresabschlussprüfung
kA	Kleinaktionäre
KiTa	Kindertagesstätte

LED	Licht-emittierende Dioden
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
NRW	Nordrhein-Westfalen
PC	Personal Computer
PK	Personenkonto
PRAP	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
RP	Rechnungsprüfung
SAL AöR	Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Anstalt des öffentlichen Rechts
SAN	storage area network (virtuelles Netzwerk)
SGB	Sozialgesetzbuch
Sopo	Sonderposten
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
U 3	unter 3 Jahren
VEW	Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen
VKU	Verkehrsgesellschaft Kreis Unna
VWA	Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft
WZL	Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH
ZGL	Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen
0.6	Abteilung Rechnungsprüfung
8.3	Abteilung Informationstechnologie

**Aus rechentechnischen Gründen können Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€, % usw.) auftreten.**

## **1 PRÜFUNGS-AUFTRAG**

Entsprechend § 101 Abs. 8 GO i.V.m. § 103 Abs. 1 Nr. 1 GO obliegt der Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 (Anlagen 7.1.1 bis 7.1.5) unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

der Gemeinde Stadt Lünen,

nachfolgend auch Gemeinde genannt.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (vgl. IDW PS 450) erstellt wurde.

Dieser Prüfungsbericht beinhaltet eine analysierende Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage sowie einen Erläuterungsteil zu einzelnen Bilanzpositionen bzw. zur Ergebnis- und Finanzrechnung, die unter Ziffern 4.2.4.2.1 und 4.2.4.2.2 eingefügt sind.

## **2 GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN**

### **2.1 Lage der Gemeinde**

#### **2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung**

##### **2.1.1.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf**

Im Jahresabschluss sowie im Lagebericht wurden nach Auffassung der Rechnungsprüfung folgende wesentliche Aussagen zum Geschäftsverlauf und zur Lage der Gemeinde getroffen:

### Überblick über die Schlussbilanz zum 31.12.2014 der Stadt Lünen

<b>Aktiva</b>	<b>€</b>	<b>in %</b>	<b>Passiva</b>	<b>€</b>	<b>in %</b>
Anlagevermögen	486.155.900	90,4	Eigenkapital	15.677.100	2,9
Umlaufvermögen	45.424.300	8,4	Sonderposten	81.850.100	15,2
ARAP	6.493.300	1,2	Rückstellungen	156.049.500	29,0
			Verbindlichkeiten	272.972.100	50,7
			PRAP	11.524.700	2,2
<b>Summe</b>	<b>538.073.500</b>	<b>100,00</b>	<b>Summe</b>	<b>538.073.500</b>	<b>100,00</b>

Die Bilanz der Stadt Lünen schließt im Haushaltsjahr 2014 mit einer Bilanzsumme von **538,1 Mio. €** ab.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Lünen nahm im Haushaltsjahr 2014 erneut einen negativen Verlauf:

Das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital hat sich gegenüber der Eröffnungsbilanz 2014 um 13,93 Mio. € verringert. Die Eigenkapitalquote liegt durch diese Verringerung der Allgemeinen Rücklage nur noch bei 2,9 %.

Auch die umfassenden Bemühungen der Stadt Lünen, die sich seit Jahren in einem deutlichen und seit 2010 in einem dramatischen Konsolidierungsprozess befindet, haben nicht ausgereicht, das hohe Jahresdefizit von 13,93 Mio. € zu verhindern.

Das Thema Gemeindefinanzierung befindet sich nach wie vor in der politischen Diskussion. Die zukünftigen Veränderungen werden jedoch von zusätzlichen Belastungen für die Stadt Lünen dominiert.

**Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:**

**Die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf der Gemeinde geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage der Gemeinde zum Abschlussstichtag wieder.**

### **2.1.1.2 Künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Im Lagebericht wurden nach Auffassung der Rechnungsprüfung folgende wesentliche Aussagen zur künftigen Entwicklung und zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gemeinde getroffen:

#### **Chancen der künftigen Entwicklung der Stadt Lünen**

Die Stadt Lünen legte mit einem umfassenden Konsolidierungsprozess, neben staatlichen Hilfen, die Grundlage, den zukünftigen Haushaltsbelastungen entgegen zu treten. Dieser Prozess der finanziellen Gegensteuerung war insbesondere vor dem Hintergrund der zusätzlichen Belastungen unverzichtbar und zukunftsorientiert. Die Fähigkeit und der Willen der Stadt Lünen, immer wieder durch eigene Konsolidierungsbemühungen und einhergehende, z.T. schmerzliche, politische Entscheidungen das Heft des Handelns in der Hand zu behalten, birgt auch zukünftig die Chance der selbstbestimmten Aufgabenwahrnehmung. Aufgabenkritik und Geschäftsprozessoptimierung sind hier wichtige Stichworte. Nicht zuletzt die, im Jahre 2011 im Rahmen der Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II vorgenommenen, erheblichen Investitionen trugen bereits seit 2012 zu einer Erzielung von Einspareffekten durch die energetischen Sanierungsmaßnahmen bei, die sich in Zukunft fortsetzen werden.

#### **Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt Lünen**

Wesentliche Risiken, die hinsichtlich der kommunalen Aufgabenerfüllung als bestandsgefährdend einzustufen sind oder einen erheblichen Einfluss auf die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- oder Finanzlage der Stadt Lünen haben können, waren zum Bilanzstichtag nicht bekannt.

An sonstigen Risiken, die sich nachteilig auf die Haushaltsentwicklung auswirken können, sind zu erwähnen:

**Zinsentwicklung:** Nachdem noch in den vergangenen Jahren die Investitionskredite reduziert wurden, wird es zukünftig auf Grund von erheblichen, unabdingbaren, kreditfinanzierten Investitionen in eine gesetzlich vorgeschriebene, bedarfsgerechte Infrastrukturausstattung ggf. zu einem erheblichen Anstieg der Investitionskredite kommen. Auch werden durch die noch bis ins Jahr 2017 eingeplanten Haushaltsdefizite die Liquiditätskredite (Kassenkredite) in den kommenden Jahren steigen.

Während bei den Investitionskrediten eine langfristige Zinssicherung betrieben werden kann, ist dies bei den Kassenkrediten gesetzlich nur bedingt möglich. Das noch immer auf einem historischen Tiefstand befindliche Zinsniveau birgt das Risiko eines deutlichen Anstieges mit, aufgrund des hohen Standes an Verbindlichkeiten, erheblichen finanziellen Belastungen für die Stadt Lünen. Der Handlungsspielraum der Stadt Lünen ist hier im Rahmen der rechtlich möglichen Zinsbindungszeiten inzwischen ausgeschöpft.

**Soziallasten:** Risikobehaftet ist auch die weitere Entwicklung im sozialen Bereich. Leider haben auch die guten überregionalen konjunkturellen Rahmenbedingungen die Arbeitslosenquote nicht nachhaltig sinken lassen. Dies kann, insbesondere bei sich verschlechternden wirtschaftlichen Daten, zu einem deutlichen Anstieg der Soziallasten führen, der sich letztlich durch weitere Erhöhungen der Kreisumlage im kommunalen Haushalt belastend auswirken und die Bemühungen um einen ausgeglichenen Haushalt ein weiteres Mal konterkarieren könnte.

**GFG:** Die Stadt Lünen ist auch in Zukunft auf die Sicherstellung einer angemessenen Finanzausstattung durch das Land angewiesen. Eben hier ist die Perspektive problembehaftet.

**Personal:** Der Trend, dass hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie junge, motivierte und aufstrebende Kolleginnen und Kollegen die Stadt Lünen verließen, hat sich fortgesetzt. Die Rechnungsprüfung hält diese Entwicklung für ein erhebliches Risiko für die zukünftige Sicherstellung der effektiven, effizienten und rechtmäßigen Leistungserfüllung durch die Stadtverwaltung Lünen. Insbesondere im Rahmen von HSK – Projekten und Sparzwängen ist es umso wichtiger, aktuelle oder zukünftige Leistungsträger der Stadtverwaltung Lünen zu halten. Hierzu ist nicht zuletzt ein sowohl auf die Bedürfnisse der Stadt Lünen, als auch auf die der

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgerichtetes fachliches Personalentwicklungskonzept nunmehr dringend notwendig.

**Darauf hat die Rechnungsprüfung auch bereits im Rahmen der Jahresprüfung 2013 in ihrem IKS-Prüfbericht Personal hingewiesen. Der daraufhin mit den Personaldiensten vereinbarte Maßnahmenkatalog wurde bisher nicht umgesetzt.**

Obwohl seitens der Personaldienste eine abschließende Umsetzung bis (spätestens) September 2015 zugesagt worden ist, lagen der Rechnungsprüfung bis zum Redaktionsschluss am 04.11.2015 keinerlei Informationen über Umsetzungsstände vor.

Auch die zugesagte Information an den Haupt- und Finanzausschuss hat nicht stattgefunden.

Der Zeit- und Maßnahmenplan vom 20.01.2015, welcher dem Rechnungsprüfungsausschuss in der Sitzung am 11.02.2015 vorgestellt worden ist, wird um die Umsetzungsstände ergänzt, als Anlage 7.2.3.1 beigefügt.

**Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind:**  
Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag / Erstellung des Jahresabschlusses 2014 eingetreten sind, sind nicht bekannt.

**Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:**

**Die Aussagen im Lagebericht spiegeln insgesamt die künftige Entwicklung sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung nach Auffassung der Rechnungsprüfung zutreffend wieder.**

## **2.2 Auffälligkeiten**

Bei Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts wurden Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen

ortsrechtlichen Bestimmungen oder Tatsachen festgestellt, wie sie nachfolgend beschrieben werden. Verfehlungen wurden nicht festgestellt. Zu erwähnen ist hierbei, dass es sich zum Teil um Beanstandungen handelt, die zuvor bereits bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2013, der ja erst im November 2014 testiert wurde, festgestellt wurden.

## **2.2.1 Auffälligkeiten in der Rechnungslegung**

### **Anlagevermögen**

Im Rahmen der vergangenen Jahresabschlussprüfung wurde vereinbart, Grundstücksveränderungen möglichst erfolgsneutral zu buchen, indem Zu- und Abgänge direkt auf die ursprüngliche Inventarnummer gebucht werden. Die Rechnungsprüfung ging davon aus, dass diese Zu- und Abgänge als Wert in der Finanzbuchhaltung erscheinen. Dies ist jedoch nicht der Fall, da das Softwaresystem H+H keine Veränderungen von Inventarnummern mit unterschiedlichem Konto verbuchen kann, so dass in der Finanzbuchhaltung der gesamte Buchbestand zunächst wieder eingebucht und der veränderte Buchbestand wieder ausgebucht wird. Die Veränderung muss also errechnet werden. Die Buchungen werden intransparent und nur schwer nachvollziehbar. Sofern eine Umstellung von Seiten der Softwarefirma nicht möglich ist, wurde für das HH-Jahr 2016 eine Rückkehr zur erfolgswirksamen Verbuchung vereinbart.

Für die Straßenabschnittsplittungen im Rahmen der Inventur bei Flächenmehrung wurden in der Anlagenbuchhaltung Fehler festgestellt, welche zur Folge hatten, dass nicht alle Vermögensgegenstände (Inventarnummern) mit den richtigen Werten ausgewiesen werden. Dieses Problem wurde von der Rechnungsprüfung für die Softwarefirma beschrieben und von der Finanzabteilung an diese weitergeleitet. Auswirkungen auf die Finanzbuchhaltung (Bilanz) konnten hierdurch nicht ausgemacht werden.

### **Sonderposten für den Gebührenaussgleich**

Gemäß § 43 Abs. 6 GemHVO sind für Überdeckungen aus den Gebührenhaushalten Sonderposten zu bilden. Unterdeckungen sind im Anhang zu nennen. Die entsprechende Vorgehensweise bei der Erstellung des Jahresabschlusses setzt jedoch voraus, dass die städtischen Gebührenhaushalte auch bis zum 31.03. eines jeden Folgejahres abgeschlossen sind. Dies war im Rahmen der Jahresabschlusserstellung 2014 jedoch nicht sichergestellt. Insbesondere der testierte Jahresabschluss 2014 des Vertragspartners DRK wurde erst Mitte Oktober 2015 vorgelegt, so dass der Betriebsabrechnungsbogen für den städtischen Jahresabschluss 2014 erst mit Prüfungsende

zusammen mit den endgültigen Jahresabschluss-Unterlagen vorgelegt wurde. In den Vorjahren lag bis zur Berichtserstellung oft nur ein vorläufiges Ergebnis vor. Festzustellen ist leider, dass sich dieser Zustand bereits seit Jahren durch die Jahresabschlüsse zieht. Die Rechnungsprüfung regt hier an, zeitnah Lösungen zu finden und notwendige organisatorische Umstellungen vorzunehmen. Ein weiteres Problem stellt die periodengerechte Zuordnung der Rettungsdienstgebühren dar. So mussten im Oktober 2015 noch umfangreiche Umbuchungen ins Jahr 2014 vorgenommen werden. Eine Lösung ist jedoch bereits in Arbeit, so dass sich dieses Problem voraussichtlich im kommenden Jahresabschluss nicht mehr stellen wird.

### **Forderungsdarstellung**

Bereits zur Jahresabschlussprüfung 2013 wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt Lünen in Forderungen in nicht bezifferbarer Höhe an die Stadt selbst bilanziert. Die Abteilung Finanzdienste ist sich der Problematik bewusst und wird dieses Manko durch eine Erweiterung der Internen Leistungsverrechnung bis zum Haushaltsjahr 2017 beheben (vgl. Anlage 7.2.3 – Handlungsplan der Finanzdienste lfd. Nr. 29).

### **Erklärung der Prüfbereitschaft**

Grundlage einer termingerechten und prüffähigen Jahresabschlusserstellung durch die Finanzdienste ist es, dass die wesentlichen Arbeiten am Jahresabschluss abgeschlossen sind. Alle Bilanzwerte sind systemintegriert verplausibilisiert, verifiziert; entsprechende Vorgänge sind dokumentiert und die notwendigen begründenden Unterlagen liegen vor. Dies beinhaltet insbesondere auch im Jahresabschluss einbezogene Inventuren.

Erst nach Erklärung bzw. Bestehen der Prüfbereitschaft kann mit der Prüfung begonnen werden.

Die verfrühte Erklärung der Prüfbereitschaft mit dem einhergehenden Prüfungsbeginn haben auf den Prüfungsablauf erhebliche negative Einflüsse. Insbesondere wird die Prüfungsdauer wesentlich verlängert und der Prüfungsaufwand gravierend erhöht. Dies betrifft sowohl das Prüfen auf der Basis vorläufiger Zahlenwerke, die schlussendlich noch einmal nach Abstimmung geprüft werden müssen, als auch ein Mangel an systemintegrierten Abstimmungstätigkeiten und Dokumentationen, die wiederholtes Nachfordern von Unterlagen und Auskünften notwendig macht. Auch ist prüferisch folgerichtig die Prüfungsintensität und damit der Prüfungsaufwand in den Bereichen zu erhöhen, wo im Rahmen der Prüfungsdurchführung Abweichungen ermittelt werden. Diese finden sich zwangsläufig in wenig abgestimmten Zahlenwerken mehr, als im Zuge von Abschlussarbeiten durch den Bereich Finanzdienste bereits kontrollierte Positionen.

Im Abstimmung mit der Leitung der Rechnungsprüfung ist die Prüfbereitschaft durch die Finanzdienste bei der Jahresabschlussprüfung 2014 erst später erklärt worden, so dass im Vergleich zur Jahresabschlussprüfung 2013 weniger Abstimmungsbedarf bestand. Die Abweichung vom Entwurf zum Zeitpunkt der Erklärung der Prüfbereitschaft zum endgültigen Jahresabschluss ist jedoch insgesamt immer noch optimierungsfähig. Hinzu kommt, dass der Zeitraum, welcher der Rechnungsprüfung für die Prüfung des Jahresabschlusses verbleibt, sich bei späterer Prüfbereitschaft auch entsprechend reduziert.

Seitens der Rechnungsprüfung wird es daher weiterhin als erforderlich angesehen, dass eine weitere Systematisierung und Prozessbetrachtung sowie eine Erhöhung des Personalaufwands im Zeitraum der Jahresabschlusserstellung von Seiten der Finanzdienste erfolgt. Insbesondere die personelle Ausstattung des Bereiches Finanzdienste sollte hinsichtlich der Notwendigkeit zusätzliches, umfangreich betriebswirtschaftlich ausgebildetes Personal zu rekrutieren, geprüft werden.

### **Rechnungsabgrenzung**

Zur Vereinheitlichung von Rahmenbedingungen zur Rechnungsabgrenzung für die Gesamtverwaltung haben sich die Finanzdienste bereits mit dem Thema Rechnungsabgrenzung beschäftigt. Nachdem die Finanzverwaltung mittlerweile den Gesamtabschluss 2010 erstellt hat und kurz vor Fertigstellung der Gesamtabchlüsse 2011 und 2012 steht, sollte diesbezüglich auch durch eine Dienstanweisung dafür Sorge getragen werden, dass bei der Stadt Lünen einheitliche Handlungsanweisungen vorliegen. Die Finanzdienste teilen diese Auffassung und haben die Erstellung einer Dienstanweisung im Rahmen der Erstellung einer Bilanzierungsrichtlinie vorgesehen.

## **2.2.2 Sonstige Auffälligkeiten**

### **Internes Kontrollsystem**

Erneut wurde im Rahmen der Jahresabschlussprüfung auch diesmal eine Prüfung der internen Kontrollsysteme in einem kommunalen Schlüsselbereich vorgenommen:

Dabei wurden folgende Kriterien untersucht:

- Transparenz

Geschäftsverteilungsplan, Weisungsbefugnisse, Vertretungen, Dienstanweisungen etc.

- Vier-Augen-Prinzip

Gegenzeichnungen, systemintegrierte Kontrollen

- Funktionstrennung

Abgrenzung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, Aufgabenerfüllung und Controlling etc.

- Mindestinformation

Sicherungsmaßnahmen bei IT-Systemen, z.B. Zugriffsbeschränkungen, Möglichkeiten manueller Veränderungen etc.

Insbesondere aus der Systematik des risikoorientierten Prüfungsansatzes heraus fand eine differenzierte Betrachtung der diesbezüglichen Schlüsselprozesse statt. (Anlage 7.2.4)

## **Beteiligungsmanagement**

Bereits in den Prüfberichten der vergangenen Jahre finden sich Ausführungen zum Beteiligungsmanagement. Zum Jahresanfang 2014 wurde im Bereich der Finanzdienste die Stelle eines Beteiligungsmanagers geschaffen und besetzt. Dies ist vor dem Hintergrund des Konzerns Stadt Lünen ein wichtiger, ganz wesentlicher Schritt in Richtung Gesamtsteuerung gewesen.

Dadurch wurde auch den im Prüfbericht zum JA 2013 aufgeführten Hinweisen Rechnung getragen:

- Beteiligungsverwaltung

Im Rahmen des Aufbaus des Beteiligungsmanagements erfolgte 2014 eine Inventur und Analyse der Geschäftsführer- und Gesellschaftsverträge der wesentlichen Beteiligungsgesellschaften. Es wurden in 2014 Vereinbarungen mit den wesentlichen Beteiligungsgesellschaften dahingehend geschlossen, dass auch das

Beteiligungsmanagement zeitgleich mit den AR-Mitgliedern ebenfalls die AR-Unterlagen erhält.

- **Beteiligungscontrolling**

2014 wurde ein Quartalsberichtswesen und das Berichtswesen bzgl. der Wirtschaftsplanung der Beteiligungen eingeführt. Es wurde 2014 im HFA kommuniziert, dass das Berichtswesen zu den Jahresabschlüssen erstmalig 2015 erfolgt und entsprechend auch 2015 umgesetzt. Ein dezidiertes Berichtskreislauf Wirtschaftsplanung-Quartalsberichte-Jahresabschlüsse, bei dem jeweils Bezüge zwischen den Einzelberichten existieren, ist im Aufbau. Der Entwurf des Public Corporate Governance Kodex wurde 2014 ebenfalls durch das Beteiligungsmanagement überarbeitet und 2015 beschlossen.

- **Mandatsbetreuung**

Die Mandatsbetreuung ist eine Dienstleistung des kommunalen Beteiligungsmanagements. Sie soll vor allem sicherstellen, dass die vom Rat in Aufsichtsgremien entsandten Mitglieder fachlich beraten werden, Kenntnisse über ihre Rechte und Pflichten haben und ggf. über die Bedeutung der anstehenden Entscheidung (z.B. im Aufsichtsrat) für die Stadt Lünen informiert sind. Auch das Anbieten von Fachseminaren und Informationsveranstaltungen wäre denkbar.

In der Zeit- und Maßnahmenplanung des Beteiligungsmanagements, welche dem HFA 2014 präsentiert wurde, gehörte auch der Aufbau einer Ratsbetreuung zu den Maßnahmen. Diese wurde in der 2. Jahreshälfte 2015 eingeleitet.

- **Beteiligungsbericht**

Die Beteiligungsberichte 2011 und 2012 entsprachen nicht den gesetzlichen Anforderungen, da die in § 52 (1) Nr. 5 und 8 GemHVO erforderlichen Angaben (Kennzahlen bei wesentlichen Beteiligungen und Personalbestand) nicht vorhanden waren.

Der Beteiligungsbericht wurde vom Beteiligungsmanagement im Zuge der Berichtserstellung für das GJ 2013 grundlegend überarbeitet und in eine übersichtlichere Darstellung gebracht und um die entsprechenden Informationen gem. GemHVO ergänzt.

### **Einbringung des Entwurfes des Jahresabschlusses in den Rat**

Gemäß § 95 Absatz 3 GO hat der Kämmerer den Entwurf des Jahresabschlusses aufzustellen. Dem Rat ist dieser Entwurf bis zum 31.03. des Folgejahres zuzuleiten. Ziel kann es jedoch nicht sein, die Frist um den Preis der Zuverlässigkeit des vorzulegenden Zahlenwerkes einzuhalten. Nach Auffassung der Rechnungsprüfung ist in den kommenden Jahren zunächst die Erstellung eines prüf- und belastbaren Entwurfes in den Fokus zu stellen. In einem weiteren Schritt sollte in einigen Jahren wieder die Einhaltung der gesetzlichen Frist unter Beibehaltung der dann gewonnenen Entwurfsqualität angestrebt werden. Insbesondere der zeitliche Druck in Kombination mit der, nach Auffassung der Rechnungsprüfung, viel zu dünnen Personaldecke im Bereich der Finanzdienste (Jahresabschlusserstellung) hat in den letzten Jahren Probleme aufgeworfen.

### **Inventur**

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sehen, dem NKF-Weiterentwicklungsgesetz folgend, einen zeitlichen Rahmen für die Durchführung von Inventuren von fünf Jahren vor. Dieser Zeitrahmen war, nachdem bereits im Jahr 2007 die Eröffnungsbilanz erstellt und die entsprechenden Bewertungen vorgenommen wurden, im Jahr 2011 ausgeschöpft.

Auf Veranlassung der Rechnungsprüfung wurden inzwischen Inventuren für die Jahre 2013 und 2014 mit jeweils rund 25 % des Straßenvolumens beauftragt und auch durchgeführt. Dies entspricht der Forderung der Rechnungsprüfung diesen Bereich zu strukturieren und die bilanzielle Behandlung unmittelbar den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Um den formalen Verpflichtungen nachzukommen, sind noch die Themen Dokumentation, Einhaltung GoI, Inventurrichtlinien / Sonderrichtlinien, Bewertungsrichtlinie etc. aufzuarbeiten.

Insbesondere die Inkraftsetzung der Inventurrichtlinien gemäß § 28 Abs. 4 GemHVO, die die Rechnungsprüfung bereits im vorletzten Jahr angemahnt hatte. Inzwischen wurden Inventurrichtlinien durch einen externen Berater erarbeitet und liegen im Entwurf vor. Der Entwurf empfiehlt eine Prüfung von Sonderrichtlinien z. B. für Straßen, die aus fachlichen Gründen (z. B. Besonderheiten der Straßenbewirtschaftung) erforderlich werden. Darüber hinaus empfiehlt das

Gutachten die Erstellung einer Bilanzierungsrichtlinie, da sich die Inventurrichtlinie im Bereich der Bewertungsvorschriften auch auf die örtliche Bilanzierungsrichtlinie stützen muss.

- **Straßenzustandserhebung**

Die Abteilung Straßenbau veranlasste im Jahr 2011 eine Straßenzustandserhebung. Diese war Ausgangspunkt für die Berechnung zukünftigen Instandhaltungsaufwands und notwendiger Investitionen. Festzustellen ist, dass diese Maßnahme eine rein fachliche Informationsplattform für den Straßenbau bietet. Weder wurde die Maßnahme durch die Finanzdienste veranlasst, noch folgte sie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Inventur. Auch war nicht gewährleistet, die für eine Inventur notwendige Bewertungsstetigkeit herzustellen. Dennoch waren sowohl der Kämmerer, als auch die Rechnungsprüfung der Auffassung, dass die hierin beschriebene Verschlechterung des Straßenzustands in Lünen bilanziell nicht einfach ignoriert werden kann. Seinen bilanziellen Niederschlag fanden die negativen Prognosen der Straßenzustandserhebung eben an den zwei Stellen, in denen es möglich war, den Veränderungen maßnahmenscharfe Berechnungen zugrunde zu legen.

Von dem Gedanken, der durch die Abteilung Straßenbau vorgenommenen Priorisierung ausgehend, wurden die Straßen, die in den nächsten Jahren in den Genuss von Investitionsmaßnahmen kommen, in der erwarteten Nutzungsdauer gekürzt und mit einer entsprechenden Sonderabschreibung belastet. In 2014 waren derartige zusätzliche Sonderabschreibungen nicht erforderlich, da die geplanten zu erneuernden Straßen entweder bereits vollständig abgeschrieben waren, oder Bestandteil der Inventur waren und damit eine entsprechende Abschreibung auf die ermittelte Zustandsklasse vorgenommen wurde.

Im Bereich der Rückstellungen wurde für die Maßnahmen, die in den kommenden Jahren mit Instandhaltungsmaßnahmen bedient werden, eine entsprechende Instandhaltungsrückstellung gebildet.

Von Seiten der Rechnungsprüfung wurde dieser Weg bevorzugt, da er den, im Rahmen der Straßenzustandserhebung dargestellten Risiken, in einer Größenordnung von rund 1,160 T€ begegnet. Zur Verifizierung dieses Ansatzes bedarf es nunmehr jedoch schnellstmöglich der Durchführung einer Inventur dieser Straßen.

In Bezug auf den Jahresabschluss 2013 machte die Rechnungsprüfung deutlich, dass eine Einschränkung des Testates wegen des Risikos des Auseinanderfallens von Buchwert und tatsächlichem Wert nur verhindert werden kann, indem Instandhaltungsrückstellungen gebildet (1,7

Mio.), und Sonderabschreibungen (258 T€) sowie eine Teilinventur durchgeführt wird (rund 3 Mio. €), deren Ergebnisse auch im Rahmen der Wertaufhellung ergebniswirksam für 2013 verbucht wurden.

Fest mit dem Kämmerer und dem technischen Beigeordneten vereinbart war die Durchführung einer Inventur über weitere gut 20 % Straßenfläche und bilanzrechtskonformer Verarbeitung der ermittelten Daten noch bis zum Prüfungsabschluss der Jahresabschlussprüfung 2014 im Herbst 2014. Auch im weiteren Verlauf sollen in den Folgejahren jeweils rund 20 % p. a. per Inventur erfasst werden. Mit einer Inventurdurchführung über 25% der Straßenflächen wurde dieses Ziel für 2014 erreicht.

Bei stringenter Einhaltung der zuvor dargestellten und mit dem Kämmerer und dem technischen Beigeordneten abgestimmten Lösungen wird das Straßenvermögen voraussichtlich auch in künftigen Jahresabschlüssen keine Einschränkung erfahren.

- **durchgeführte Teilinventur**

Durch die Firma eagle eye technologies wurde eine Teilinventur der Straßen in einer Größenordnung von rund 25 % durchgeführt. Die Inventurergebnisse führten zu einem Absinken des Straßenvermögens in Höhe von 6.899.543,42 € und dem einhergehenden Absinken der hierfür gebildeten Sonderposten in Höhe von 5.313.825 ,31 €, so dass im Saldo der Aufwendungen und Erträge sich eine Nettobelastung des Haushaltes 2014 von 1.585.718,11 € ergab.

Aufgrund unterschiedlicher Auffassungen bzw. Anforderungen an die Darstellung und Aufbereitung der Inventurergebnisse (Prüfbarkeit) ist eine Prüfung nur in relativ kleinen Schritten möglich, da diese nur mit großem Rechen- und Rechercheaufwand der Buchhaltung verbunden ist. Hierdurch können Systemfehler oder Bilanzierungsfehler nur nach und nach ermittelt und aufgearbeitet werden. Inzwischen wurde jedoch eine Lösung dieser Problematik durch die Kämmerei erarbeitet, die allerdings noch mit der Rechnungsprüfung abgestimmt werden muss. Aufgrund von Übertragungsfehlern bei den Zustandsklassen mussten nach Vorlage des Entwurfs des Jahresabschlusses 2014 noch 290 Korrekturbuchungen durchgeführt werden.

## **Struktur der Buchhaltung**

Die im Prüfungsverlauf festgestellten Mängel betrafen z.B. Inhalte wie:

- aussagefähige Kontenbezeichnungen (Bilanzklarheit),
- Kontenpflege (auch Personenkonten),
- ausreichende Dokumentation aller Buchungen,
- Dokumentation der Bilanzposition,
- Grundsätze ordnungsmäßiger Buchhaltung (GoB)

Beispielweise sind eine stringendere Einhaltung des Bruttoprinzips, die Verringerung von Minusbuchungen und die Erhöhung der Transparenz durch verschiedene Änderungen im Buchungssystem anzustreben.

Auch hier sind lösungsorientiert Vereinbarungen getroffen worden, die sich im Handlungsplan der Finanzdienste (näher beschrieben in Anlage 7.2.3.) wiederfinden.

## **Prozess der Jahresabschlusserstellung**

Zur Sicherstellung der vom Kämmerer angestrebten Qualität der Jahresabschlusserstellung ist es notwendig, die Geschäftsprozesse der Jahresabschlusserstellung differenziert zu betrachten und zu beschreiben. Dies betrifft sowohl die ausschließlich durch den Finanzbereich abzuarbeitenden Schritte, wie auch die Verzahnungen mit anderen Abteilungen.

Alle weiteren Prozesse sollten im Rahmen einer umfangreichen prozessorientierten IKS-Prüfung im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2014 in 2015 geprüft werden. Entsprechende Checklisten wurden bereits von der Rechnungsprüfung erarbeitet und dem Finanzbereich zur Vorbereitung übersandt. Die Durchführung der o.g. Prüfung konnte aufgrund personeller Veränderungen und damit verbundenen Stellennichtbesetzungen bei der Rechnungsprüfung nicht wie beabsichtigt erfolgen.

Für entsprechende Prozesse seien an dieser Stelle beispielhaft notwendige Abstimmarbeiten und entsprechende Dokumentationen erwähnt.

Die Transparenz in der Jahresabschlusserstellung ist ein wichtiges Ziel der Rechnungsprüfung, um vorhandene Risiken zu identifizieren und prüferisch mit ihnen umzugehen. Folgerichtig legt die Rechnungsprüfung große Hoffnungen in die Systematisierung und Visualisierung der diesbezüglichen Prozesse. Dies soll einerseits die Sicherheit erhöhen, aber eben auch die Möglichkeit liefern, das eigene Prüfungsgeschehen zu straffen und dadurch effizienter gestalten zu können.

### **Personalnachfolgeplanung im Finanzbereich**

Neben der, zuvor beschriebenen, nachhaltig Qualität sichernden Notwendigkeit der Erarbeitung und Darstellung der im Rahmen der Jahresabschlusserstellung durchzuführenden Geschäftsprozesse, ist auch die Personalnachfolgeplanung zur nachhaltigen Sicherung des ordnungsmäßigen Buchungsgeschäftes und rechtmäßigen Bilanzerstellung von herausgehobener Bedeutung.

Hier bedarf es eines strategischen Umgangs mit den fachlichen und zeitlichen Personalbedarfen im Finanzbereich. Dies schließt durchaus auch die betriebswirtschaftlichen Prüferinnen / Prüfer der Rechnungsprüfung mit ein.

Es gilt, die Lehren aus der personell schwierigen Situation der Jahresabschlusserstellung 2012 und 2013 zu ziehen und für die zukünftigen Bedarfe im Finanzbereich bereits jetzt Sorge zu tragen. Da der Aufbau des notwendigen Fachwissens im Rahmen einer Personalnachfolgeplanung nur in einem mehrjährigen Prozess einer Kombination von praktischer Einbindung und theoretischer Ausbildung (z.B. Bilanzbuchhalter / BWL VWA etc.) möglich ist, gilt es bereits heute, die notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Eine Verzahnung von Rechnungsprüfung und Finanzdienste könnte hier durchaus sinnvoll sein. Seit September 2015 ist bei der Rechnungsprüfung eine Stelle besetzt worden, welche zu 50% eine bei der Stadt Lünen erstmalige Weiterbildung zu einer Finanzfachkraft beinhaltet.

### **Diverse buchhalterische Auffälligkeiten**

Die Lösung, der in dem Handlungsplan (Anlage 7.2.3) benannten Auffälligkeiten wurde in Teilen zum Jahresabschluss 2014 durch Umbuchungen erzielt. Für den Jahresabschluss 2015 jedoch, wird eine weitere systematische Abarbeitung der Themen durch die Abteilung Finanzdienste im Rahmen der Jahresabschlusserstellung zugesagt.

Zu verweisen ist an dieser Stelle auf die ausführlichen Vereinbarungen mit dem Kämmerer / dem Bereich Finanzdienste, die in der Anlage 7.2.3 unter dem Begriff Handlungsplan Finanzdienste JAP

2014 dargestellt sind. Hier sind noch umfangreiche Potentiale ausgewiesen, die im Rahmen der Jahresabschlusserstellung 2015 vereinbarungsgemäß von den Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Finanzdienste abgearbeitet werden.

Zudem sind bereits Vereinbarungen für die Jahresabschlusserstellung 2016 und 2017 getroffen.

Die entsprechenden Zeiträume resultieren aus unterschiedlichen Notwendigkeiten. Beispielsweise lassen sich Veränderungen in der Kontenstruktur grundsätzlich nur zum Jahresbeginn umsetzen, um dann mit den neuen Konten, die ggf. bereits in der Planungsphase berücksichtigt wurden, buchhalterisch zu starten.

### **3 GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG**

#### **3.1 Gegenstand der Prüfung**

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichtes liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Gemeinde.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014, bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz sowie dem Anhang (Anlagen 7.1.1-7.1.5) der Gemeinde geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GO bzw. GemHVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung

geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlichen Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss und Lagebericht betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses.

**Verstöße, die einer besonderen Berichtsdarstellung an dieser Stelle bedürfen, wurden nicht festgestellt.**

### **3.2 Art und Umfang der Prüfung**

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung nach §§ 101 und 103 GO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko der Gemeinde ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Gemeinde Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss und des Lageberichts ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Bürgermeisters und Kämmers sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl bzw. zum Teil auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- internes Kontrollsystem (IKS)
  - Anlagenabgänge ausgewählter Produktbereiche
- Infrastrukturvermögen (u.a. Inventur)
- Grundstücke
- Anlagen im Bau
- Sonderposten
- Rückstellungen
- Struktur der Buchhaltung

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

Saldenbestätigungen der Banken wurden eingeholt.

Die Rückstellungen wurden durch Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Verwaltungsleitung auf Vollständigkeit untersucht. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde durch eine stichprobenartige Prüfung der Berechnungen und eine kritische Beurteilung der vorgenommenen Schätzungen geprüft.

Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag ein von der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse, Münster, weitergeleitetes versicherungsmathematisches Gutachten der Heubeck AG, Köln, vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich die Rechnungsprüfung bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich die Rechnungsprüfung durch Einholung von Saldenbestätigungen in Stichproben überzeugt. Auch hat sich die Rechnungsprüfung von der Werthaltigkeit der Forderungen überzeugt, indem die vorliegenden Systematiken zur Pauschalwertberichtigung und der Einzelwertberichtigung betrachtet wurde.

Es wurde auf die, durch Buchinventur und Fortschreibung aktualisierte Datenbasis zur Eröffnungsbilanz zurückgegriffen. An der körperlichen Bestandsaufnahme der Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten hat die örtliche Rechnungsprüfung i.R. der Erstinventur beobachtend teilgenommen, um sich stichprobenartig davon zu überzeugen, dass die Inventur gründlich und sachgerecht vorbereitet worden ist, dass die in den Inventurrichtlinien darzustellenden Verfahren auch tatsächlich und ordnungsgemäß angewandt worden sind und zu zuverlässigen Ergebnissen geführt haben.

Die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände wurde auf Grundlage der vom Innenministerium bekannt gegebenen Abschreibungstabelle unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse erstellt. Die örtliche Rechnungsprüfung hat sich davon überzeugt, dass die Bestimmung der Nutzungsdauern so vorgenommen wurde, dass eine Stetigkeit für künftige Festlegungen von Abschreibungen gewährleistet wird.

Es wurden innerhalb des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems Aufbau- und Funktionsprüfungen insbesondere in folgenden Bereichen durchgeführt:

- Anlagenabgänge
- Buchhaltung / stichprobenhafte Prüfung der Belege
- laufende Überwachung der Kassen
- Vergabewesen
- Zuwendungen

Insbesondere war auch die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses betreffen, Gegenstand der unterjährigen Prüfung der Rechnungsprüfung der Stadt Lünen.

**Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.**

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und unter dem Datum vom 25. November 2014 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 nebst Anhang der Gemeinde.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltungsleitung erteilt. Der Bürgermeister hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts am 31.07.2015 schriftlich bestätigt.

## **4 FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG**

### **4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Bereiche**

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des NKF-Kontenrahmens erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine grundsätzliche Ordnung des Buchungstoffes.

Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden im Wesentlichen ordnungsgemäß angewiesen, im Wesentlichen ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig in das Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Gemeinde aufgestellt.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung. Ausfluss des Prüfberichtes zum Jahresabschluss 2014 ist ein Handlungskatalog (Anlage 7.2.3), in dem der Kämmerer sich zu angestrebten Erledigungszeitpunkten bezüglich der Prüffeststellungen äußerte.

Aus dem Handlungskatalog zum Jahresabschluss 2013 wurde inzwischen in einigen Punkten eine Lösung durch die Abteilung Finanzdienste herbeigeführt.

Weitere zum Teil auch bereits in der Vergangenheit problematisierte Punkte sind bislang nicht endgültig umgesetzt:

#### **Vertragsmanagement**

Das von der Rechnungsprüfung bereits seit dem Prüfbericht zum Jahresabschluss 2009 eingeforderte Vertragsmanagement bei der Stadt Lünen wurde mittlerweile implementiert. Bisher wurden ca. 1.200 Verträge eingescannt, noch nicht erfasst wurden die sich bei WZL befindenden Verträge.

## **Produktorientierte Kennzahlen**

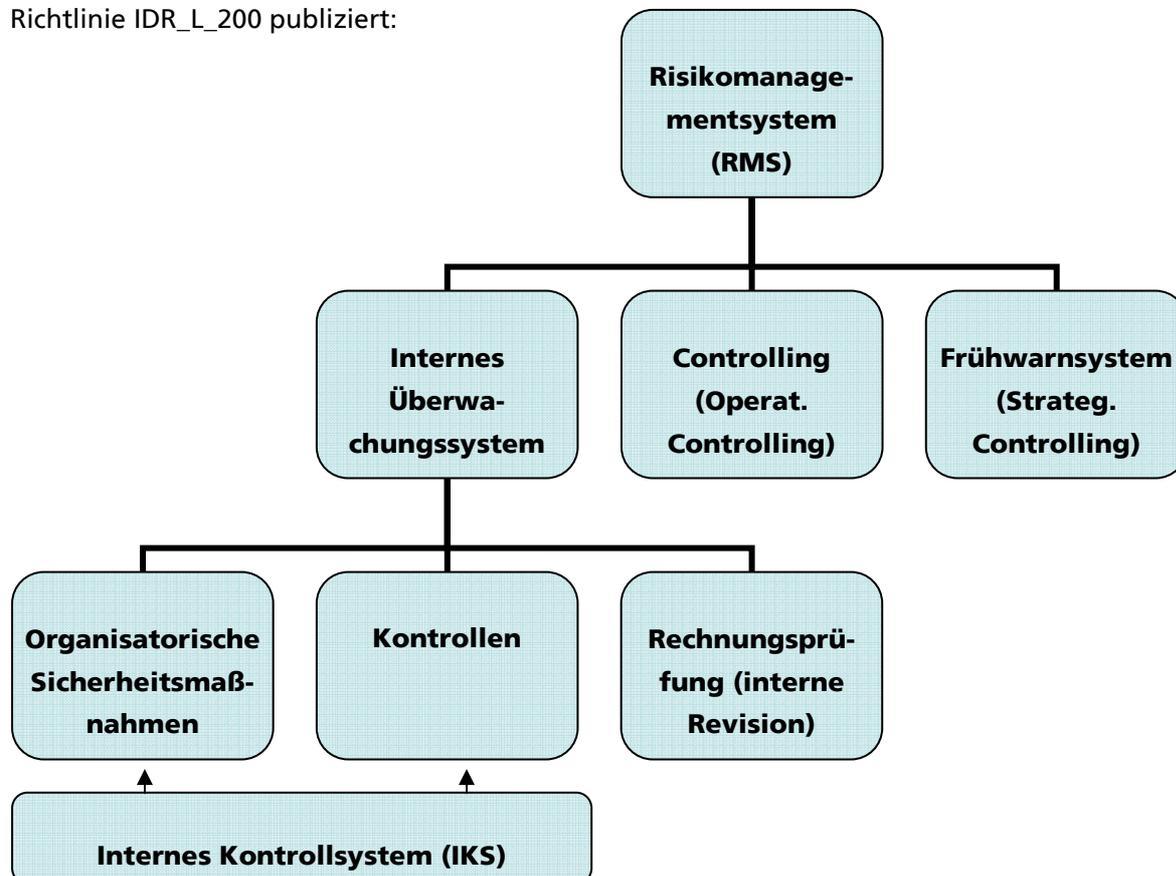
Die Gemeinde hat gem. § 12 GemHVO produktorientierte Ziele festzulegen sowie Kennzahlen zur Zielerreichung zu bestimmen. Diese bieten neben Informationsmöglichkeiten und einer Kontroll- und Steuerungsqualität auch Grundlagen zum Benchmark. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass sich die Stadt Lünen zukünftig die genannten Möglichkeiten in stärkerem Maße zu Eigen machen sollte. Inzwischen wurde von Seiten der Finanzdienste eine entsprechende Software beschafft, so dass nun der nächste Schritt, die Berücksichtigung der Kennzahlen bei der Aufstellung der produktorientierten Budgets, ansteht. Nicht zuletzt aufgrund der Möglichkeit zur Bildung von Vergleichsringen steht hier nun das gewünschte Instrument mit Steuerungsqualität zur Verfügung. Mit den IKVS-Kennzahlen stehen eben im Rahmen der Haushaltsplanung auch Zielvereinbarungsmöglichkeiten zur Verfügung. Dieses Instrument sollte zukünftig ausgiebiger genutzt werden. Anregen möchte die Rechnungsprüfung dieses Thema, ggf. auf der Basis eines Projektes und mit einem entsprechenden Pilotbereich, gesamtstädtisch nach vorne zu bringen.

## **Risikomanagement**

Das Thema Risikomanagement ist der Rechnungsprüfung besonders wichtig. Nicht nur im Zusammenhang mit der Verwaltungssteuerung, sondern eben auch für den kommunalen Jahresabschluss und dessen Prüfung, besitzt die Installation eines kommunalen Risikomanagementsystems eine essenzielle Bedeutung. In gemeinsamen Gesprächen wurde deutlich, dass auch die Finanzdienste sich mit diesem Thema bereits seit längerem beschäftigten.

### Abbildung Risikomanagement:

Ggf. ist dieses Thema entsprechend nachfolgender Tabelle im Zusammenhang mit einem integrierten internen Kontrollsystem (IKS) zu lösen, wie es das Institut der Rechnungsprüfer in seiner Richtlinie IDR\_L\_200 publiziert:



Aufgrund des, mit der Installation eines kommunalen Risikomanagements verbundenen, erheblichen Aufwands, hat der Kämmerer sich für die Einführung das Jahr 2016 vorgemerkt. Von Seiten der Rechnungsprüfung gilt es dennoch an dieser Stelle festzustellen, dass es bei der Stadt Lünen derzeit nicht zur Durchführung einer entsprechenden Systematik kommt, obwohl es zur Identifikation und Beurteilung kommunaler Risikopotenziale unerlässlich ist. Daher wurde die Abbildung des Risikomanagements auch in den Zeit- und Maßnahmeplan (Ziffer 66) aufgenommen.

Vor dem Hintergrund der Konzernbilanzierung (Gesamtabschluss) und der Abwicklung von erheblichen Summen in Zuwendungsprojekten (siehe auch Prüfbericht zum JA 2010) erscheint der Rechnungsprüfung das Thema Risikomanagement umso bedeutsamer. Da die unmittelbaren Töchter der Stadt Lünen weitestgehend bereits jetzt zur Durchführung eines Risikomanagements

verpflichtet sind, sollten die Rahmenbedingungen zur Verknüpfung der durch die Töchter an die Mutter weitergereichten Risikobetrachtungen zeitnah geschaffen werden. Realistisch betrachtet, wirken die aktuellen personellen Entscheidungen im Rahmen der Haushaltssicherung hier entgegen, da zweifelsfrei gerade die ggf. als Projekt aufzusetzende Neuinstallation eines Risikomanagementsystems bei der Stadt Lünen mit Personalbedarf verbunden ist.

### **Insgesamt bleibt festzustellen:**

Die Gemeinde hat gem. § 12 GemHVO produktorientierte Ziele festgelegt sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Gemeinde getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung wesentlich den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung und Jahresabschluss.

### **4.1.2 Jahresabschluss**

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten, die Bilanzierungshilfen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden, bis auf die in diesem Prüfbericht benannten Punkte, nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet.

Die Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurden entsprechend der vom Rat festgesetzten Wertgrenzen einzeln in der Teilfinanzrechnung ausgewiesen.

Die Gemeinde hat gem. § 18 GemHVO zur Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit eine Kosten- und Leistungsrechnung (in Form einer Voll-/Teilkostenrechnung) im notwendigen Umfang aufgebaut. Die Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung sind als interne Leistungsbeziehungen in den Teilergebnisrechnungen gesondert ausgewiesen.

Der Anhang enthält gem. § 44 GemHVO die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Gemeinde angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

**Die Rechnungsprüfung kommt zu dem zusammenfassenden Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.**

### **4.1.3 Lagebericht**

Der Lagebericht ist diesem Bericht als Anlage 7.1.4 beigelegt.

Der Lagebericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

#### **Die Prüfung ergab, dass der Lagebericht**

- **mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;**

- **insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt;**
- **die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt;**
- **Kennzahlen einbezieht und erläutert sowie**
- **alle weiteren nach § 48 GemHVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.**

Erneut regt die Rechnungsprüfung an, die produktorientierten Ziele und Kennzahlen nach § 12 GemHVO, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde sind, zu erläutern und zu analysieren.

Der Rechnungsprüfung sind, mit Ausnahme der im Lagebericht dargestellte Inanspruchnahme einer Bürgschaft i.S. BAAS gGmbH, keine nach Schluss des Haushaltsjahres / der Erstellung des Jahresabschlusses eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

## **4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

### **4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage.

### **4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen**

Es wird auf die Angaben im Anhang der Gemeinde (Anlage 7.1.5) verwiesen.

Die wesentlichen Bewertungsgrundlagen, die im Haushaltsjahr ausgeübten Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sowie wesentliche wertbestimmende Faktoren (Einfluss von wertbestimmenden Parametern auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen sowie die Annahmen und Ausübung von Ermessensentscheidungen) sind im Hinblick auf die Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses nicht besonders zu erwähnen, da diese im Rahmen der Bewertungsstetigkeit bereits im Rahmen der Eröffnungsbilanzierung systematisch geprüft und nunmehr erneut angewandt wurden.

Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen wurden unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips gemäß § 35 Abs. 7 GemHVO Einzelwertberichtigungen gebildet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr unverändert angewandt.

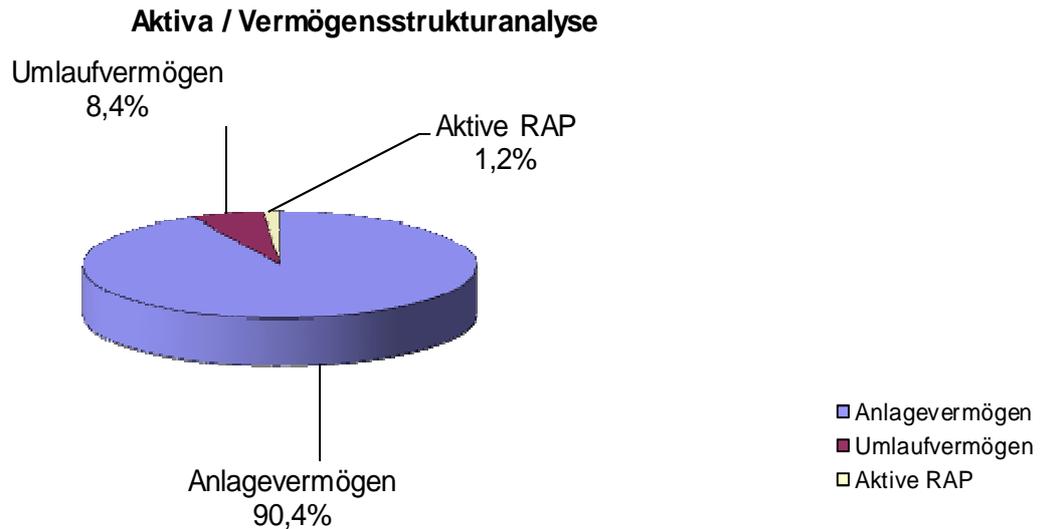
#### **4.2.3 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen**

Im Berichtsjahr waren keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

#### **4.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen**

Zum besseren Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses erfolgen eine analysierende Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage sowie Aufgliederungen und Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen bzw. zur Ergebnis- und Finanzrechnung. Von einer Darstellung der Teilergebnis- bzw. Teilfinanzrechnung muss an dieser Stelle abgesehen werden, da z.Z. aus datenverarbeitungstechnischen Gründen nur eine sehr umfangreiche Darstellung möglich ist. Die Teilergebnis- und Teilfinanzrechnung werden durch den Kämmerer während der Rechnungsprüfungsausschusssitzung am 02.12.2015 zur Einsichtnahme ausgelegt.

#### 4.2.4.1 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage



##### ▪ Anlageintensität

01.01.07	31.12.07	31.12.08	31.12.09	31.12.10	31.12.11	31.12.12	31.12.13	31.12.14
97,3 %	95,8 %	97,2 %	95,8 %	92,4 %	92,1 %	93,1 %	92,8 %	90,4 %

Die Kennzahl Anlageintensität nimmt eine Darstellung des Verhältnisses zwischen dem Anlagevermögen und dem Gesamtvermögen, also der Bilanzsumme, vor.

Im interkommunalen Vergleich liegen an dieser Stelle die Werte weitgehend deutlich oberhalb von 90 %.

Es kommt hier, korrespondierend zum Absinken des absoluten Wertes des Anlagevermögens, zu einer Verringerung des Prozentanteils und damit einer Verringerung der Kennzahl Anlageintensität.

Im Zusammenhang mit der Verringerung des Anlagevermögens gilt es noch darzustellen, dass dies i.W. aus zwei Gründen geschah. Einerseits der regelmäßige und besondere Werteverzehr im

Infrastrukturvermögen (Straßenvermögen) und andererseits durch die Reduzierung von Ausleihungen.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass ein großes Anlagevermögen regelmäßig, das heißt mit Ausnahme des Grund und Bodens bzw. Finanzanlagen, auch mit hohen jährlichen Abschreibungen einhergeht. Sicherlich sind hier bereits jetzt erhebliche Belastungen für zukünftige Haushalte erkennbar. Abgeschwächt werden könnte dieser Effekt aufgrund erheblicher vereinnahmter und zu vereinnahmender Zuwendungen. Die Auflösung der hierfür bilanziell einzustellenden Sonderposten erfolgt ertragswirksam und gleicht zumindest einen Teil der aufwandswirksamen Abschreibungen wieder aus.

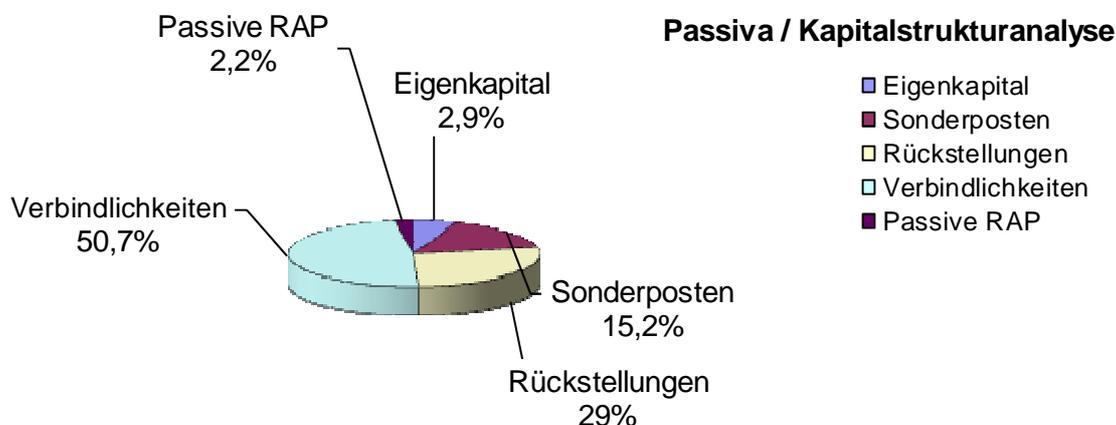
▪ **Infrastrukturquote**

01.01.07	31.12.07	31.12.08	31.12.09	31.12.10	31.12.11	31.12.12	31.12.13	31.12.14
34,5 %	33,6 %	33,6 %	33,4 %	33,0 %	33,1 %	33,3 %	33,0 %	31,6 %

Durch die Infrastrukturquote wird das Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen dargestellt. Interkommunal sind diese Kennzahlen nur schwer zu vergleichen, da sie maßgeblich vom Ausgliederungsgrad einer Kommune abhängen. In Lünen ist wesentlich, dass beispielsweise der Abwasserbereich mit der Tochter SAL AöR zu einer Bilanzierung nicht im Bereich des Infrastrukturvermögens, sondern unter den Finanzanlagen führt.

Der gesunkene absolute Wert der Bilanzposition Infrastrukturvermögen korrespondiert mit den planmäßigen Abschreibungen zuzüglich der im Betrachtungszeitraum angefallenen Sonderabschreibung.

## Bilanzkennzahlen zur Finanzlage



### ▪ Eigenkapitalquote I

01.01.07	31.12.07	31.12.08	31.12.09	31.12.10	31.12.11	31.12.12	31.12.13	31.12.14
20,25 %	19,1 %	19,4 %	15,6 %	12,2 %	7,4 %	9,6 %	5,5 %	2,9 %

Die Bilanzkennzahl Eigenkapitalquote I zeigt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital auf und stellt damit eine Art Bonitätsfaktor dar.

Das negative Jahresergebnis von 13,9 Mio. € führte zu einer deutlichen Verringerung des Prozentanteiles.

Der Darstellung der Kennzahl im Zeitverlauf ist zu entnehmen, dass sich mit Ausnahme von 2012, der Trend der letzten Jahre, einen Eigenkapitalverzehr darzustellen, in 2014 fortsetzt.

▪ **Eigenkapitalquote II**

01.01.07	31.12.07	31.12.08	31.12.09	31.12.10	31.12.11	31.12.12	31.12.13	31.12.14
37,00 %	35,5 %	36,2 %	32,7 %	29,0 %	24,2 %	26,6 %	21,9 %	17,7 %

Die Eigenkapitalquote II fußt auf der zuvor ermittelten Eigenkapitalquote I. Hier wird das Eigenkapital zuzüglich der Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge, welches auch als „wirtschaftliches Eigentum“ bezeichnet wird, ins Verhältnis zum Gesamtkapital gesetzt.

Folgerichtig sank auch die Eigenkapitalquote II. Die in 2014 geringer gewordene Position der Sonderposten verstärkte den durch den Jahresüberschuss verursachten Effekt leicht.

**Bilanzkennzahlen zur Liquidität**

Die Liquidität beschreibt den Zustand, jederzeit seinen bestehenden Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

▪ **Liquidität 1. Grades**

01.01.07	31.12.07	31.12.08	31.12.09	31.12.10	31.12.11	31.12.12	31.12.13	31.12.14
2,63 %	8,22 %	1,34 %	5,35 %	9,1 %	0,34 %	9,0 %	8,1 %	9,5 %

Die Bilanzkennzahl Liquidität 1. Grades stellt das Verhältnis zwischen liquiden Mitteln und kurzfristigen Verbindlichkeiten dar. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten unter einem Jahr betragen 2014 272.847.789 €.

Die erheblichen Schwankungen im Bereich der Kennzahl Liquidität 1. Grades finden ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit der Stände der kommunalen Konten. Insbesondere beim Bankkonto wird der Stichtagscharakter einer Bilanz besonders deutlich. Während in einem Jahr größere Zahlungen wie Kreisumlage etc. bereits verbucht oder größere Einzahlungen noch nicht verbucht sind, ist dies im nächsten Jahr anders. Zum Bilanzstichtag 31.12.2014 befand sich ein verhältnismäßig hoher Betrag unter dem Ansatz liquide Mittel. Aufgrund dessen kam es zu einer großen Kennzahl.

▪ **Liquidität 2. Grades**

01.01.07	31.12.07	31.12.08	31.12.09	31.12.10	31.12.11	31.12.12	31.12.13	31.12.14
16,62 %	15,88 %	8,79 %	12,74 %	21,0 %	16,1 %	17,8 %	15,3 %	23,9 %

Bei der Betrachtung der Liquidität 2. Grades wird der Wert der Liquidität 1. Grades entsprechend bestätigt. Die Liquidität 2. Grades berücksichtigt zusätzlich zu den liquiden Mitteln noch die kurzfristigen Forderungen. Die kurzfristigen Forderungen mit Restlaufzeiten unter einem Jahr betragen 2014 15.903.717,66 €.

**Bilanzkennzahl zur Ertragslage**

▪ **Eigenkapitalreichweite**

01.01.07	31.12.07	31.12.08	31.12.09	31.12.10	31.12.11	31.12.12	31.12.13	31.12.14
	19	403	5	4,2	1,5		1,3	0,97
	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre		Jahre	Jahre

Die Eigenkapitalreichweite ist eine Kennzahl, die das Verhältnis vom Eigenkapital zum Jahresfehlbetrag beschreibt.

Der Jahresfehlbetrag ist in der Doppik der negative Saldo der Ergebnisrechnung eines Rechnungsjahres. Ein Jahresfehlbetrag liegt vor, wenn im betreffenden Rechnungsjahr die Erträge kleiner als die Aufwendungen ausgefallen sind. Die Bilanzkennzahl Eigenkapitalreichweite des Jahres 2011 mit 1,5 Jahren verdeutlicht, dass es bei durchgehender Erzielung des Defizitniveaus des Jahres 2011, bereits im Jahr 2013 zu einem vollständigen Verzehr des Eigenkapitals der Stadt Lünen kommen würde. Das Jahresergebnis 2012 hingegen schloss nicht mit einem Defizit, so dass es nicht zu einem Eigenkapitalverzehr kam. Inzwischen ist bekannt, dass dies voraussichtlich nicht von Dauer sein wird. Positiv zu bewerten ist dennoch, dass durch den in 2012 vorliegenden Jahresüberschuss die Eigenkapitalreichweite kommender Jahre durchaus gestärkt wurde. Nach dem Defizit von 22,6 Mio. € im Jahresergebnis 2013 schloss das Jahresergebnis 2014 erneut mit einem Defizit von 13,9

Mio. € ab, was die Eigenkapitalreichweite weiter zusammenschmelzen ließ. Somit ist das Eigenkapital bei Eintreffen der unterstellten Parameter nunmehr in weniger als einem Jahr aufgebraucht.

#### 4.2.4.2 Erläuterungen zu Bilanzpositionen

##### 4.2.4.2.1 Aktivseite

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1. Anlagevermögen</b>	<b>486.155.881</b>	<b>499.388.394</b>
<b>Veränderung:</b>	<b>-13.232.513</b>	

Nachfolgend sind die Veränderungen der einzelnen Posten des Anlagevermögens dargestellt. Sie sind außerdem dem Anlagespiegel zu entnehmen.

Das Anlagevermögen wurde hinsichtlich seiner Bewertung, seines Ausweises und seiner Vollständigkeit stichprobenartig geprüft.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	571.104	650.157
<b>Veränderung:</b>	<b>-79.053</b>	

Die IT-Maßnahmen sind, wie in den Vorjahren, auch 2014 wieder von der Rechnungsprüfung begleitend geprüft worden.

Ebenso werden die IT-Entwicklung sowie die IT-Infrastruktur (Hardware, Netzwerke, Betriebssysteme und Datenbanksysteme) fortlaufend durch die Rechnungsprüfung begleitet und geprüft. Zusätzlich wurden diese Bereiche sowie die umgesetzten Sicherungsmaßnahmen (insbesondere zum Zugangsschutz, bauliche Maßnahmen zum Feuerschutz und Maßnahmen zur Sicherung der Stromversorgung) schwerpunktmäßig beim Datenschutzaudit 2004 und 2005 sowie

von der GPA 2010 geprüft. In der Umsetzung der im GPA-Bericht ausgesprochenen Empfehlung, das SAN-Netz weiter auszubauen, liegt wie im Vorjahr die Ursache für die in 2013 erfolgten Mehrausgaben. Die Serverstrukturen mussten aktuellen Erfordernissen angepasst werden, im Zuge der SAN-Erweiterung werden auch zukünftig noch weitere Server virtualisiert werden. Darüber hinaus wurden erforderliche PCs und Notebooks mit den notwendigen Lizenzen und Speicherplatzerweiterungen erworben.

Grundsätzlich sind die IT-Strategie und Planungen, welche kontinuierlich im Rahmen der EDV-Prüfung von der Rechnungsprüfung geprüft werden, zeitgemäß und angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen angemessen. Da das Sicherheitskonzept bisher nicht zusammenfassend in Schriftform dargestellt war, ist dieses auch bereits im GPA-Bericht von 2010 sowie vom Datenschutzbeauftragten beanstandet worden. Das Sicherheitskonzept befindet sich derzeit in der Realisierung und soll 2015 abgeschlossen werden.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>	94.175.076	97.037.222
<b>Veränderung:</b>	<b>-2.862.146</b>	

Bei den Betriebsvorrichtungen sind unter der Bilanzposition Grünflächen als wesentliche Zugänge die Investitionsmaßnahmen „Bürgerpark am Soziokulturellen Zentrum Gahmen“ mit 630.320 € (Zuwendungen 94.286 €), „Lichtblau Gestaltung Rathausumfeld“ mit 291.314 € (Zuwendungen 150.000 €), „Aktionspark Kaubrügge“ mit 203.463 € (Zuwendungen 133.503 €), der „Vinckeplatz“ mit 39.513 € (Zuwendungen 31.611 €) und das „Wegekreuz Ost“ mit 32.740 € (Zuwendungen 26.515 €) zu nennen. Alle Maßnahmen wurden aus den Anlagen im Bau umgebucht. Die Richtigkeit der Buchungen, des Ausweises, Abschreibungsdauer sowie die analoge Auflösung der Sonderposten wurden stichprobenartig nachvollzogen. Die Abgänge bei den Betriebsvorrichtungen betreffen im Wesentlichen die planmäßigen Abschreibungen.

Die Veränderungen beim Grund und Boden resultieren insbesondere aus Umnutzungen, Umlegungen, Flächenänderungen und den damit verbundenen Neuvermessungen und Neubewertungen. Die Nutzungs- und Flächenveränderungen wurden hinsichtlich ihres Sachverhaltes und ihrer Bewertung stichprobenartig geprüft.

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.2.1.1 Grünflächen</b>	79.069.440	79.033.904
<b>1.2.1.2 Ackerland</b>	4.574.586	5.630.445
<b>1.2.1.3 Wald, Forsten</b>	1.277.559	2.999.141
<b>1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke</b>	<u>9.253.492</u>	<u>9.373.732</u>
<b>Summe:</b>	<b>94.175.076</b>	<b>97.037.222</b>

Die einzelnen Bilanzpositionen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>a) Grünflächen Veränderung:</b>	79.069.440 <b>+35.536</b>	79.033.904
<b>b) Ackerland Veränderung:</b>	5.574.586 <b>-55.859</b>	5.630.445
<b>c) Wald, Forsten Veränderung:</b>	1.277.559 <b>-1.721.582</b>	2.999.141
<b>d) Sonstige unbebaute Grundstücke Veränderung:</b>	9.253.492 <b>-120.240</b>	9.373.732

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>	2.640.874	3.762.141
<b>Veränderung:</b>	<b>-1.121.267</b>	

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen</b>	1.457.659	1.960.962
<b>1.2.2.3 Wohnbauten</b>	623.868	1.138.422
<b>1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude</b>	<u>559.347</u>	<u>662.757</u>
<b>Summe:</b>	2.640.874	3.762.141
<b>Veränderung:</b>	<b>-1.121.267</b>	

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>a) Kinder- und Jugendeinrichtungen</b>	1.457.659	1.960.962
<b>Veränderung:</b>	<b>-503.303</b>	

Vermögensminderungen ergaben sich insbesondere durch den Verkauf der KiTa Steinstraße an die Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen (487.983 €). Buchungen und Belege wurden stichprobenartig eingesehen.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>b) Wohnbauten</b>	623.868	1.138.422
<b>Veränderung:</b>	<b>-514.554</b>	

Vermögensabgänge bei den Wohnbauten waren insbesondere durch den Abriss von drei Gebäuden in Höhe von insgesamt 505.000 € bedingt.

Die Vorgänge wurden stichprobenartig in Finanz- und Anlagenbuchhaltung hinsichtlich ihres Ausweises, ihrer Richtigkeit und Dokumentation geprüft.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>c) Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude</b>	559.347	662.757
<b>Veränderung:</b>	<b>-103.410</b>	

Die Abgänge beruhen insbesondere auf Grundstückstausche und Nutzungsänderungen. Buchungen und Belege wurden stichprobenartig geprüft.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.2.3 Infrastrukturvermögen</b>	169.748.241	177.757.930
<b>Veränderung:</b>	<b>-8.009.689</b>	

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens</b>	49.433.634	49.645.360
<b>1.2.3.2 Brücken und Tunnel</b>	9.921.801	10.160.891
<b>1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen</b>	25.749	1
<b>1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen</b>	109.122.852	116.672.056
<b>1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens</b>	<u>1.244.205</u>	<u>1.279.621</u>
<b>Summe:</b>	<b>169.748.241</b>	<b>177.757.930</b>
<b>Veränderung:</b>	<b>-8.009.689</b>	

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>a) Grund und Boden des Infrastrukturvermögens Veränderung:</b>	49.433.634 <b>-211.726</b>	49.645.360

Die Veränderungen unter dieser Bilanzposition basieren im Wesentlichen auf die im Zuge von Nutzungsänderungen vorgenommenen, Neubewertungen und die Anwendung des Niederstwertprinzips. Die Bewertung wurde stichprobenartig geprüft.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>b) Brücken und Tunnel Veränderung:</b>	9.921.801 <b>-239.090</b>	10.160.891

Zugänge in Höhe von 14.000 € ergaben sich aus der Aktivierung einer Holzbrücke. Die Abgänge resultieren aus den planmäßigen Abschreibungen bestehender Brückenbauwerke.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>c) Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen Veränderung:</b>	25.749 <b>+25.748</b>	1

Diese Bilanzposition enthält eine Entwässerungsanlage für den „Aktionspark Kaubrügge“ und für das „Wegekreuz Ost“.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>d) Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen Veränderung:</b>	109.122.852 <b>-7.549.204</b>	116.672.056

Zugänge unter dieser Bilanzposition betreffen unter anderem die fertiggestellten und aus den Anlagen im Bau umgebuchten Baumaßnahmen Waltroper Str. mit 772.984 €, An der Wethmarheide (456.996 €), Am Friedhof (307.075 €), Dortmunder Str. (298.704 €), Asternweg (201.345 €). Die begründenden Unterlagen und Umbuchungen wurden stichprobenartig geprüft. Die übrigen Veränderungen sind insbesondere inventurbedingt durch Korrekturen der Straßenabschnitte sowie Sonderabschreibungen auf eine schlechtere Zustandsklasse bedingt. Die begründenden Unterlagen und Buchungen wurden stichprobenartig geprüft.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>e) Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens</b>	1.244.205	1.279.621
<b>Veränderung:</b>	<b>-35.416</b>	

Zugänge waren durch die Aktivierung einer Entwässerungsanlage im Wert von 24.140 € (Zuwendungen 8.688 €) im Zuge der Fertigstellung der Maßnahme „Aktionspark Kaubrügge“ bedingt. Eine weitere Entwässerungsanlage in Höhe von von 1.867 € (Zuwendungen 1.807 €) wurde bezüglich der Fertigstellung der Baumaßnahme „Wegekreuz Ost“ aktiviert. Die Abgänge waren durch planmäßige Abschreibungen bedingt. Belege, Buchungen, Aktivierungszeitpunkt und Nutzungsdauer wurden überprüft.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler</b>	824.637	813.718
<b>Veränderung:</b>	<b>+10.919</b>	

Zu diesem Bilanzposten gehören Vermögensgegenstände, deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für Kunst, Kultur und Geschichte im gemeindlichen Interesse liegt. Dies sind Gemälde, Antiquitäten und kulturhistorische Bauten als Denkmäler sowie Ausgrabungen als Bodendenkmäler. Unter dieser Bilanzposition sind insbesondere die Museumsbestände, die Kunstgegenstände der Kulturabteilung, diverse Denkmäler, die Kunst im Stadtgebiet und die Archivbestände erfasst.

2014 wurden Kunstgegenstände im Gesamtwert von 10.919 € angeschafft. Gemäß § 55 Abs. 3, Satz 1 GemHVO NRW sollen für die Kulturpflege bedeutsame bewegliche Vermögensgegenstände, wenn sie auf Dauer versichert sind, mit ihrem Versicherungswert angesetzt werden. Die Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler der Kulturabteilung sind somit mit dem Versicherungswert (542.481 €) bilanziert worden. Die sich daraus ergebende Versicherungssumme (ohne Berücksichtigung versicherter, aber nicht im Eigentum der Stadt Lünen befindlicher Kunstgegenstände –Leihgaben-) ist identisch mit der Bilanzposition. Die Teile des Museumsbestandes, welche aus den Schenkungen Waldschmidt und Linnenkamp stammen, wurden als Sonderposten abgebildet. Der Kunstbesitz der Kulturabteilung wurde ebenfalls mit dem Versicherungswert bilanziert (199.283 €).

Abschreibungen erfolgen daher nicht.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge</b>	4.263.178	3.568.209
<b>Veränderung:</b>	<b>+694.969</b>	

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt.

Die Sachanlagevermögen-Position Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge hat sich gegenüber dem Vorjahr um 694.969 € = 19,5 % erhöht. Dabei handelt es sich überwiegend um die Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen.

Die Abschreibungen basieren auf den NKF-Abschreibungstabellen unter Berücksichtigung der örtlich festgelegten Nutzungsdauern. Bei geringwertigen Wirtschaftsgütern wird von der Möglichkeit der Sofortabschreibung Gebrauch gemacht. Auf die Zugänge wurden zeitanteilige Jahresabschreibungen gerechnet.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung Veränderung:</b>	7.510.953 <b>+381.854</b>	7.129.099

Die Vermögensposition Betriebs- und Geschäftsausstattung hat sich 2014 um 381.854 € = 5,4% erhöht. Die Zu- und Abgänge sowie die Abschreibungen wurden stichprobenartig geprüft. Daraus ergaben sich keine Beanstandungen.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau Veränderung:</b>	2.764.471 <b>+548.461</b>	2.216.010

Ausgehend von einem Bestand von 2.216.010 € wurden unter dieser Bilanzposition insgesamt Investitionen in Höhe von 6.714.971 € getätigt, wovon 6.166.510 € aufgrund der Fertigstellung von Maßnahmen in die jeweiligen Bilanzpositionen umgebucht wurden.

Folgende Maßnahmen führten in 2014 zu wesentlichen Wertzugängen: Die Maßnahmen Bürgerpark am Soziokulturellen Zentrum Gahmen (629.259 €), Flusspark (626.533 €), Aktionspark Kaubrügge (358.176 €), Licht-Blau (279.460 €), Wegekreuz Ost (117.689 €), die Straßenbaumaßnahmen Waltroper Str. (772.984 €), An der Wethmarheide (452.746 €), Am Friedhof (298.425 €), Dortmunder Straße (295.754 €) und die Straßenbaumaßnahme Asternweg (190.282 €); die Einrichtung von naturwissenschaftlichen Räumen am Freiherr-vom –Stein Gymnasium (105.960 €), Umrüstung LED-Technik (89.232 €), Beschaffung Rettungsfahrzeuge (440.464 €)

Wesentliche Abgänge bzw. Aktivierungen aufgrund von Fertigstellungen erfolgten bei folgenden Maßnahmen: Bürgerpark am Soziokulturellen Zentrum Gahmen (938.127 €), Aktionsplatz Kaubrügge (411.839 €), Wegekreuz Ost (160.553 €), Vinckeplatz (96.179 €), Straßenbaumaßnahmen Waltroper Straße (772.984 €), An der Wethmarheide (456.996 €), Am Friedhof (307.075 €), Dortmunder Straße (298.704 €) und Asternweg (259.352 €); sowie der Einrichtung

naturwissenschaftlicher Räume am Freiherr-vom–Stein Gymnasium (105.960 €) und Beschaffung Rettungsfahrzeuge (482.114 €).

Rechnungen wurden stichprobenartig eingesehen und hinsichtlich ihrer Aktivierungsfähigkeit geprüft. Ebenfalls stichprobenartig geprüft wurden Umbuchungen in die richtige Bilanzposition und auf das richtige Konto, sowie die Zuordnung der richtigen Nutzungsdauer und ggf. die analoge Sonderpostenauflösung.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.3 Finanzanlagen</b>	203.657.347	206.453.909
<b>Veränderung:</b>	<b>-2.796.562</b>	

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	114.561.264	114.561.264
<b>Veränderung:</b>	<b>0</b>	

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

<b>Gesellschaft</b>	Beteiligungsanteil		Buchwert	
	<u>EUR</u>	<u>%</u>	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>Stadtwerke Lünen GmbH</b>	81.214.250	100	81.214.250	81.214.250
<b>Bädergesellschaft Lünen</b>	27.750	1	27.750	27.750
<b>Wirtschaftsbetriebe Lünen</b>	5.136.000	51	5.136.000	5.136.000
<b>Klinik am Park Krankenhaus</b>	8.137.000	25	8.137.000	8.137.000

<b>Brambauer Umwelt-Werkstatt gGmbH</b>	31.263	40	31.263	31.263
<b>Wirtschaftsförderungsgesellschaft Lünen</b>	26.000	51	26.000	26.000
<b>Lüntec Technologiezentrum Stadtbetrieb</b>	1.057.000	65	1.057.000	1.057.000
<b>Abwasserbes. SAL AöR</b>	18.932.000	100	18.932.000	18.932.000
<b>Zweckverbandsspar-kasse</b>	1		1	1

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GO i.V.m. § 52 GemHVO angegeben und erläutert.

Bezüglich der Bewertung ergaben sich aus den Jahresabschlüssen der verbundenen Unternehmen keine Notwendigkeiten einer höheren oder niedrigeren Bewertung.

Auch aus den vorliegenden Jahresabschlüssen ergaben sich keine Erkenntnisse, die die vorliegenden Wertansätze in Frage stellen.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.3.2 Beteiligungen</b>	1.080.999	1.080.999
<b>Veränderung:</b>	<b>0</b>	

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil am Gesell- schafts- kapital <u>in %</u>	Buchwert <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>newPark Planungs- und Entwicklungsges. mbH</b>	5,00	21.500	21.500
<b>Vereinigung ehemaliger kA der VEW</b>	0,05	520	520
<b>Radio U Betriebsges. mbH &amp; Co. KG</b>	3,57	8.929	8.929

<b>WFG Kreis Unna</b>	13,78	418.000	418.000
<b>VKU</b>	16,39	632.050	632.050

Änderungen ergaben sich nicht.

Hinweise auf Notwendigkeiten zur Veränderung der Bewertungen ergaben sich nicht.

Die Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GO i.V.m. § 52 GemHVO angegeben und erläutert.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.3.3 Sondervermögen</b>	41.858.727	41.858.727
<b>Veränderung:</b>	<b>0</b>	

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anschaffungs- kosten <u>EUR</u>	außerplan- mäßige Ab- schreibung <u>EUR</u>	Bilanzansatz <u>EUR</u>
<b>ZGL</b>			41.858.727

Es ergaben sich keine Hinweise auf eine abweichende Bewertung.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.3.4. Wertpapiere des Anlagevermögens</b>	499.368	499.368
<b>Veränderung:</b>	<b>0</b>	

Informationen, wonach ein anderer Bilanzansatz hätte gewählt werden müssen, liegen nicht vor.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.3.5.1 / 1.3.5.4 Ausleihungen</b>	45.656.990	48.453.551
<b>Veränderung:</b>	<b>-2.796.561</b>	

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.3.5. 1 Ausleihungen an verbundene Unternehmen</b>	45.026.552	47.800.220
<b>1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen</b>	630.437	653.331
<b>Summe:</b>	<b>45.656.990</b>	<b>48.453.551</b>
<b>Veränderung:</b>	<b>-2.796.561</b>	

Die vorliegenden Veränderungen ergaben sich im Wesentlichen durch Tilgungen.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>2. Umlaufvermögen</b>	45.424.350	31.626.060
<b>Veränderung:</b>	<b>+13.798.290</b>	

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>2.1 Vorräte</b>	2.282.622	2.352.758
<b>Veränderung</b>	<b>-70.136</b>	

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren</b>	2.282.622	2.352.758
<b>Veränderung:</b>	<b>-70.136</b>	

Unter dieser Bilanzposition sind zum Verkauf bestimmte Grundstücke enthalten. Die Abgänge von rund 70.000 € resultieren aus einer Umnutzung und der sich daraus ergebenden Neubewertung sowie einem Verkauf. Die Vorgänge wurden anhand der vorliegenden Belege geprüft.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	17.285.587	13.836.147
<b>Veränderung:</b>	<b>+3.449.440</b>	

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen</b>	10.496.200	7.164.645
<b>Veränderung:</b>	<b>+3.331.555</b>	

Die vorgenommenen Pauschalwertberichtigungen entsprechen der bereits im Rahmen der Eröffnungsbilanz geprüften Bewertungssystematik. Sie führten zu einer vorsichtigen Forderungsbewertung, die der Maßgabe der Bewertungsstetigkeit folgt.

- Fälligkeiten bis zu ½ Jahr 0 %
- Fälligkeiten von ½ Jahr bis 1 Jahr 50 %
- Fälligkeiten von 1 Jahr – 3 Jahre 75 %
- Fälligkeiten über 3 Jahre 100 %

Die Pauschalwertberichtigung deckt das Kreditrisiko, eventuelle Skontoabzüge sowie Mahn- und Beitreibungskosten und Zinsverluste ab.

Es wurden zum Jahresabschluss 2014 folgende pauschale Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt 2.972.468 € vorgenommen. Diese verteilen sich wie folgt:

- Gebühren 754.962 €
- Steuern 1.829.794 €
- sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen 42.892 €
- Transferegegenposition SGB 344.820 €

Einzelwertberichtigungen wurden nicht vorgenommen, weil zum einen nicht zu realisierende Forderungen zeitnah niedergeschlagen werden und zum anderen weil die Wertberichtigungen weitgehend durch die pauschalen Wertberichtigungen abgedeckt sind.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>2.2.2 Privatrechtliche Forderungen Veränderung:</b>	2.345.158 <b>+671.286</b>	1.673.872

Die bilanzierten Forderungen enthalten auch im Jahresabschluss 2014 u. a. Forderungen gegen die Stadt Lünen selbst. Die Behebung dieser nicht GoB-konformen Buchungssystematik wurde in den Handlungsplan der Finanzdienste (Anlage 7.2.3) aufgenommen und deren Umsetzung für das Haushaltsjahr 2017 zugesagt.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>2.2.3. Sonstige Vermögensgegenstände Veränderung:</b>	4.444.229 <b>-553.402</b>	4.997.631

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden pauschale Wertberichtigungen in Höhe von 344.820 € vorgenommen.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>2.4 Liquide Mittel Veränderung:</b>	25.856.141 <b>+10.418.986</b>	15.437.155

Die Höhe der Liquiden Mitteln ergibt sich aus

- dem Tagesabschluss am 31.12.2014
- den Beständen der gemeindlichen Schenkungen (Jeromin, Treppesch, Althöfer und Linnenkamp) sowie

- den Handvorschüssen.

Der Kassenbestand ist bereits seit Jahren fast konstant und beläuft sich auf ca. 118.400 € (Handvorschüsse).

Aufgrund erheblicher Bewegungen auf den städtischen Konten kam es in den letzten Jahren in der Bilanzposition „liquide Mittel“ immer wieder zu großen Schwankungen. Da es sich bei der Betrachtung des Bilanzstichtags 31.12. um eine Momentaufnahme handelt, ist dies hier nicht ungewöhnlich. Die Prüfung ergab, dass die Bilanzansätze mit den entsprechenden Saldenbestätigungen der Banken und der aus dem System generierten Überträge korrespondieren. Beanstandungen ergaben sich nicht.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>3. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	6.493.268	6.965.551
<b>Veränderung:</b>	<b>-472.283</b>	

Die letztjährigen Rechnungsabgrenzungsposten wurden aufgelöst und die notwendigen neuen Rechnungsabgrenzungsposten wurden neu eingestellt. Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich im Wesentlichen um die Beamtengehälter und Versorgungsleistungen für den Monat Januar 2015 sowie um zweckgebundene Investitionszuschüsse an Dritte im Rahmen der U3-Förderung.

#### 4.2.4.2.2 Passivseite

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1. Eigenkapital</b>	15.677.095	29.501.762
<b>Veränderung:</b>	<b>-13.824.667</b>	
<u>Gesamtdarstellung:</u>		
	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>1.1 Allgemeine Rücklage</b>	29.609.323	29.501.762
<b>1.2 Sonderrücklagen</b>	0	0
<b>1.3 Ausgleichsrücklage</b>	0	0
<b>1.4 Jahresergebnis</b>	-13.932.228	-22.635.037
<b>Eigenkapital am 31.12.</b>	<b>15.677.095</b>	<b>29.501.762</b>

Das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital hat sich gegenüber der Schlussbilanz 2013 um 13,8 Mio. € auf rund 15,7 Mio. € reduziert. Dies ist das Resultat aus dem Jahresfehlbetrag 2014 in Höhe von 13.932.288 €, der Verrechnung mit der allgemeinen Rücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO in Höhe von 92.513,82 € sowie einer ergebnisneutralen Korrektur der Eröffnungsbilanz (Grundstücksnacherfassungen – s. Anhang) in einem Umfang von 15.047,18 €.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>2. Sonderposten</b>	81.850.054	88.290.129
<b>Veränderung:</b>	<b>-6.440.075</b>	

Die Sonderposten gliedern sich in:

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>I. Sonderposten für Zuwendungen</b>	47.979.281	52.971.770
<b>II. Sonderposten für Beiträge</b>	32.164.603	33.864.621
<b>III. Sonderposten für den Gebührenaussgleich</b>	1.218.098	1.044.813
<b>IV. Sonstige Sonderposten</b>	<u>488.071</u>	<u>408.925</u>
	81.850.054	88.290.129
<b>Veränderung:</b>	<b>-6.440.075</b>	

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>Sonderposten für Zuwendungen</b>	47.979.281	52.971.770
<b>Veränderung:</b>	<b>-4.992.489</b>	

Darin enthalten:

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>	Veränderung <u>EUR</u>
<b>Zuwendung Bund</b>	11.184.270	12.815.991	-1.631.721
<b>Allgemeine Investitionspauschale</b>	18.629.124	21.054.026	-2.424.902
<b>Sportpauschale</b>	244.721	252.184	-7.463
<b>Schulpauschale</b>	1.096.956	1.102.397	-5.441
<b>Feuerschutzpauschale</b>	606.889	585.219	21.670
<b>Sachschenkungen</b>	2.497.900	2.548.041	-50.141
<b>Zuwendung Land</b>	13.079.755	13.959.008	-879.253
<b>Übrige Bereiche</b>	<u>639.665</u>	<u>654.903</u>	<u>-15.238</u>
<b>Summe</b>	47.979.281	52.971.770	-4.992.489

Die Zuwendungen wurden hinsichtlich ihres Ausweises und ihrer Zuordnung zu den Vermögensgegenständen sowie ihrer analogen Auflösung zu den Abschreibungen geprüft.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>Sonderposten für Beiträge</b>	32.164.603	33.864.621
<b>Veränderung:</b>	<b>-1.700.018</b>	

Die Abgänge unter dieser Bilanzposition betreffen insbesondere die planmäßigen Sonderpostenaufösungen analog zu den Abschreibungen des durch die Beiträge finanzierten Anlagevermögens.

Darin enthalten:

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>	Veränderung <u>EUR</u>
<b>SoPo für Beiträge</b>	19.012.962	19.892.553	-879.591
<b>SoPo für Erschließungsverträge</b>	<u>13.151.641</u>	<u>13.972.068</u>	<u>-820.427</u>
	32.164.603	33.864.621	-1.700.018

An vereinnahmten Ausbaubeiträgen im Jahr 2014 wurden dem Buchenberg 774.838 €, der Westfaliastraße 366.567 €, der Lange Straße 239.300 € der Ferdinandstraße 145.627 € und der Friedrichstraße 128.205 € zugeordnet. Die Abgänge bei den Sonderposten aus Beiträgen und Erschließungsverträgen resultieren insbesondere aus planmäßigen Sonderpostenaufösungen als auch aus inventurbedingten außerplanmäßigen Auflösungen.

Geprüft wurde im Rahmen der Prüfung des Straßenvermögens eine transparente und nachvollziehbare Darstellung von Veränderungen im Rahmen der Inventur, die Richtigkeit der Buchungen sowie eine analoge Auflösung entsprechend der Abschreibungen der Straßen.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>Sonderposten für den Gebührenaussgleich</b>	1.218.098	1.044.813
<b>Veränderung:</b>	<b>+173.285</b>	

Zuführungen zum Sonderposten aufgrund von Überschüssen aus Betriebsabrechnungsbögen entstanden für die Gebührenbereiche Abfallbeseitigung in Höhe von 98.508 € und Friedhöfe in Höhe von 103.113 €. Für den Bereich Märkte erfolge eine Entnahme in Höhe von 4.590 €. Die Ergebnisse der Betriebsabrechnungsbögen wurden mit den Buchungen abgeglichen. Die Betriebsabrechnungsbögen wurden systemisch geprüft. Hinsichtlich entstandener und nicht bilanzierbarer Unterdeckungen siehe Anhang.

Entstandene Unterdeckungen, die ausgeglichen werden sollen, sind gem. § 43 Abs. 6 GemHVO im Anhang anzugeben.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>Sonstige Sonderposten</b>	488.071	408.925
<b>Veränderung:</b>	<b>+79.146</b>	

Wesentliche Zugänge betreffen Baukostenanteile der SAL AÖR für die Ferdinandstraße (21.779 €), für die Friedrichstraße (15.638 €) und für die Wethmarheide (21.558 €) sowie Spenden für Musikinstrumente (18.706 €), ein Spielgerät (11.641 €) und ein übertragenes Grundstück (13.107 €). Abgänge ergeben sich insbesondere aus den Auflösungen der Sonderposten analog zu den Abschreibungen der bilanzierten Vermögensgegenstände. Geprüft wurde stichprobenartig der richtige Ausweis der Vorgänge unter diesem Bilanzposten, die Zuordnung der Spenden / Zuschüsse zu den Vermögensgegenständen, die analoge Auflösung entsprechend der Abschreibungen der finanzierten Vermögensgegenstände sowie die die Umsetzung aus dem Handlungskatalog der Finanzdienste (Anlage 7.2.3 – lfd. Nr. 33).

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>3. Rückstellungen</b>	156.049.487	147.119.173
<b>Veränderung:</b>	<b>+8.930.314</b>	

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>3.1 Pensionsrückstellungen</b>	134.649.068	129.003.134
<b>3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten</b>	0	0
<b>3.3 Instandhaltungsrückstellungen</b>	1.160.000	1.651.000
<b>3.4. Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO</b>	20.240.419	16.465.039
<b>Summe:</b>	<b>156.049.487</b>	<b>147.119.173</b>
<b>Veränderung:</b>	<b>+8.930.314</b>	

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>3.1 Pensionsrückstellungen</b>	134.649.068	129.003.134
<b>Veränderung:</b>	<b>+5.645.934</b>	

Die Pensionsrückstellungen betreffen mit 57.835.877 € Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für aktive Beamte und mit 76.813.191 € Pensions- und Beihilfeverpflichtungen für Pensionäre.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>3.3 Instandhaltungsrückstellungen</b>	1.160.000	1.651.000
<b>Veränderung:</b>	<b>-491.000</b>	

Die Rückstellung wurde im Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 491.000 € für die Instandhaltungsmaßnahmen Alstedder Straße und Moltkestraße in Anspruch genommen.

Die verbleibende Rückstellung wurde für die ausstehenden Instandhaltungsmaßnahmen Bebelstraße, Brambauer Straße, Jägerstraße, Kurt-Schumacher-Straße und Borker Straße bilanziert.

**3.4 Sonstige Rückstellungen nach  
§ 36 Abs. 4 und 5 GemHVO  
Veränderung:**

31.12.2014  
EUR

Vorjahr  
EUR

20.240.419  
**+3.775.380**

16.465.039

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Arten der Rückstellungen	Gesamtbetrag am 31.12.2013 €	Veränderungen im Haushaltsjahr			Gesamtbetrag am 31.12.2014 €
		Zuführungen €	Inanspruchnahme €	Auflösung €	
<b>sonstige Rückstellungen</b>	<b>16.465.039</b>	<b>9.660.407</b>	<b>1.750.317</b>	<b>4.134.710</b>	<b>20.240.419</b>
<i>davon</i>					
Dienstherrnwechsel	1.869.623	76.532	0	0	1.946.155
nicht ausgeschüttete Leistungsprämien	866.193	282.306	0	0	1.148.499
CHF-Derivate	9.451.000	0	0	4.000.000	5.451.000
CHF-Kassenkredite	0	9.181.250	0	0	9.181.250
nicht genommener Urlaub	400.167	41.286	44.488	0	396.965
Überstunden	319.764	79.033	13.512	0	385.285
ATZ Beschäftigte	956.409	0	593.759	0	362.650
ATZ Beamte	777.173	0	423.558	0	353.615
nicht abgerechnete Beihilfen	129.710	0	0	129.710	0
Prozessrisiko AsylbLG	20.000	0	0	5.000	15.000
Prozessrisiko Derivate	1.000.000	0	0	0	1.000.000
Erstattung ELAG an Kreis Unna	510.000		510.000	0	0
ausstehende Rechnung Friedrichstraße	15.000	0	15.000	0	0
ausstehende Rechnung Wehrenboldstraße	150.000	0	150.000	0	0

Es werden im Folgenden die sonstigen Rückstellungen kurz erläutert, bei denen es im Laufe des Haushaltsjahres 2014 Veränderungen gegeben hat:

#### **Dienstherrnwechsel**

Die Rückstellung für die Beteiligung an den Versorgungslasten von Beamten, die von der Stadtverwaltung Lünen zu anderen Dienstherrn gewechselt sind, wurde um 76.532 € erhöht.

### **nicht ausgeschüttete Leistungsprämien**

Gemäß Protokollerklärung Nr. 1 zu § 18 Abs. 4 TVöD ist für nicht ausgeschüttete Leistungsprämien eine Rückstellung zu bilden, damit diese, wenn ein entsprechendes betriebliches System vorliegt, ausgezahlt werden können. In Lünen liegt eine diesbezügliche Dienstvereinbarung noch nicht vor; demzufolge war die Rückstellung für das Jahr 2014 um 282.306 € zu erhöhen.

### **CHF-Derivate**

Aus der bestehenden Rückstellung wurden 4 Mio. € in die Rückstellung für die CHF-Kassenkredite umgebucht. Dem Risiko der Verschlechterung der Zinslast bei den Derivaten durch einen niedrigen CHF-Kurs steht eine hohe Wahrscheinlichkeit eines für die Stadt Lünen erfolgreichen Rechtsstreits entgegen. Aus Gründen der Vorsicht wurde die Rückstellung in Höhe von knapp 5,5 Mio. € beibehalten. Zur Rückstellungsbewertung wurde die Stellungnahme einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft eingeholt.

### **CHF-Kassenkredite**

Die Rückstellung wurde zum Jahresabschluss 2014 aus Transparenzgründen aus der bereits bestehenden Rückstellung „CHF-Derivate“ in Höhe von 4 Mio. € umgebucht. Vor dem Hintergrund der Aufhebung der Kursbindung des Schweizer Franken und die mit der Kursentwicklung einhergehenden Verluste wurden der Rückstellung weitere 5,1 Mio. € zugeführt.

### **nicht genommener Urlaub**

Da sich die nicht genommenen Urlaubstage zum 31.12.2014 im Vergleich zum 31.12.2013 reduziert haben, hat sich auch die Rückstellung um 3.201 € verringert.

### **Überstunden**

Da sich die angesammelten Überstunden zum 31.12.2014 im Vergleich zum 31.12.2013 erhöht haben, hat sich auch die Rückstellung um 65.521 € erhöht.

### **ATZ (Beschäftigte)**

Aufgrund der Tatsache, dass alte ATZ-Verträge auslaufen, verringert sich der Rückstellungsbetrag entsprechend um 593.759 €.

### **ATZ (Beamte)**

Aufgrund der Tatsache, dass alte ATZ-Verträge auslaufen, verringert sich der Rückstellungsbetrag entsprechend um 423.558 €.

### **nicht abgerechnete Beihilfen**

Die Rückstellung wurde erfolgswirksam aufgelöst, da zukünftig versucht wird, Beihilfeanträge noch bis ca. Ende März des Folgejahres im Vorjahr zu verbuchen, wenn die Leistungen auch das Vorjahr betreffen. Die bis zu diesem Zeitpunkt jeweils noch nicht eingereichten Beihilfeanträge des Vorjahres dürften vom Betrag her unwesentlich sein, sodass für sie keine sonstige Rückstellung zu bilden sein wird.

### **Prozessrisiko AsylbLG**

Die Überprüfung der offenen Klageverfahren ergab eine voraussichtliche finanzielle Belastung der Stadt Lünen von 15.000 €. Daher wurde die Rückstellung um 5.000 € ertragswirksam reduziert.

### **Erstattung ELAG an Kreis Unna**

Für die Jahre 2007 bis 2011 musste der Kreis Unna Mittel aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz an das Land NRW zurückzahlen. Auf die Stadt Lünen entfällt nach Auskunft des Kreises ein Betrag in Höhe von ca. 510.000 €, der in 2014 fällig wurde; die Rückstellung wurde in Anspruch genommen.

### **ausstehende Rechnung Friedrichstraße / Wehrenboldstraße**

Für die Straßenbaumaßnahmen Friedrichstraße und Wehrenboldstraße fehlten zum Jahresabschluss 2013 noch die Schlussrechnungen. Im Jahr 2014 sind die Schlussrechnungen bei der Stadt Lünen eingegangen; die Rückstellungen wurden dementsprechend in Anspruch genommen.

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>4. Verbindlichkeiten gesamt</b>	272.972.156	260.318.152
<b>Veränderung:</b>	<b>+12.654.004</b>	

	31.12.2014	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<b>4.1 Anleihen</b>	0	0
<b>4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen</b>	68.582.795	69.358.530
<b>4.3 Verbindlichkeiten von Krediten zur Liquiditätssicherung</b>	175.000.000	163.000.000
<b>4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	9.156.512	8.719.573
<b>4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen</b>	2.181.397	2.877.024
<b>4.7 Sonstige Verbindlichkeiten</b>	10.575.063	10.848.112
<b>4.8 Erhaltene Anzahlungen</b>	7.476.389	5.514.912
<b>Summe:</b>	272.972.156	260.318.152
<b>Veränderungen:</b>	<b>+12.654.004</b>	

Die Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten vom öffentlichen Bereich betreffen einen Landeskredit mit einem Restsaldo zum 31.12.2014 in Höhe von 10.322 €. Die Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten vom privaten Bereich haben zum 31.12.2014 einen Stand von 68.572.473 €. Kreditaufnahmen erfolgten im Jahr 2014 in Höhe von 3 Mio. €. Der Höchstbetrag für die Aufnahme von Investitionskrediten wurde durch die Nachtragshaushaltssatzung auf 829.360 € festgesetzt und es wurden Ermächtigungen in einem Umfang von ca. 3,3 Mio. € aus dem Haushaltsjahr 2013 übertragen, sodass der Höchstbetrag zur Kreditaufnahme für Investitionskredite insgesamt bei rund 4,1 Mio. € lag. An Tilgungsleistungen wurden für diese Kredite in 2014 insgesamt 3.775.735 € erbracht. Die Investitionskredite reduzierten sich damit insgesamt von 69.358.530 € um 775.735 € auf 68.582.795 €.

In den Investitionskrediten enthalten ist ein Kredit mit einem Restsaldo zum 31.12.2014 in Höhe von rund 41,877 Mio. €, der als Gesellschafterdarlehen gleichzeitig unter den Ausleihungen bilanziert ist. Der Vorgang ist damit eigenkapitalneutral. Die Tilgungsleistungen von der SAL AöR belaufen sich auf rund 2,774 Mio. €.

Die Liquiditätskredite erhöhten sich bis zum Bilanzstichtag von 163.000.000 € um 12.000.000 € auf 175.000.000 Mio. €. Der Höchstbetrag für die Aufnahme von Liquiditätskrediten wurde auf 190.000.000 € festgesetzt. Die Zinsaufwendungen beliefen sich auf 2.062.105 €.

Die Aufnahmen, Rückzahlungen bzw. Umschuldungen und Prolongationen konnten anhand der Buchungsbelege, Auftragsbestätigungen und Verträge der Banken nachvollzogen werden.

Für die übrigen Verbindlichkeiten wurde die Umsetzung der Handlungsempfehlungen an die Finanzdienste geprüft. (s. Anlage 7.2.3 - lfd. Nrn. 21, 34, 35, 36, 37, 41)

	31.12.2014 <u>EUR</u>	Vorjahr <u>EUR</u>
<b>5. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	11.524.706	12.750.789
<b>Veränderung:</b>	<b>-1.226.083</b>	

Die Buchungen wurden stichprobenartig hinsichtlich der Umsetzung der Handlungsempfehlungen an die Finanzdienste geprüft. (s. Anlage 7.2.3 – lfd. Nrn. 38,61,62)

## 4.2.5 Ergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2013	fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist 2014
		EUR	EUR	EUR	(Sp.3 ./ Sp. 2) EUR
		1	2	3	4
1	Steuern und ähnliche Abgaben	92.680.608,63	100.082.000,00	111.002.991,77	10.920.991,77
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	55.626.512,97	58.953.810,00	65.767.314,22	6.813.504,22
3	+ Sonstige Transfererträge	797.526,92	719.500,00	718.928,95	-571,05
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	22.099.151,88	21.817.961,00	24.211.053,46	2.393.092,46
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.847.030,90	2.248.600,00	2.372.633,13	124.033,13
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.580.693,70	4.008.297,00	4.698.459,79	690.162,79
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	17.693.014,35	16.181.600,00	23.652.715,15	7.471.115,15
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	62.745,83	60.000,00	68.326,58	8.326,58
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	195.387.285,18	204.071.768,00	232.492.423,05	28.420.655,05
11	- Personalaufwendungen	36.126.459,03	40.299.055,00	43.542.604,69	3.243.549,69
12	- Versorgungsaufwendungen	9.230.860,04	6.400.000,00	14.598.774,17	8.198.774,17
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	43.039.007,40	46.319.476,07	42.693.855,91	-3.625.620,16
14	- Bilanzielle Abschreibungen	10.164.206,44	7.173.839,21	14.557.202,39	7.383.363,18
15	- Transferaufwendungen	100.747.459,52	102.975.841,10	104.119.448,69	1.143.607,59
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.085.682,55	16.512.384,43	29.392.587,82	12.880.203,39
17	= Ordentliche Aufwendungen	219.393.674,98	219.680.595,81	248.904.473,67	29.223.877,86
18	<b>= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)</b>	<b>-24.006.389,80</b>	<b>-15.608.827,81</b>	<b>-16.412.050,62</b>	<b>-803.222,81</b>
19	+ Finanzerträge	5.264.116,26	6.332.400,00	5.441.948,22	-890.451,78
20	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.892.852,26	5.910.100,00	2.653.331,16	-3.256.768,84
21	<b>= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)</b>	<b>1.371.264,00</b>	<b>422.300,00</b>	<b>2.788.617,06</b>	<b>2.366.317,06</b>
22	<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)</b>	<b>-22.635.125,80</b>	<b>-15.186.527,81</b>	<b>-13.623.433,56</b>	<b>1.563.094,25</b>
23	+ Außerordentliche Erträge	89,10	0,00	138.065,31	138.065,31
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	446.859,42	446.859,42

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2013	fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist 2014
		EUR	EUR	EUR	(Sp.3 ./ Sp. 2) EUR
		1	2	3	4
25	= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	89,10	0,00	-308.794,11	-308.794,11
26	= Jahresergebnis (=Zeilen 22 und 25)	-22.635.036,70	-15.186.527,81	-13.932.227,67	1.254.300,14
<b><u>Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage</u></b>					
27	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	698.653,51	698.653,51
28	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	606.139,69	606.139,69
30	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
31	<b>Verrechnungssaldo (= Zeilen 27 bis 30)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>92.513,82</b>	<b>92.513,82</b>

#### **Ermächtigungsübertragung für Aufwendungen 3.142.603,78 EUR**

Die Ergebnisrechnung entspricht dem Muster zur GO und GemHVO. Der durch die Ergebnisrechnung ermittelte Jahresfehlbetrag von 13.932.227,67 € stimmt mit dem bilanziellen Ausweis „Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag“ überein.

Im Rahmen der Prüfung der Bilanzposten wurden die korrespondierenden Erfolgskonten stichprobenartig hinsichtlich ihres Inhaltes, ihres zutreffenden Ausweises und ihrer Periodenabgrenzung geprüft. Überprüft wurden auch die wesentlichen Abweichungen zu den Vorjahren bzw. Ansätzen und die Plausibilität der Aussagen hierzu im Lagebericht.

## 4.2.6 Finanzrechnung

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2013	fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist 2014
		EUR	EUR	EUR	(Sp. 3 J. Sp. 2) EUR
		1	2	3	4
1	Steuern und ähnliche Abgaben	92.747.393,60	100.082.000,00	108.376.981,50	8.294.981,50
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	53.479.461,14	56.555.810,00	57.054.873,06	499.063,06
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	804.968,73	719.500,00	706.258,45	-13.241,55
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	19.772.725,56	20.179.126,00	20.086.828,34	-92.297,66
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.175.759,73	2.248.600,00	2.263.585,27	14.985,27
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	4.166.206,16	4.008.297,00	4.455.385,61	447.088,61
7	+ Sonstige Einzahl. (Konz,Sz,Buß,KK,ISkB)	6.664.724,04	7.373.300,00	9.296.979,79	1.923.679,79
8	+ Zinsen, Div. und ähnliche Einzahlungen	5.279.828,61	6.332.400,00	5.406.146,97	-926.253,03
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	185.091.067,57	197.499.033,00	207.647.038,99	10.148.005,99
10	– Personalauszahlungen	36.157.260,18	37.715.429,00	36.891.827,83	-823.601,17
11	– Versorgungsauszahlungen	6.175.918,34	6.400.000,00	7.090.990,00	690.990,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	42.658.793,05	43.351.043,00	39.998.433,51	-3.352.609,49
13	– Zinsen und ähnliche Auszahlungen	4.181.647,63	5.910.100,00	2.581.170,47	-3.328.929,53
14	– Transferauszahlungen	100.121.181,45	102.678.540,00	104.815.998,40	2.137.458,40
15	– Sonstige Auszahlungen	13.804.315,74	16.438.801,00	18.639.661,93	2.200.860,93
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	203.099.116,39	212.493.913,00	210.018.082,14	-2.475.830,86
17	<b>= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 9 und 16)</b>	<b>-18.008.048,82</b>	<b>-14.994.880,00</b>	<b>-2.371.043,15</b>	<b>12.623.836,85</b>
18	+ Investitionszuwendungen	7.728.835,58	5.511.200,00	5.661.735,84	150.535,84
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.644.983,36	1.013.500,00	172.633,49	-840.866,51
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	4.311.000,00	0,00	-4.311.000,00
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2013	fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist 2014
		EUR	EUR	EUR	(Sp. 3 / Sp. 2) EUR
		1	2	3	4
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.373.818,94	10.835.700,00	5.834.369,33	-5.001.330,67
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	407.697,59	1.926.000,00	152.049,47	-1.773.950,53
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.334.907,57	17.876.562,08	5.213.265,76	-12.663.296,32
26	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.384.290,17	5.228.954,63	3.728.275,28	-1.500.679,35
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	1.559.112,36	424.402,69	1.496.896,29	1.072.493,60
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	5.245,00	0,00	16.900,00	16.900,00
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.691.252,69	25.455.919,40	10.607.386,80	-14.848.532,60
<b>31</b>	<b>= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)</b>	<b>1.682.566,25</b>	<b>-14.620.219,40</b>	<b>-4.773.017,47</b>	<b>9.847.201,93</b>
<b>32</b>	<b>= Finanzmittelüberschuß/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)</b>	<b>-16.325.482,57</b>	<b>-29.615.099,40</b>	<b>-7.144.060,62</b>	<b>22.471.038,78</b>
33	+ Aufnahme u. Rückflüsse v. Darlehen	2.660.611,13	9.421.160,00	5.796.561,21	-3.624.598,79
34	+ Aufnahme v. Kred.z. Liqui. sich.	58.500.000,00	0,00	60.000.000,00	60.000.000,00
35	- Tilgung und Gewährung v. Darlehen	3.531.212,71	9.961.700,00	3.854.817,92	-6.106.882,08
36	- Tilgung v. Kred. z. Lqui.sich.	40.000.000,00	0,00	48.000.000,00	48.000.000,00
<b>37</b>	<b>= Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>17.629.398,42</b>	<b>-540.540,00</b>	<b>13.941.743,29</b>	<b>14.482.283,29</b>
<b>38</b>	<b>= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)</b>	<b>1.303.915,85</b>	<b>-30.155.639,40</b>	<b>6.797.682,67</b>	<b>36.953.322,07</b>
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	15.124.748,71	0,00	15.435.481,02	15.435.481,02
40	+/- Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	-991.509,18	0,00	3.622.977,58	3.622.977,58
<b>41</b>	<b>= Liquide Mittel (=Zeilen 38,39 und 40)</b>	<b>15.437.155,38</b>	<b>-30.155.639,40</b>	<b>25.856.141,27</b>	<b>56.011.780,67</b>

**Ermächtigungsübertragung für Auszahlungen 13.790.859,40 EUR**

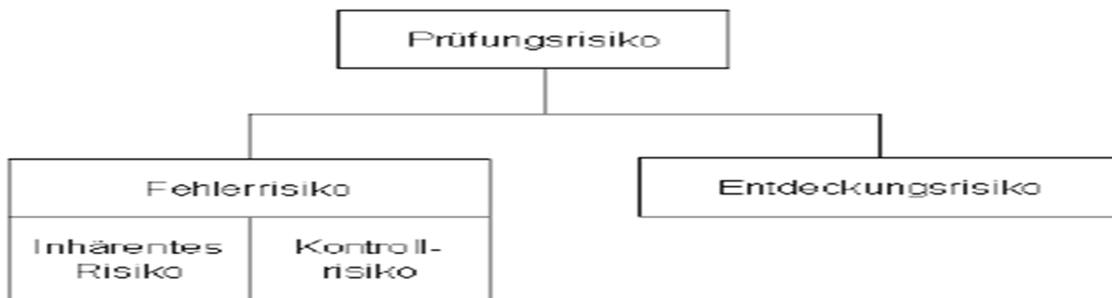
Die Finanzrechnung entspricht dem Muster zur GO und GemHVO. Das Ergebnis der Finanzrechnung in Höhe von 25.856.141,27 € korrespondiert mit dem Bilanzansatz „Liquide Mittel“. Geprüft wurde die Abarbeitung des Handlungsplans Finanzdienste (Anlage 7.2.3).

## **5 FAZIT**

Wie bereits in den letzten Jahren, kann auch für die Erstellung des Jahresabschlusses 2014 durch die Abteilung Finanzdienste und die diesbezügliche Jahresabschlussprüfung durch die Rechnungsprüfung festgestellt werden, dass ausschließlich interne Kräfte der Stadtverwaltung Lünen eingesetzt wurden. Erneut wurden Besprechungsrunden mit der Klärung einer Vielzahl differenzierter Fragestellungen durchgeführt. Einige, nicht zuletzt auch durch die Rechnungsprüfung aufgeworfene, Umstellungs- bzw. Änderungsnotwendigkeiten sind im Zusammenhang mit den Jahresabschlussprüfungen 2012, 2013 und 2014 durch die Finanzdienste erledigt worden, während sich andere noch in z. T. mehrjährigen Entwicklungsprozessen befinden. Insgesamt wurde ein neuer Zeit-/Maßnahmenkatalog fest vereinbart. Dieser ist auch Anlage des Prüfberichtes (Ziff. 7.2.3). Ein zielgerichtetes Handeln und zeitnahes Vorantreiben der o. g. Vorhaben (z. B. Risikomanagement, Beteiligungsmanagement, GoB, Prozesse JA-Erstellung etc.) durch die Finanzdienste wird auch zukünftig im Fokus der Rechnungsprüfung stehen. Zunächst bestehende sachliche Hindernisse, z. T. noch nicht abgeschlossene Vorgänge der Jahresabschlusserstellung (z. B. Inventur, Gebührenrechnungen, systemintegrierte Abstimmarbeiten etc.), konnten konstruktiv gelöst bzw. Lösungen in einem vertretbaren Zeitrahmen vereinbart werden.

Die hier formulierte Prüfsicherheit wurde nicht zuletzt aus der umfangreichen begleitenden Prüfung und Beratung der Verwaltung gewonnen, die im Jahr 2014 durch die Rechnungsprüfung wahrgenommen wurde. Klarzustellen ist, dass auch ein uneingeschränktes Testat zu vergeben nicht die Feststellung von Fehlerlosigkeit, sondern die hinreichende Sicherheit, dass sich keine wesentlichen Fehler mehr im Abschluss befinden, ist. Die Grundlage der hinreichenden Sicherheit und damit die Möglichkeit festzustellen, dass die vorliegende Bilanz, Ergebnisrechnung und Finanzrechnung ein den Realitäten entsprechendes Bild ergibt und wesentliche Fehler nicht vorliegen, wurde durch den enormen Prüfungsaufwand gelegt. Eben die Prüfung intensiv zu gestalten und gegenüber den Planungen deutlich auszudehnen ist die fachlich folgerichtige prüferische Reaktion auf ein bestehendes nicht geringes Fehlerrisiko, was systematisch dazu führen

muss, das Entdeckungsrisiko zu senken. Dies entspricht den einschlägigen Prüfungsstandards (IDW PS 261, IDR LL 200) wonach ein Prüfungsrisiko darin gesehen wird, einen mit wesentlichen Fehlern behafteten Jahresabschluss zu testieren oder einem nicht mit wesentlichen Fehlern behafteten Jahresabschluss das Testat zu verweigern.



Grafik zum Risiko. Quelle: IDW PS 261

Der Prozess der begleitenden und beratenden Tätigkeit der Rechnungsprüfung wird auch in zukünftigen Projekten, wie beispielsweise bei der Erstellung des Gesamtabchlusses und der Begleitung wesentlicher Fördermaßnahmen und Investitionsprojekte, fortgesetzt werden.

## **6 BESTÄTIGUNGSVERMERK UND SCHLUSSBEMERKUNG**

Nach dem Ergebnis der Prüfung hat die Rechnungsprüfung dem als Anlagen 7.1.1 bis 7.1.5 beige-fügten Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde zum 31. Dezember 2014 den folgenden un-ingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung":

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanz-rechnung, Teilrechnungen und Anhang – sowie den Lagebericht der Gemeinde für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den ge-meinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürger-meisters der Gemeinde. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchge-führten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegen-stände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 101 Abs. 1 GO und in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grund-sätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll-systems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnut-zungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzie-rungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Gemeinde sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Rechnungsprü-

fung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt, die eine Einschränkung des Bestätigungsvermerks zur Folge haben.

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde.

Lünen, den 04. November 2015

Jürgen Kopitetzki

kommissarischer Leiter Rechnungsprüfung

Der vorstehende Prüfungsbericht wird in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (vgl. IDW PS 450) erstattet.

Lünen, den 02. Dezember 2015

Klaus Lamczick

Vorsitzender Rechnungsprüfungsausschuss

## **7 ANLAGEN ZUM PRÜFUNGSBERICHT**

### **7.1 Pflichtbestandteile**

**7.1.1** Bilanz zum 31. Dezember 2014

**7.1.2** Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

**7.1.3** Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

**7.1.4** Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

**7.1.5** Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 einschließlich Anlagenspiegel, Forderungsspiegel, Verbindlichkeitenspiegel und Sonderpostenspiegel

**7.1.6** Bestätigungsvermerk

### **7.2 Sonstige Anlagen zum Prüfungsbericht**

**7.2.1** Rechtliche Verhältnisse

**7.2.2** Unternehmensübersicht der Stadt Lünen

**7.2.3** Handlungsplan der Finanzdienste

**7.2.3.1** Zeit- und Maßnahmenplan zum Prüfbericht IKS-Personal

**7.2.4** Bericht IKS-Prüfung Anlagenabgänge ausgewählter Produktbereiche

**Schlussbilanz zum 31.12.2014**

Bezeichnung	01.01.2014	31.12.2014	Bezeichnung	01.01.2014	31.12.2014
	in €			in €	
<b>AKTIVA</b>			<b>PASSIVA</b>		
<b>1. Anlagevermögen</b>	<b>499.388.394,23</b>	<b>486.155.880,87</b>	<b>1. Eigenkapital</b>	<b>29.501.761,85</b>	<b>15.677.095,30</b>
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	650.157,25	571.104,41	1.1 Allgemeine Rücklage	29.501.761,85	29.609.322,97
1.2 Sachanlagen	292.284.328,28	281.927.428,97	1.2 Sonderrücklagen	0	0
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	97.037.221,92	94.175.076,32	1.3 Ausgleichsrücklage	0	0
1.2.1.1 Grünflächen	79.033.903,99	79.069.440,18	1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-13.932.227,67
1.2.1.2 Ackerland	5.630.444,65	4.574.585,53	<b>2. Sonderposten</b>	<b>88.290.129,36</b>	<b>81.850.053,73</b>
1.2.1.3 Wald, Forsten	2.999.140,99	1.277.558,79	2.1 für Zuwendungen	52.971.769,59	47.979.281,36
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	9.373.732,29	9.253.491,82	2.2 für Beiträge	33.864.621,21	32.164.602,91
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	3.762.140,84	2.640.873,82	2.3 für den Gebührenaussgleich	1.044.813,27	1.218.098,10
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtung	1.960.961,68	1.457.659,03	2.4 Sonstige Sonderposten	408.925,29	488.071,36
1.2.2.2 Schulen	0	0	<b>3. Rückstellungen</b>	<b>147.119.173,28</b>	<b>156.049.487,40</b>
1.2.2.3 Wohnbauten	1.138.422,19	623.868,02	3.1 Pensionsrückstellungen	129.003.134,00	134.649.068,00
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	662.756,97	559.346,77	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0	0
1.2.3 Infrastrukturvermögen	177.757.929,81	169.748.240,73	3.3 Instandhaltungsrückstellungen	1.651.000,00	1.160.000,00
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	49.645.360,48	49.433.633,97	3.4 Sonstige Rückstellungen	16.465.039,28	20.240.419,40
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	10.160.891,36	9.921.801,32	<b>4. Verbindlichkeiten</b>	<b>260.318.152,18</b>	<b>272.972.156,17</b>
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0	0	4.1 Anleihen	0	0
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	1	25.748,82	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	69.358.529,79	68.582.794,57
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und	116.672.055,82	109.122.851,61	4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0	0
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	1.279.621,15	1.244.205,01	4.2.2 von Beteiligungen	0	0
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	0	0	4.2.3 von Sondervermögen	0	0
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	813.717,66	824.636,91	4.2.4 vom öffentlichen Bereich	12.980,30	10.321,58
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.568.209,00	4.263.177,59	4.2.5 von Kreditinstituten	69.345.549,49	68.572.472,99
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.129.098,86	7.510.952,80	4.3 Verbindlichkeiten von Krediten zur Liquiditätssicherung	163.000.000,00	175.000.000,00
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.216.010,19	2.764.470,80	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen	0	0
1.3 Finanzanlagen	206.453.908,70	203.657.347,49	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.719.572,99	9.156.512,32
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	114.561.264,00	114.561.264,00	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	2.877.025,70	2.181.396,92
1.3.2 Beteiligungen	1.080.998,57	1.080.998,57	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	10.848.111,89	10.575.063,38
1.3.3 Sondervermögen	41.858.727,00	41.858.727,00	4.8 Erhaltene Anzahlungen	5.514.911,81	7.476.388,98
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögen	499.368,34	499.368,34	<b>5. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>12.750.788,54</b>	<b>11.524.706,09</b>
1.3.5 Ausleihungen	48.453.550,79	45.656.989,58			
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	47.800.219,90	45.026.552,20			
1.3.5.2 an Beteiligungen	0	0			
1.3.5.3 an Sondervermögen	0	0			
1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	653.330,89	630.437,38			
<b>2. Umlaufvermögen</b>	<b>31.626.060,31</b>	<b>45.424.350,26</b>			
2.1 Vorräte	2.352.757,62	2.282.621,74			
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	2.352.757,62	2.282.621,74			
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	0	0			
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.836.147,31	17.285.587,25			
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus	7.164.645,06	10.496.200,31			
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	1.673.871,71	2.345.157,58			
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	4.997.630,54	4.444.229,36			
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0			
2.4 Liquide Mittel	15.437.155,38	25.856.141,27			
<b>3. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>6.965.550,67</b>	<b>6.493.267,56</b>			
<b>BILANZSUMME AKTIVA</b>	<b>537.980.005,21</b>	<b>538.073.498,69</b>	<b>BILANZSUMME PASSIVA</b>	<b>537.980.005,21</b>	<b>538.073.498,69</b>

**Ergebnisrechnung**

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2013	fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist 2014
		EUR	EUR	EUR	(Sp. 3 / Sp. 2) EUR
		1	2	3	4
1	Steuern und ähnliche Abgaben	92.680.608,63	100.082.000,00	111.002.991,77	10.920.991,77
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	55.626.512,97	58.953.810,00	65.767.314,22	6.813.504,22
3	+ Sonstige Transfererträge	797.526,92	719.500,00	718.928,95	-571,05
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	22.099.151,88	21.817.961,00	24.211.053,46	2.393.092,46
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.847.030,90	2.248.600,00	2.372.633,13	124.033,13
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.580.693,70	4.008.297,00	4.698.459,79	690.162,79
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	17.693.014,35	16.181.600,00	23.652.715,15	7.471.115,15
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	62.745,83	60.000,00	68.326,58	8.326,58
9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Ordentliche Erträge	195.387.285,18	204.071.768,00	232.492.423,05	28.420.655,05
11	- Personalaufwendungen	36.126.459,03	40.299.055,00	43.542.604,69	3.243.549,69
12	- Versorgungsaufwendungen	9.230.860,04	6.400.000,00	14.598.774,17	8.198.774,17
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	43.039.007,40	46.319.476,07	42.693.855,91	-3.625.620,16
14	- Bilanzielle Abschreibungen	10.164.206,44	7.173.839,21	14.557.202,39	7.383.363,18
15	- Transferaufwendungen	100.747.459,52	102.975.841,10	104.119.448,69	1.143.607,59
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.085.682,55	16.512.384,43	29.392.587,82	12.880.203,39
17	= Ordentliche Aufwendungen	219.393.674,98	219.680.595,81	248.904.473,67	29.223.877,86
18	<b>= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)</b>	<b>-24.006.389,80</b>	<b>-15.608.827,81</b>	<b>-16.412.050,62</b>	<b>-803.222,81</b>
19	+ Finanzerträge	5.264.116,26	6.332.400,00	5.441.948,22	-890.451,78
20	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.892.852,26	5.910.100,00	2.653.331,16	-3.256.768,84
21	<b>= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)</b>	<b>1.371.264,00</b>	<b>422.300,00</b>	<b>2.788.617,06</b>	<b>2.366.317,06</b>
22	<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)</b>	<b>-22.635.125,80</b>	<b>-15.186.527,81</b>	<b>-13.623.433,56</b>	<b>1.563.094,25</b>
23	+ Außerordentliche Erträge	89,10	0,00	138.065,31	138.065,31
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	446.859,42	446.859,42
25	<b>= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)</b>	<b>89,10</b>	<b>0,00</b>	<b>-308.794,11</b>	<b>-308.794,11</b>
26	<b>= Jahresergebnis (=Zeilen 22 und 25)</b>	<b>-22.635.036,70</b>	<b>-15.186.527,81</b>	<b>-13.932.227,67</b>	<b>1.254.300,14</b>
<b><u>Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage</u></b>					
27	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	698.653,51	698.653,51
28	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	0,00	0,00	606.139,69	606.139,69
30	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00

7.1.2 Prüfbericht JA 2014  
Ergebnisrechnung

2014  
Stadt Lünen

02.11.2015

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2013	fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist 2014
		EUR	EUR	EUR	(Sp. 3 ./ Sp. 2) EUR
		1	2	3	4
31	Verrechnungssaldo (= Zeilen 27 bis 30)	0,00	0,00	92.513,82	92.513,82

Ermächtigungsübertragung für Aufwendungen 3.142.603,78 EUR

## Finanzrechnung

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2013	fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist 2014
		EUR	EUR	EUR	(Sp. 3 / Sp. 2) EUR
		1	2	3	4
1	Steuern und ähnliche Abgaben	92.747.393,60	100.082.000,00	108.376.981,50	8.294.981,50
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	53.479.461,14	56.555.810,00	57.054.873,06	499.063,06
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	804.968,73	719.500,00	706.258,45	-13.241,55
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	19.772.725,56	20.179.126,00	20.086.828,34	-92.297,66
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.175.759,73	2.248.600,00	2.263.585,27	14.985,27
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	4.166.206,16	4.008.297,00	4.455.385,61	447.088,61
7	+ Sonstige Einzahl. (Konz, Sz, Buß, KK, ISkB)	6.664.724,04	7.373.300,00	9.296.979,79	1.923.679,79
8	+ Zinsen, Div. und ähnliche Einzahlungen	5.279.828,61	6.332.400,00	5.406.146,97	-926.253,03
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	185.091.067,57	197.499.033,00	207.647.038,99	10.148.005,99
10	– Personalauszahlungen	36.157.260,18	37.715.429,00	36.891.827,83	-823.601,17
11	– Versorgungsauszahlungen	6.175.918,34	6.400.000,00	7.090.990,00	690.990,00
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	42.658.793,05	43.351.043,00	39.998.433,51	-3.352.609,49
13	– Zinsen und ähnliche Auszahlungen	4.181.647,63	5.910.100,00	2.581.170,47	-3.328.929,53
14	– Transferauszahlungen	100.121.181,45	102.678.540,00	104.815.998,40	2.137.458,40
15	– Sonstige Auszahlungen	13.804.315,74	16.438.801,00	18.639.661,93	2.200.860,93
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	203.099.116,39	212.493.913,00	210.018.082,14	-2.475.830,86
17	<b>= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 9 und 16)</b>	<b>-18.008.048,82</b>	<b>-14.994.880,00</b>	<b>-2.371.043,15</b>	<b>12.623.836,85</b>
18	+ Investitionszuwendungen	7.728.835,58	5.511.200,00	5.661.735,84	150.535,84
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.644.983,36	1.013.500,00	172.633,49	-840.866,51
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	4.311.000,00	0,00	-4.311.000,00
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.373.818,94	10.835.700,00	5.834.369,33	-5.001.330,67
24	– Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	407.697,59	1.926.000,00	152.049,47	-1.773.950,53
25	– Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.334.907,57	17.876.562,08	5.213.265,76	-12.663.296,32
26	– Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.384.290,17	5.228.954,63	3.728.275,28	-1.500.679,35
27	– Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
28	– Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	1.559.112,36	424.402,69	1.496.896,29	1.072.493,60
29	– Sonstige Investitionsauszahlungen	5.245,00	0,00	16.900,00	16.900,00
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.691.252,69	25.455.919,40	10.607.386,80	-14.848.532,60
31	<b>= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)</b>	<b>1.682.566,25</b>	<b>-14.620.219,40</b>	<b>-4.773.017,47</b>	<b>9.847.201,93</b>
32	<b>= Finanzmittelüberschuß/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)</b>	<b>-16.325.482,57</b>	<b>-29.615.099,40</b>	<b>-7.144.060,62</b>	<b>22.471.038,78</b>

7.1.3. Prüfbericht JA 2014  
Finanzrechnung

2014  
Stadt Lünen

02.11.2015

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2013	fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist 2014
		EUR	EUR	EUR	(Sp. 3 ./ Sp. 2) EUR
		1	2	3	4
33	+ Aufnahme u. Rückflüsse v. Darlehen	2.660.611,13	9.421.160,00	5.796.561,21	-3.624.598,79
34	+ Aufnahme v. Kred.z. Liqui. sich.	58.500.000,00	0,00	60.000.000,00	60.000.000,00
35	- Tilgung und Gewährung v. Darlehen	3.531.212,71	9.961.700,00	3.854.817,92	-6.106.882,08
36	- Tilgung v. Kred. z. Lqui.sich.	40.000.000,00	0,00	48.000.000,00	48.000.000,00
<b>37</b>	<b>= Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>17.629.398,42</b>	<b>-540.540,00</b>	<b>13.941.743,29</b>	<b>14.482.283,29</b>
<b>38</b>	<b>= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 37)</b>	<b>1.303.915,85</b>	<b>-30.155.639,40</b>	<b>6.797.682,67</b>	<b>36.953.322,07</b>
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	15.124.748,71	0,00	15.435.481,02	15.435.481,02
40	+/- Änderung des Bestandes an fremden Finanzmitteln	-991.509,18	0,00	3.622.977,58	3.622.977,58
<b>41</b>	<b>= Liquide Mittel (=Zeilen 38,39 und 40)</b>	<b>15.437.155,38</b>	<b>-30.155.639,40</b>	<b>25.856.141,27</b>	<b>56.011.780,67</b>

Ermächtigungsübertragung für Auszahlungen 13.790.859,40 EUR

# **Lagebericht zum Jahresabschluss 2014 der Stadt Lünen**

## **Vorwort**

Gem. § 95 Abs. 1 i.V.m. 37 Abs. 2 GemHVO NW ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht nach § 48 GemHVO NW beizufügen.

Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr geben und so gefasst werden, dass ein tatsächliches Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinden vermittelt wird. Auf Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist einzugehen.

Außerdem ist auf Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen.

## **Inhalt**

### **1. Analyse der Lage am Bilanzstichtag**

#### 1.1 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

##### 1.1.1 Erläuterungen zur wirtschaftlichen Lage im Einzelnen

##### 1.1.2 Überblick über die Vermögens- und Schuldenlage

##### 1.1.3 Ertrags- und Aufwandssituation

#### 1.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

### **2. Prognosebericht**

#### 2.1 Vermögens- und Schuldenentwicklung

#### 2.2 Ergebnisentwicklung

#### 2.3 Liquiditätsentwicklung

### **3. Chancenbericht**

#### 3.1 Chancen durch Strukturwandel

#### 3.2 Chancen durch Konsolidierung

#### 3.3 Chancen durch staatliche Beteiligung bei den Soziallasten

### **4. Risikobericht**

#### 4.1 Risiken durch die künftige Zinsentwicklung

#### 4.2 Risiken durch vertragliche Verpflichtungen

#### 4.3 Risiken aus Investitionen

#### 4.4 Personalwirtschaftliche Risiken

#### 4.5 Risiken aus Altlasten

### **5. Resümee**

## Analyse der Lage am Bilanzstichtag

### 1.1 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

- Auf der Basis des Haushaltssicherungskonzeptes 2007 und begleitet von einer konjunkturellen Belebung hatte die Stadt Lünen 2008 faktisch ein jahresbezogen ausgeglichenes Haushaltsergebnis.
- Bedingt durch die Immobilien-, Banken- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 musste die Stadt Lünen – hervorgerufen durch erhebliche Steuerausfälle und soziale Mehrbelastungen – das Haushaltsjahr 2009 mit einem Jahresverlust von 18,5 Mio. € abschließen.
- Durch die Aufstellung eines neuen Haushaltssicherungskonzeptes zum Haushaltsplan 2010 und durch die überraschend schnelle Erholung der konjunkturellen Wirtschaftslage konnte das geplante Haushaltsdefizit 2010 von 23,1 Mio. € letztlich um 7,1 Mio. € auf 16 Mio. € reduziert werden.
- Das geplante Defizit des Haushaltsjahres 2011 von 18,9 Mio. € sollte durch eine Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2014 auf 15,3 Mio. € reduziert werden. Durch Gewerbesteuermindererträge, nicht realisierbare Konsolidierungsmaßnahmen und zusätzliche Rückstellungsbildungen wurde das Ziel deutlich verfehlt. Das Haushaltsjahr 2011 schloss mit einem Defizit von 27,1 Mio. € ab.
- Aufgrund der positiven Entwicklung der Wirtschaftslage in 2012 waren deutlich gestiegene Erträge bei den Gewerbesteuern zu verzeichnen. Insgesamt hatten die Steuererträge in 2012 einen neuen Höchststand erreicht, wodurch ein Jahresüberschuss von 11,56 Mio. erzielt werden konnte.
- Der Doppelhaushaltsplan 2013/2014 wies für 2013 ein Defizit in Höhe von rund 22,26 Mio. € aus. Der Haushaltsausgleich sollte im Jahr 2014 erreicht werden. Durch externe Faktoren (Verringerung der Schlüsselzuweisungen und Erhöhung der Kreisumlage), die im Sommer 2013 bekannt wurden, verschlechterte sich die Haushaltslage so, dass ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2014 aufgestellt werden musste. In diesem Nachtrag ist es gelungen, den Haushaltsausgleich bis 2017 darzustellen. Das Jahresabschlussergebnis 2013 wies ein Defizit von 22,64 Mio. € aus.
- **Jahresabschluss 2014**  
Der Jahresabschluss 2014 weist einen Fehlbetrag in Höhe von 13.932.227,67 € aus. Im Vergleich zum Ansatz des Haushaltsjahres (-11.406.343 €) bedeutet dies eine Verschlechterung um 2.525.884,67 €. Im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz 2014 (Ansatz zzgl. Ermächtigungsübertragungen) i.H.v. -15.186.527,81 € ergibt sich eine Verbesserung von 1.254.300,14 €. Eine unmittelbare Gefahr für den in der Planung dargestellten Haushaltsausgleich im Jahr 2017 ergibt sich durch den Jahresfehlbetrag jedoch nicht.

### **Vergleich zum Jahresabschluss 2013**

#### **Ertragslage:**

- Die Steuererträge belaufen sich auf rd. 111 Mio. € und sind somit um rd. 18,3 Mio. im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.
- Auch die Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind gestiegen. Hier ist eine Erhöhung von rd. 10,1 Mio. € zu verzeichnen.
- Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen ist ebenfalls ein starker Anstieg um rd. 5,9 Mio. € zu verzeichnen.
- Im Ergebnis führen die o.g. Ertragssteigerungen zu einer Erhöhung der ordentlichen Erträge um ca. 37,1 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr.

#### **Aufwandslage:**

- Der Personalaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um rd. 7,4 Mio.
- Auch die Versorgungsaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (rd. 5,4 Mio. €).
- Die bilanziellen Abschreibungen sind um rd. 4,4 Mio. € gestiegen.
- Ebenfalls gestiegen sind die Transferaufwendungen (rd. 3,4 Mio. €) sowie die sonst. Aufwendungen (rd. 9,3 Mio. €).
- Insgesamt sind die ordentlichen Aufwendungen um rund 29,5 Mio. € gestiegen.

#### **Bilanz (Vergleich zum Jahresabschluss 2013):**

- Das Sachanlagevermögen ist um rd. 10,3 Mio. € gesunken.
- Der Jahresfehlbetrag in Höhe von insgesamt 13.932.227,67 € wird durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen.

### 1.1.1 Erläuterungen zur wirtschaftlichen Lage im Einzelnen

Um zum Bilanzstichtag 31.12.2014 ein zutreffendes Bild der wirtschaftlichen Situation der Stadt vermitteln zu können, werden anhand der Bilanz nachfolgend die Vermögens- und Schuldenlage und anhand der Ergebnis- und Finanzrechnung die Ertrags- und Aufwandssituation näher erläutert.

### 1.1.2 Überblick über die Vermögens- und Schuldenlage

Die Schlussbilanz der Stadt Lünen schließt mit einer Bilanzsumme von rd. 538,1 Mio. € ab. Damit gehört die Stadt – gemessen an der Bilanzsumme – nach den Maßstäben der Wirtschaft - zu den „großen“ Kapitalgesellschaften.

#### **Überblick über die Schlussbilanz der Stadt Lünen**

<b>Aktiva</b>	<b>gerundet in €</b>	<b>in %</b>	<b>Passiva</b>	<b>gerundet in €</b>	<b>in %</b>
Anlagevermögen	486.155.900	90,4	Eigenkapital	15.677.100	2,9
Umlaufvermögen	45.424.300	8,4	Sonderposten	81.850.100	15,2
aRAP	6.493.300	1,2	Rückstellungen	156.049.500	29,0
			Verbindlichkeiten	272.972.100	50,7
			pRAP	11.524.700	2,2
<b>Summe</b>	<b>538.073.500</b>	<b>100</b>	<b>Summe</b>	<b>538.073.500</b>	<b>100</b>

Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 verändert sich gegenüber der Schlussbilanz 2013 um rd. + 93.500 €, wobei sich auf der Aktivseite

- das Anlagevermögen um rd. 13,2 Mio. € reduziert,
- das Umlaufvermögen um rd. 13,8 Mio. € steigt,
- die liquiden Mittel sich um rd. 10,4 Mio. € erhöhen
- und die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sich um rd. 3,4 Mio. € erhöhen.

#### **Vermögensstruktur der Schlussbilanz 2014 (Aktiva)**

##### **Anlagevermögen**

Der Schwerpunkt auf der Vermögensseite der Lünen Bilanz liegt mit 486,2 Mio. € weiterhin beim Anlagevermögen (Anlagenintensitätsfaktor: rd. 90 %).

Das Anlagevermögen selbst besteht

- zu rd. 58 % aus Sachanlagen und
- zu rd. 42 % aus Finanzanlagen.

Der hohe Bestand an Sachanlagen von 281,9 Mio. € bedingt hohe Aufwendungen aus Abschreibungen und Instandhaltungen. Hierdurch wird der Ergebnisplan dauerhaft belastet.

Die Finanzanlagen von rd. 203,7 Mio. €, die vorwiegend aus kommunalen Beteiligungen an der Stadtwerkeholding, am Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung, an dem Klinikum Westfalen, an den Wirtschaftsbetrieben Lünen, an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und aus dem Sondervermögen des Gebäudebetriebes bestehen, tragen (durch Dividendenzahlungen bzw. Eigenkapitalverzinsung) zur Mitfinanzierung des Haushaltes bei.

Die Reduzierung der Finanzanlagen um 2,8 Mio. € resultiert ausschließlich aus der Verringerung der Ausleihungen (Tilgung Gesellschafterdarlehen SAL).

### ***Umlaufvermögen***

#### ***Liquide Mittel***

Zum Jahresende waren liquide Mittel in einer Größenordnung von rd. 25,9 Mio. € vorhanden.

### **Kapitalstruktur der Schlussbilanz 2014 (Passiva)**

Die Passivseite der Bilanz gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen finanziert ist. Das Aufteilungsverhältnis in Eigen- und Fremdkapital ist für eine Kommune von besonderer Bedeutung. Ein hoher Fremdkapitalanteil verursacht hohe Zinsaufwendungen im Ergebnisplan. Bei einem hohen Eigenkapitalanteil kann ein Teil der allgemeinen Rücklage - die sog. Ausgleichsrücklage - zum Haushaltsausgleich beitragen.

#### ***Eigenkapital***

Das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital hat sich gegenüber der Schlussbilanz 2013 um rd. 13,9 Mio. € auf rd.15,6 Mio. € reduziert. Die Ausgleichsrücklage war bereits 2010 vollständig aufgezehrt worden.

#### ***Sonderposten***

Die ausgewiesenen Sonderposten von rd. 81,9 Mio. € haben sich um rd. 6,4 Mio. € verringert (rd.- 4,9 Mio. € entfallen auf Zuwendungen, rd. -1,7 Mio. € auf Beiträge sowie rd. + 200.000 € auf den Gebührenaussgleich).

Für die Betrachtung von Bilanzen werden die Sonderposten vielfach dem Eigenkapital zugerechnet, da sie sich wirtschaftlich wie Eigenkapital auswirken.

#### ***Rückstellungen***

Rückstellungen werden für bestehende Verpflichtungen gebildet, die am Bilanzstichtag hinsichtlich ihrer Höhe oder ihrer Fälligkeit ungewiss sind. Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen von 156 Mio. € beinhalten neben einer Instandhaltungsrückstellung im Straßenbereich und Urlaubs-, Überstunden-, Altersteilzeitrückstellungen, insbesondere

Prozessrisiko- und Drohverlustrückstellungen von rd. 15,6 Mio. € sowie Pensions- und Beihilferückstellungen von rd. 134,6 Mio. €.

Für die Betrachtung von Bilanzen werden die Rückstellungen vielfach dem Fremdkapital hinzugerechnet, da aus Rückstellungen in der Regel Verbindlichkeiten werden, die zum Abfluss von Liquidität führen.

### ***Verbindlichkeiten***

Gemäß Verbindlichkeitspiegel bestehen die Verbindlichkeiten von 272,9 Mio. € zu 89,2 % aus Krediten. Der größte Kreditanteil entfällt mit 175 Mio. € auf die kurzfristigen Liquiditätskredite.

Die Investitionskredite von 68,6 Mio. € sind um die als Gesellschafterdarlehen an SAL belasteten Darlehensanteile in Höhe von rd. 39,1 Mio. € zu bereinigen, so dass der Finanzierung des langfristigen Anlagevermögens lediglich rd. 29,5 Mio. € an Investitionskrediten gegenüber stehen.

### 1.1.3 Ertrags- und Aufwandssituation

Das Haushaltsjahr 2014 war geprägt von starken Ertragszuwächsen im Bereich der Steuern sowie der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen.

Der in der Gesamtergebnisrechnung dargestellte geplante Fehlbedarf (Ansatz) von rd. 11,4 Mio. € wird um rd. **2,5 Mio. €** überschritten. Die Ergebnisrechnung 2014 schließt demnach mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. **13,9 Mio. €** ab. Im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz 2014 (Ansatz zzgl. Ermächtigungsübertragungen) i.H.v. rd. -15,2 Mio. € ergibt sich eine Verbesserung von rd. 1,3 Mio. €.

Das Jahresergebnis 2014 resultiert vorwiegend aus folgenden wesentlichen Planabweichungen, bezogen auf den Planansatz 2014 (Beträge gerundet):

**+ = Haushaltsverbesserungen / - = Haushaltsverschlechterung**

**•Steuern** **+ 11 Mio. €**

Die Ertragssteigerung resultiert insbesondere aus der erhöhten Gewerbesteuererinnahme (10 Mio. €) sowie aus den Mehreinnahmen im Bereich der Grundsteuer B (1 Mio. €).

**•Zuwendungen und allgemeine Umlagen** **+ 6,8 Mio. €**

Hier sind insbesondere Mehrerträge in Höhe von 5,3 Mio. € durch die Auflösung von Sonderposten sowie Mehrerträge im Bereich der Betriebskostenzuschüsse für Kindergärten durch das Land (1,3 Mio. €) zu nennen.

**•Sonstige ordentliche Erträge** **+ 7,5 Mio. €**

- Durch die Fortführung des Liegenschaftskatasters in den Jahren 2013/2014 kommt es durch Nutzungsänderungen im Bereich der Grundstücke zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 3,2 Mio. €.
- Des Weiteren kommt es durch die Umstellung der Buchungssystematik (Bruttoprinzip) im Bereich Personal-/Beihilferückstellungen (vgl. Ausführungen im Anhang) zu Mehrerträgen im Vergleich zum Planansatz i.H.v. rd. 4,8 Mio. €.
- Unter dem Planansatz liegen hingegen die Erträge im Bereich Konzessionsabgaben und Grundstücksveräußerung (rd. 2 Mio. € geringer).
- Dem stehen allerdings auch Mehraufwendungen in Höhe von 6,7 Mio. € entgegen (siehe sonstige ordentliche Aufwendungen).

**• Personalaufwendungen** **- 3,2 Mio. €**

Mehraufwendungen in Höhe von rd. 5,9 Mio. € resultieren aus der Umstellung der Buchungssystematik (Bruttoprinzip) im Bereich Personal-/Beihilferückstellungen (vgl. oben) sowie aus einem höheren Aufwand durch die Übernahme des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte. Dem gegenüber stehen Verbesserungen von rd. 2,2 Mio. € aus mehreren Teilbereichen, insbesondere aus dem Bereich der Kindergärten (rd. 1 Mio. €).

**• Versorgungsaufwendungen** **- 8,2 Mio. €**

Die Mehraufwendungen resultieren primär aus der Umstellung der Buchungssystematik (Bruttoprinzip) im Bereich Personal-/Beihilferückstellungen (vgl. oben).

**• Transferaufwendungen** **- 1,1 Mio. €**

Hier fielen Mehraufwendungen in unterschiedlichen Bereichen an, primär bei den Kindergärten und im Bereich Ausländerangelegenheiten. Ferner stieg die Gewerbesteuerumlage durch die Mehreinnahmen im Bereich Gewerbesteuer.

**• Sonstige ordentliche Aufwendungen** **- 12,9 Mio. €**

Zu Abweichungen kam es hier insbesondere durch die Aufstockung der Drohverlustrückstellung im Bereich der CHF-Kassenkredite (rd. 5,2 Mio. €) sowie durch die Fortführung des Liegenschaftskatasters in den Jahren 2013/2014 im Bereich der Grundstücke (rd. 6,7 Mio. €, vgl. Ausführungen zu den sonst. ordentl. Erträgen). Eine Verbesserung konnte im Bereich Mietaufwand erzielt werden (rd. 800 T€).

**• Finanzerträge** **- 0,9 Mio. €**

Die Abweichung resultiert aus Mindererträgen im Bereich der Finanzanlagen.

**• Zinsen und ähnliche Aufwendungen** **+3,2 Mio. €**

Die geringeren Aufwendungen resultieren aus gesparten Zinsaufwendungen bei Investitions- und Liquiditätskrediten.

**1.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind**

Die Stadt Lünen wurde von der Sparkasse Lünen im Februar 2014 darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Stadt aus einer Bürgschaft für die BAAS Business Academy of Applied Science gGmbH in Anspruch genommen wird, da der Geschäftsbetrieb der BAAS Ende September 2013 eingestellt und die Liquidation der Gesellschaft in der Gesellschafterversammlung am 14.02.2014 eingeleitet wurde. Die Höhe des Bürgschaftsbetrages beläuft sich auf rd. 116.700 €. Das Abwicklungsverfahren der Gesellschaft dauert über den Stichtag des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 noch an und wird voraussichtlich im Geschäftsjahr 2015 beendet.

Weitere erläuterungsbedürftige Vorgänge und werterhellende Informationen haben sich nicht ergeben.

## **2. Prognosebericht**

Der Prognosebericht beurteilt – vergleichbar dem NKF-Produkthaushalt – die Vermögens- und Schuldenentwicklung, die Ergebnis- und die Liquiditätsentwicklung.

### **2.1 Vermögens- und Schuldenentwicklung**

Aufgrund der bekannten Verschlechterungen im Laufe des Jahres 2014 (vor allem im Bereich der Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage) ist die Aufstellung eines Nachtrags Haushaltes für das Jahr 2014 erforderlich geworden und der geplante Haushaltsausgleich musste von 2014 auf 2017 verschoben werden.

Nur durch den konsequenten Abbau der Fehlbeträge im Ergebnisplan und eine an Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten orientierte Investitionspolitik kann mittel- bis langfristig ein weiterer Werteverzehr vermieden werden.

### **2.2 Ergebnisentwicklung**

Der Haushalt 2015 ist inzwischen genehmigt. Eine Erhöhung der Grundsteuer B um 180 Punkte wurde beschlossen und umgesetzt. Der Einbruch bei der Gewerbesteuer im Sommer 2015 führte dazu, dass der Haushaltsentwurf überarbeitet werden musste, letztendlich aber die Genehmigung erteilt wurde.

Der Haushaltsausgleich wird nach wie vor für das Jahr 2017 prognostiziert.

### **2.3 Liquiditätsentwicklung**

Da der Ergebnisplan nach der aktuellen Finanzplanung – trotz zusätzlicher Konsolidierungsanstrengungen – erst ab 2017 strukturell ausgeglichen werden kann, hat dies auch Auswirkungen auf die liquiden Mittel bzw. die Liquiditätskredite.

Nach der mittelfristigen Planung werden die Liquiditätskredite bis Ende 2015 voraussichtlich bei rd. 200 Mio. € liegen.

### **3. Chancenbericht**

Durch weitere Bausteine bei der Bewältigung des Strukturwandels, durch umfangreiche Konsolidierungsanstrengungen und durch staatliche Hilfen bei der Finanzierung der Soziallasten ergeben sich für die Stadt Lünen zukunftsorientiert auch neue Chancen.

#### **3.1 Chancen durch Strukturwandel**

Die Stadt Lünen ist kontinuierlich bemüht, die umfangreichen Probleme des Strukturwandels durch flankierende Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Bereichen Handel, Dienstleistungen, Gewerbe und Industrie nachhaltig zu beseitigen. Dieser „soziale Strukturwandel“ ist für die Stadt Lünen von elementarer Bedeutung für die Haushaltsentwicklung. Durch zahlreiche Projekte und Maßnahmen versucht die Stadt Lünen, diesem Ziel kontinuierlich näher zu kommen. Auch in Bezug auf die sich abzeichnende negative Entwicklung im Bereich Demographie (Einwohnerrückgang) soll durch die o.g. Maßnahmen eine Gegensteuerung erfolgen.

#### **3.2 Chancen durch Konsolidierung**

Die Stadt Lünen hat seit 2006 durch umfassende Konsolidierungsprozesse mit einem Einsparvolumen von insgesamt über 20 Mio. € p. a. die Rahmenbedingungen für eine Gesundung der Haushaltslage geschaffen.

Dieser Prozess der finanziellen Gegensteuerung war insbesondere vor dem Hintergrund der zusätzlichen Belastungen aus der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements unverzichtbar und zukunftsorientiert. Die im Rahmen der genehmigungsfähigen Haushalte möglich gewordenen und betriebswirtschaftlich notwendigen Investitionsentscheidungen führten bzw. führen zu einer - dem demographischen Wandel angepassten und unter Wirtschaftlichkeitsaspekten sinnvollen – Infrastrukturausstattung.

Ohne die finanziell positiven Konsolidierungsergebnisse der letzten Jahre hätten die Auswirkungen der sich verschlechternden finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen, insbesondere in NRW, in Lünen zu noch erheblich größeren Haushaltsproblemen geführt. Die Stadt Lünen sieht – neben staatlichen Hilfen – insbesondere in den eigenen Konsolidierungsanstrengungen eine Chance, die kommunale Haushaltslage langfristig zu verbessern und auf eine gesunde finanzielle Basis für die nächsten Jahre zu stellen.

### **3.3 Chancen durch staatliche Beteiligung bei den Soziallasten**

Alle in den vergangenen Jahren begonnenen staatlichen Hilfen tragen nachhaltig zu einer Gesundung der Haushaltslage der Stadt Lünen bei. Durch die im Koalitionsvertrag 2013 beschriebenen Entlastungen im Bereich der Eingliederungshilfe ist ebenfalls eine Entlastung im Bereich der Soziallasten absehbar. Erste Milliardenhilfen des Bundes wurden Anfang 2015 fest zugesagt und zum Teil in die mittelfristige Haushaltsplanung aufgenommen.

## **4. Risikobericht**

Wesentliche Risiken, die hinsichtlich der kommunalen Aufgabenerfüllung als bestandsgefährdend einzustufen sind oder einen erheblichen Einfluss auf die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- oder Finanzlage der Stadt Lünen haben können, waren zum Bilanzstichtag nicht bekannt.

An sonstigen Risiken, die sich nachteilig auf die Haushaltsentwicklung auswirken können, sind zu erwähnen:

### **4.1 Risiken durch die künftige Zinsentwicklung**

#### ***Investitionskredite***

In den vergangenen Jahren konnten – bedingt durch die Kreditbeschränkungen im Nothaushaltsrecht - die Investitionskredite kontinuierlich auf rund 29,5 Mio. € (netto) reduziert werden. 2014 wurden Investitionskredite i.H.v. 3 Mio. € aufgenommen.

#### ***Liquiditätskredite***

Während die Liquiditätskredite in früheren Jahren jährlich um 10 – 15 Mio. angestiegen sind, konnten zwischen 2006 und 2008 die Liquiditätskredite sogar reduziert werden. Diese Entwicklung hat sich 2009 deutlich verändert. Durch die bereits beschriebenen Haushaltsdefizite sind die Liquiditätskredite (Kassenkredite) bis Ende 2011 auf 153,6 Mio. € (netto 145,1 Mio. €) angestiegen, bevor zum Jahresende 2012 ein Stand von 144,5 Mio. € erreicht wurde. Ende 2013 erhöhten sich die Kredite dann wieder auf insgesamt 163 Mio. Die Liquiditätskredite beliefen sich Ende 2014 auf 175 Mio. € und werden 2015 voraussichtlich weiter um bis zu 30 Mio. € steigen.

Nach Meinung der Experten ist aufgrund der Geldschwemme mittelfristig mit einem Anstieg der derzeit historisch günstigen Kassenkreditzinsen zu rechnen. Im Gegensatz zu den Investitionskrediten ist bei Kassenkrediten eine langfristige Zinssicherung gesetzlich nur bedingt möglich. (bis max. 10 Jahre)

Auf der Grundlage einer externen Prüfung des Kreditportfolios durch eine Bank wurde das Risiko aus dem Bereich der Liquiditätskredite minimiert. Dies erfolgte durch eine Teilumschichtung des Kreditportfolios hin zu Krediten mit längeren Laufzeiten.

### ***Fremdwährungskredite und Derivate***

Neben den traditionellen Finanzinstrumenten hat die Stadt Lünen bis zum Jahr 2011 zur Verringerung des Zinsaufwandes auch Zinssicherungs- und Zinsoptimierungsgeschäfte (Zinswährungs- und Zinsswaps) betrieben. Wegen der Bewertungseinheit mit den zugrunde liegenden Kreditgeschäften erfolgt die Bilanzierung lediglich in dem laut Krediterlass vorgeschriebenen Umfang.

Seit 2011 wird seitens der Stadt Lünen gegen alle Derivatgeschäfte im Wege mehrerer Klageverfahren gerichtlich vorgegangen. Die bisher ergangenen Urteile, zuletzt das Urteil des OLG Düsseldorf aus 06/2014, bestätigen die Rechtsauffassung der Stadt Lünen. Da das OLG Urteil keine Zulassung zur Revision vorsah, wurde seitens der Ersten Abwicklungsanstalt Nichtzulassungsbeschwerde beim BHG erhoben. Eine Entscheidung steht noch aus.

Der Ausweis der Rückstellungen für Drohverluste erfolgt im Jahresabschluss 2014 erstmalig getrennt nach Rückstellungen für Kassenkredite in Fremdwährung (CHF) und Rückstellungen für Derivategeschäfte in CHF. Für den Bereich Derivate wurden Rückstellungen in Höhe von rd. 5,45 Mio. € gebildet. Dem Risiko der Verschlechterung der Zinslast bei den Derivaten durch einen niedrigen CHF-Kurs steht hier die hohe Wahrscheinlichkeit eines für die Stadt Lünen erfolgreichen Urteils entgegen.

Aufgrund des andauernd niedrigen CHF-Kurses (1,2 Franken/€) wurden die Rückstellungen im Bereich der Kassenkredite noch einmal erhöht, so dass nun Rückstellungen in Höhe von rd. 9,2 Mio. €, bei einem Gesamtkreditvolumen von rd. 65 Mio. CHF, bilanziert werden. Dieses Vorgehen findet dadurch Bestätigung, dass Anfang 2015 die Schweizer Nationalbank (SNB) überraschend erklärte, den Wechselkurs EUR/CHF nicht länger zu stützen. Sollte der Kurs sich dauerhaft unter 1,2 CHF/€ bewegen, müssen die Drohverlustrückstellungen u.U. in zukünftigen Jahresabschlüssen weiter erhöht werden.

### **4.2 Risiken durch vertragliche Verpflichtungen**

Die Stadt Lünen hat in 2014 den Aufbau einer zentralen Datenbank erfolgreich fertiggestellt. Somit können finanzielle Risiken aus bestehenden Verträgen durch ein effizienteres Vertragscontrolling nun minimiert werden.

Das Risiko der zeitgerechten Kündigung von Verträgen, der Rechtswirksamkeit und der latenten finanziellen Belastungen liegt bei den dezentralen Einheiten.

#### 4.3 Risiken aus Investitionen

Die Stadt Lünen ist bemüht, durch nachhaltige wirtschaftlich sinnvolle Investitionen den vorhandenen Investitionsstau abzubauen. Um den Lebenszyklus einer Investitionsmaßnahme (von der ersten Idee bis zum Abriss und der letzten Buchwertabschreibung) besser kontrollieren zu können, wird seit Mitte des Jahres 2014 ein allumfassendes Investitionscontrolling eingeführt.

##### ***Straßenvermögen/Straßeninventur:***

Im Hinblick auf die Straßenbewertung wird im Jahr 2015 weiterhin eine teilweise Inventur der Straßen durchgeführt, was zu Sonderabschreibungen führen kann. Im Rahmen der 1. Phase (25% der Straßen) der Inventur wurden bereits Sonderabschreibungen in Höhe von ca. 3 Mio. € erforderlich, denen allerdings die Auflösung der Sonderposten in Höhe von ca. 2,2 Mio. € gegenüberzustellen war. Im Saldo war eine Verschlechterung in Höhe von ca. 0,8 Mio. € im Jahresabschluss 2013 gegeben.

Im Rahmen des 2. Inventurabschnitts für den Jahresabschluss 2014 ergeben sich aufgrund der Verschlechterung von Zustandsklassen Sonderabschreibungen von rd. 6,9 Mio. € und Sonderpostenaufösungen von rd. 5,3 Mio. €.

Hieraus resultiert eine Haushaltsbelastung von 1,6 Mio. €.

#### 4.4 Personalwirtschaftliche Risiken

Z.Zt. sind noch 18 Mitarbeiter/innen in das Job-Center Kreis Unna abgeordnet, sodass eine Erstattung der Personalkosten erfolgt.

Sollte die Möglichkeit der Abordnung in Zukunft nicht mehr gegeben sein, haben die Mitarbeiter/innen ein Rückkehrrecht zur Stadtverwaltung Lünen. Die Erstattung der Personalkosten durch den Kreis Unna würde dann entfallen.

**Personalarückstellungen:** Hier wurde eine externe Prüfung bzgl. der Höhe der von der Stadt Lünen gebildeten Rückstellungen im Bereich der Beamtenversorgung durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass keine wesentlichen Risiken gefunden werden konnten.

#### 4.5 Risiken aus Altlasten

Risiken, welche sich aus einer gesetzlichen Verpflichtung zur Sanierung von Altlasten ergibt, sind konkret nicht bekannt.

## **5. Resümee (zum Bilanzstichtag 31.12.2014)**

- **Die Haushalts- und Finanzlage hat sich in 2014 weiter verschlechtert.**
- **Im Vergleich zum Jahresergebnis 2013 konnte der Jahresfehlbetrag jedoch um rd. 8,7 Mio. € gesenkt werden.**
- **Das negative Jahresergebnis von rd. 13,9 Mio. € senkt die allgemeine Rücklage und somit das Eigenkapital entsprechend auf rd. 15,7 Mio. €.**
- **2015 ist nach dem genehmigten Haushaltsplan von einem Defizit in Höhe von rund 30,0 Mio. € auszugehen.**
- **2015 und 2016 wird nach der Ergebnisplanung der Haushalt der Stadt Lünen leider noch nicht ausgeglichen sein. Allerdings ist der Haushaltsausgleich in 2017 z.Zt. nicht gefährdet.**
- **Insbesondere die durch Bundes- und Landeshilfen begonnene Entlastung der Kommunen von den hohen Soziallasten und die kurzfristige Umsetzung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen sollen mittel- bis langfristig zu einer Gesundung der Haushalts- und Finanzstruktur in Lünen beitragen.**

Organe und Mitgliedschaften gem. § 95 GO NRW						
Name	Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen in öffentl.-rechtl. oder privatrechtl. Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden oder Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Rat
Stodollick	Hans Wilhelm	Bürgermeister	RWE-Regionalbeirat	Gesellschafterversammlung LÜNTEC Technologiezentrum Lünen GmbH Aufsichtsrat Energiehandel Lünen (ehem. LÜNTELE) Aufsichtsrat Stadtwerke Lünen GmbH Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Vorstand bis 03.09.14 Trägerverein Waldschule Cappenberg e. V. Aufsichtsrat Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH Gesellschafterversammlung Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna  Stellv. Mitglied Aufsichtsrat NEW Park Entwicklungsgesellschaft Gesellschafterversammlung Klinikum Westfalen Zukunftsaktion Kohlegebiete e. V. (ZAK) Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW	GVV Kommunal-Aufsichtsrat und MGV, GVV Privat-Aufsichtsrat	
Klencz	Günter	Erster Beigeordneter		Verbandsversammlung bis Ende Oktober 2014 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Aufsichtsrat bis Ende Oktober 2014 Stadthafen Lünen Aufsichtsrat bis Ende Oktober 2014 Umweltwerkstatt gGmbH Lünen und Selm	Wohnungsbaugenossenschaft Aufsichtsrat	
Müller-Baß	Horst	Beigeordneter		Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung Klinikum Westfalen Beirat Klinikum Westfalen Gesellschafterversammlung Stadtwerke Lünen GmbH Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Aufsichtsrat Umwelt-Werkstatt gGmbH Lünen und Selm Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW		
Buckesfeld	Matthias	Beigeordneter		Mitgliederversammlung Naturförderungsgesellschaft e. V. Verwaltungsrat Stadtbetriebe Abwasserbeseitigung Lünen Gesellschafterversammlung Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH Gesellschafterversammlung Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH Gesellschafterversammlung NEW Park Entwicklungsgesellschaft Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW		
Quitter	Uwe	Kämmerer		Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Aufsichtsrat Klinikum Westfalen Beirat Bädergesellschaft Gesellschafterversammlung Umweltwerkstatt gGmbH Lünen und Selm Aufsichtsrat Stadtwerke Waltrop GmbH & Co. KG Aufsichtsrat Wirtschaftsbetriebe Lünen Aufsichtsrat seit 04.09.14 Stadthafen Lünen GmbH Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW		
Appel	Günter			-		bis 03.09.14

Name	Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen in öffentl.-rechtl. oder privatrechtl. Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden oder Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Rat
Becker	Hugo	Lehrer		Aufsichtsrat Energiehandel Lünen (ehem. LÜNTEL) Aufsichtsrat Stadtwerke Lünen GmbH Aufsichtsrat Stadthafen Lünen Aufsichtsrat Stadtwerke Waltrop GmbH & Co. KG Beirat Stadtwerke Lünen Grundbesitz GmbH & Co. KG		seit 04.09.14
Billeb	Rüdiger	Polizeibeamter		Kuratorium bis 03.09.14 Altenzentrum St. Norbert Aufsichtsrat bis 03.09.14 Stadtwerke Waltrop GmbH & Co. KG Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Stellv. Mitglied Verwaltungsrat direkte Vertretung bis 03.09.14 Sparkasse Lünen Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung bis 03.09.14 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna Gesellschafterversammlung Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH Forensik-Planungsbeirat seit 04.09.14 Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW		seit 04.09.14
Bludau	Hans-Peter	Bankprokurist i.R.		Aufsichtsrat bis 03.09.14 Stadthafen Lünen Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen		seit 04.09.14
Dr. Böhmer	Ulrich	Zahnarzt		Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Stellv. Mitglied Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Beirat seit 04.09.14 Klinikum Westfalen		seit 04.09.14
Brettner	Ute	Dipl.-Ing. Elektrotechnik		Aufsichtsrat seit 04.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH		seit 04.09.14
Cziehso	Brigitte	Hausfrau		Vorsitzende Gesellschafterversammlung Stadtwerke Lünen GmbH Vorstand Trägerverein Waldschule Cappenberg e. V. Stellv. Mitglied Kuratorium seit 04.09.14 Altenzentrum St. Norbert		seit 04.09.14
Dee-Schülken	Sandra	Studium Betriebswirtin		Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW		seit 04.09.14
Droege-Middel	Annette	Geschäftsführerin		Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Verwaltungsrat Sparkasse Lünen Aufsichtsrat bis 03.09.14 Umweltwerkstatt gGmbH Lünen und Selm Gesellschafterversammlung bis 03.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH Aufsichtsrat bis 03.09.14 Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH		seit 04.09.14
Ebbinghaus	Catrin	Archäologin		Stellv. Mitglied Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm  Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Naturförderungsgesellschaft f.d. Kreis Unna e.V. Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Trägerverein Waldschule Cappenberg e.V.		seit 04.09.14

Name	Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen in öffentl.-rechtl. oder privatrechtl. Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden oder Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Rat
Eilert	Ulrich	Sozialversicherungsfachangestellter		Stellv. Mitglied Kuratorium bis 03.09.14 Arbeiterwohlfahrt- Seniorenwohndorf Brambauer Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Aufsichtsrat Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH		seit 04.09.14
Engelke	Ursula	Lehrerin		Stellvert. Mitglied Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Naturförderungsgesellschaft e. V. Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Trägerverein Waldschule Cappenberg e. V.		bis 03.09.14
Externbrink	Klaus			Verbandsversammlung bis 03.09.14 Lippeverband Dortmund		bis 03.09.14
Feller	Arno	Rechtsanwalt		Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Naturförderungsgesellschaft e. V. Stellvert. Mitglied Gesamtvorstand bis 03.09.14 Naturförderungsgesellschaft e. V. Aufsichtsrat Stadthafen Lünen Gesellschafterversammlung bis 03.09.14 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna Präsidium Stadthafen Lünen Beirat Stadtwerke Lünen Grundbesitz GmbH & Co. KG  Stellv. Mitglied Aufsichtsrat bis 03.09.14 Umwelt-Werkstatt gGmbH Lünen und Selm Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Trägerverein Waldschule Cappenberg e.V. Stellv. Mitglied Umlegungsausschuss der Stadt Lünen seit 04.09.14		seit 04.09.14
Fleischmann	Martin	Abteilungsleiter		Stellv. Mitglied Kuratorium bis 03.09.14 Arbeiterwohlfahrt- Seniorenwohndorf Brambauer Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Gesellschafterversammlung bis 03.09.14 Stadtwerke Lünen GmbH Beirat bis 03.09.14 Klinikum Westfalen		bis 03.09.14
Fohrmeister	Hans-Georg	Betriebswirt		Stellv. Mitglied Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm  Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.15 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung AöR Gesellschafterversammlung seit 04.09.16 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna GmbH Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung seit 04.09.17 Naturförderungsgesellschaft f.d.Kreis Unna e.V.  Stellv. Mitglied Vorstand seit 04.09.18 Trägerverein Waldschule Cappenberg e.V.		seit 04.09.14
Gefromm	Jochen	Geschäftsführer		Verwaltungsrat Sparkasse Lünen Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW	Gesellschafter der Getränke Gefromm GmbH & Co KG und GPG-Getränke GmbH	seit 04.09.14
Dr. Giller	Roland	Unternehmensberater		Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Aufsichtsrat seit 04.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Naturförderungsgesellschaft f.d.Kreis Unna e.V.  Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung seit 04.09.15 Städte- und Gemeindebund NRW		seit 04.09.14

Name	Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen in öffentl.-rechtl. oder privatrechtl. Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden oder Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Rat
God	Dieter	Sozialversicherungsfachangestellter		Verbandsversammlung bis 03.09.14 Lippeverband Dortmund Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Stellv. Mitglied bis 03.09.14 Umlegungsausschuss Aufsichtsrat bis 03.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH	Bauverein-Vertreterversammlung, Volksbank Waltrop- Vertreterversammlung	bis 03.09.14
Gössing	Thomas	Polizeibeamter		Aufsichtsrat bis 03.09.14 Stadtwerke Waltrop GmbH & Co. KG		bis 03.09.14
Groth	Hubert	Lehrer		Stellv. Mitglied Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm  Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung seit 04.09.14 Vereinigung ehem. kommun. Aktionäre der VEW GmbH Gesellschafterausschuss seit 04.09.14 Vereinigung ehem. kommun. Aktionäre der VEW GmbH Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Naturförderungsgesellschaft f.d.Kreis Unna e.V.		seit 04.09.14
Gutkowski	Egbert	Beamter		Stellv. Mitglied Umlegungsausschuss bis 03.09.14 Verbandsversammlung bis 03.09.14 Lippeverband Dortmund Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen		bis 03.09.14
Haag	Rüdiger	Kriminalbeamter		Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Naturförderungsgesellschaft e. V. Gesamtvorstand seit 04.09.14 Naturförderungsgesellschaft e. V. Beirat Stadtwerke Lünen Grundbesitz GmbH & Co. KG Umlegungsausschuss Beirat Stadthafen Lünen Aufsichtsrat Stadthafen Lünen Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung seit 04.09.14 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna GmbH		seit 04.09.14
Haustein	Hans-Michael	Angestellter		Aufsichtsrat Klinikum Westfalen Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Zukunftsaktion Kohlegebiete e. V. (ZAK) Stellv. Mitglieder Gesellschafterversammlung Wirtschaftsförderungsgesellschaft f.d.Kreis Unna mbH seit 04.09.14		seit 04.09.14
Prof. Dr. Hofnagel	Johannes R.	Hochschullehrer, Dozent, Unternehmensberater		Stellv. Mitglied Verwaltungsrat direkte Vertretung Sparkasse Lünen bis 03.09.14 Aufsichtsrat Stadtwerke Lünen GmbH Aufsichtsrat Energiehandel Lünen (ehem. LÜNTEL) Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Gesellschafterversammlung bis 03.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH Verbandsversammlung seit 26.09.14 Regionalverband Ruhr Stellv. Mitglied Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm  Aufsichtsrat seit 04.09.14 Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH		seit 04.09.14
Holstein	Dirk	Projektbauleiter		Verbandsversammlung seit 04.09.14 bis 30.10.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Aufsichtsrat seit 04.09.14 Umwelt-Werkstatt gGmbH Lünen und Selm		seit 04.09.14
Jahn	Herbert	Techn. Angestellter		Aufsichtsrat Klinikum Westfalen Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Aufsichtsrat bis 03.09.14 Stadthafen Lünen Beirat Stadtwerke Lünen Grundbesitz GmbH & Co. KG Gesellschafterversammlung 04.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH		seit 04.09.14

Name	Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentl.-rechtl. oder privatrechtl. Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden oder Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Rat
Jahnke	Paul Otto	Maschinentechner		Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung AöR Sachkundiger Bürger Kuratorium bis 03.09.14 AWO - Seniorenwohndorf Brambauer Kuratorium seit 04.09.14 AWO - Seniorenwohndorf Brambauer Stellv. Mitglied Vorstand seit 04.09.14 Trägerverein Waldschule Cappenberg e.V.		seit 04.09.14
Kahl	Holger	Maschinensteiger		Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Trägerverein Waldschule Cappenberg e. V. Stellv. Mitglied Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen		seit 04.09.14
Klecha	Dieter	Elektriker		Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen		bis 03.09.14
Kleine-Frauns	Jürgen	Rechtsanwalt		Stellv. beratendes Mitglied Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen Aufsichtsrat seit 04.09.14 Stadthafen Lünen GmbH		seit 04.09.14
Kneisel	Eckhard	Dipl.-Ing. Städtebau und Regionalplanung		Aufsichtsrat seit 04.09.14 Energiehandel Lünen GmbH Aufsichtsrat seit 04.09.14 Stadtwerke Lünen GmbH Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW		seit 04.09.14
Kops	Andreas	Dipl.-Ing. Nachrichtentechnik		Stellv. Sachkundiger Bürger Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Beirat seit 04.09.14 Klinikum Westfalen GmbH Gesellschafterversammlung seit 04.09.14 Stadtwerke Lünen GmbH Aufsichtsrat seit 04.09.14 Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH		seit 04.09.14
Korte	Otto	Rentner		Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung AöR Gesellschafterversammlung seit 04.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH		seit 04.09.14
Kurt	Mustafa	Politologe		-		seit 04.09.14
Lamczick	Klaus	Vertriebsbeauftragter		Kuratorium Arbeiterwohlfahrt - Seniorenwohnheim Brambauer  Stellv. Mitglied Verwaltungsrat Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Aufsichtsrat Verkehrsgesellschaft Kreis Unna Stellv. Mitglied Kuratorium seit 04.09.14 AWO - Seniorenwohndorf Brambauer Stellv. Mitglied Umlegungsausschuss der Stadt Lünen seit 04.09.14		seit 04.09.14
Langkau	Günter	Rentner		Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Beirat seit 04.09.14 Bädergesellschaft Lünen mbH		seit 04.09.14
Mai	Christiane	päd. Angestellte		Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Stellv. Mitglied Verwaltungsrat direkte Vertretung bis 03.09.14 Sparkasse Lünen Aufsichtsrat Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH Gesellschafterversammlung seit 04.09.14 Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co KG Beirat seit 04.09.14 Klinikum Westfalen GmbH Stellv. Mitglied seit 04.09.14 Umwelt-Werkstatt gGmbH Lünen und Selm		seit 04.09.14

Name	Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentl.-rechtl. oder privatrechtl. Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden oder Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Rat
Manns	Wolfgang	Rentner		Verbandsversammlung bis 03.09.14 Lippeverband Dortmund Aufsichtsrat seit 04.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH		seit 04.09.14
Mating	Eckhard	Arbeitsvermittler		Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm		bis 03.09.14
Matthée	Thomas	Übersetzer		Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Aufsichtsrat bis 03.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Lippeverband Dortmund		seit 04.09.14
Meermann	Alfred	Rentner		Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Aufsichtsrat bis 03.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH		bis 03.09.14
Meier	Martina	Mediendesignerin		Verbandsversammlung ab 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Kuratorium seit 04.09.14 AWO - Seniorenwohndorf Brambauer Stellv. Mitglied Gesamtvorstand ab 04.09.14 Naturförderungsgesellschaft f.d. Kreis Unna e.V.		seit 04.09.14
Mendrina	Helga	Sekretärin		Stellv. Mitglied Kuratorium bis 03.09.14 Altenzentrum St. Norbert Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Stellv. Mitglied Vorstand bis 03.09.14 Trägerverein Waldschule Cappenberg e. V. Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung AöR Beirat seit 04.09.14 Klinikum Westfalen GmbH Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Lippeverband Dortmund		seit 04.09.14
Michel	Robert			Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen		bis 03.09.14
Mildner	Andreas	Selbstständiger Unternehmer		Stellv. Mitglied Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm  Beirat seit 04.09.14 Bädergesellschaft Lünen mbH		seit 04.09.14
Möller	Rolf	Kriminalbeamter		Beirat bis 03.09.14 Bädergesellschaft Aufsichtsrat bis 03.09.14 Stadthafen Lünen GmbH Aufsichtsrat Stadtwerke Lünen GmbH Aufsichtsrat Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH Stellv. Mitglied Aufsichtsrat Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna  Aufsichtsrat seit 04.09.14 Energiehandel Lünen GmbH Gesellschafterversammlung seit 04.09.14 Stadtwerke Waltrop GmbH & Co.KG Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW		seit 04.09.14
Möller	Dieter	Rentner		Stellv. Mitglied Kuratorium bis 03.09.14 Altenzentrum St. Norbert Verbandsversammlung bis 03.09.14 Lippeverband Dortmund Stellv. Mitglied Verwaltungsrat direkte Vertretung bis 03.09.14 Sparkasse Lünen		bis 03.09.14
Müller	Lydia	Dipl.-Sozialarbeiterin		Stellv. Mitglied Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm  Kuratorium seit 04.09.14 Altenzentrum St. Norbert		seit 04.09.14

7.1.4 Prüfbericht JA 2014  
Übersicht gem. § 95 Abs. 2 GO

Name	Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen in öffentl.-rechtl. oder privatrechtl. Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden oder Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Rat
Neuhaus	Michaela	Angestellte		Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm		bis 03.09.14
				Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Beirat bis 03.09.14 Klinikum Westfalen		
Nichau	Peter	Rentner		Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm		bis 03.09.14
				Aufsichtsrat bis 03.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH		
Niehues	Karsten	Rechtsanwalt		Stellv. Mitglied Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Stellv. Mitglied Vorstand bis 03.09.14 Trägerverein Waldschule Cappenberg e. V. Gesellschafterversammlung bis 03.09.14 Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH Stellv. Mitglied bis 03.09.14 Umlegungsausschuss Mitglied seit 04.09.14 Umlegungsausschuss Gesellschafterversammlung bis 03.09.14 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna		seit 04.09.14
				Forensik-Planungsbeirat seit 04.09.14		
				Gesellschafterversammlung bis 03.09.14 Radio Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co KG Stellv. Mitglied Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Beirat bis 03.09.14 Klinikum Westfalen		
				Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm		
				Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen Stellv. Mitglied Verwaltungsrat 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung AöR Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Lippeverband Dortmund		
				Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm		
				Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm		
				Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verwaltungsrat bis 03.09.14 Sparkasse Lünen Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen Aufsichtsrat bis 03.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH Gesellschafterversammlung Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH Aufsichtsrat seit 04.09.14 Stadtwerke Waltrop GmbH & Co.KG		
				Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung AöR		
				Stellv. Beratendes Mitglied Verbandsversammlung seit 19.12.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen Aufsichtsrat seit 04.09.14 Stadthafen Lünen GmbH		
Rosenkranz	Helmut	Soldat A.D.		Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung AöR		seit 04.09.14
Roß	Erika	RENO-Fachangestellte		Stellv. Mitglied Verbandsversammlung seit 19.12.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen Aufsichtsrat seit 04.09.14 Stadthafen Lünen GmbH		seit 04.09.14
Rottmann	Andrea			Stellvertr. Mitglied Mitgliederversammlung bis 03.09.14 Naturförderungsgesellschaft e. V.		bis 03.09.14
Schaefer	Ralf Gerriet	Berufssoldat		Stellv. Mitglied Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm		seit 04.09.14

Name	Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen in öffentl.-rechtl. oder privatrechtl. Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden oder Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Rat
Schulz	Marcel	Angestellter		Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen Gesellschafterversammlung seit 04.09.14 Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH Stellv. Mitglied Kuratorium seit 04.09.14 Altenzentrum St. Norbert		seit 04.09.14
Schwarz	Achim	Betriebsleiter		Verwaltungsrat bis 03.09.14 Sparkasse Lünen Stellv. Mitglied Gesellschafterversammlung bis 03.09.14 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna  Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Gesellschafterversammlung seit 04.09.14 Wirtschaftsförderungsgesellschaft f.d.Kreis Unna mbH Beratendes Mitglied Gesellschafterversammlung Umwelt-Werkstatt g GmbH Lünen und Selm		seit 04.09.14
Seiler	Detlef	Angestellter		Beirat Klinikum Westfalen Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Beirat seit 04.09.14 Bädergesellschaft Lünen mbH Gesellschafterversammlung seit 04.09.14 Vereinigung ehem. kommun. Aktionäre der VEW GmbH Stellv. Mitglied Gesellschafterausschuss seit 04.09.14 Vereinigung ehem. kommun. Aktionäre der VEW GmbH		seit 04.09.14
Störmer	Siegfried	Lehrer		Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen Aufsichtsrat bis 03.09.14 Engergiehandel Lünen GmbH Aufsichtsrat bis 03.09.14 Stadtwerke Lünen GmbH Aufsichtsrat Umweltwerkstatt gGmbH Lünen und Selm		seit 04.09.14
Töle	Christoph	Bankkaufmann		Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung AöR Aufsichtsrat seit 04.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW Vorstand 04.09.14 Trägerverein Waldschule Cappenberg e.V.		seit 04.09.14
Walnsch	Hubert	Justizangestellter		Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm		bis 03.09.14
Walter	Uwe	Bildungsbegleiter		Verbandsrat Lippeverband Dortmund Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Stellv. Mitglied Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Verwaltungsrat Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen		seit 04.09.14

Name	Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen von selbstständigen Aufgabenbereichen in öffentl.-rechtl. oder privatrechtl. Form der in § 1 Abs. 1 und 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden oder Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Rat
Watzlawik	Jutta	Freiberufliche Dozentin und Beraterin		Verbandsversammlung bis 11.06.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm		bis 11.06.14
Weiberg	Martin	Industriekaufmann		Verbandsversammlung Lippeverband Dortmund Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung AöR Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verwaltungsrat seit 04.09.14 Sparkasse Lünen		seit 04.09.14
Weinbrenner				Verwaltungsrat bis 03.09.14 Sparkasse Lünen Stellv. Mitglied Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen		bis 03.09.14
Wilmes	Joachim			Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Verwaltungsrat bis 03.09.14 Sparkasse Lünen Aufsichtsrat Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH Beirat bis 03.09.14 Klinikum Westfalen Stellv. Mitglied Aufsichtsrat bis 03.09.14 Umweltwerkstatt gGmbH Lünen und Selm		bis 03.09.14
Wisniewski	Johanna	Hausfrau		Kuratorium bis 03.09.14 Altenzentrum St. Norbert Verbandsversammlung bis 03.09.14 Sparkassenzweckverband der Städte Lünen und Selm  Beirat bis 03.09.14 Klinikum Westfalen		bis 03.09.14
Wolf	Dirk	Geschäftsführer		Stellv. Mitglied Verwaltungsrat bis 03.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung Lünen Aufsichtsrat Stadtwerke Lünen Aufsichtsrat Energiehandel Lünen GmbH		seit 04.09.14
Wolski	Daniel	Versicherungskaufmann		Aufsichtsrat seit 04.09.14 Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH		seit 04.09.14
Zawisch	Michael	Unternehmensberater		Stellv. Mitglied direkte Vertretung Verwaltungsrat bis 03.09.14 Sparkasse Lünen Umlegungsausschuss bis 03.09.14		bis 03.09.14
Zeiger	Reinhard	Rentner		Stellv. Mitglied Verwaltungsrat seit 04.09.14 Stadtbetrieb Abwasserbeseitigung AöR Aufsichtsrat seit 04.09.14 Umwelt-Werkstatt gGmbH Lünen und Selm		seit 04.09.14
zum Buttell	Gabriele	Bürokauffrau		Verbandsversammlung seit 04.09.14 Sparkassenzweckverband Lünen-Selm Stellv. Mitglied Mitgliederversammlung seit 04.09.14 Städte- und Gemeindebund NRW		seit 04.09.14

## **Anhang zum Jahresabschluss 2014 der Stadt Lünen**

### **I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss**

Die vorliegende Bilanz wurde unter Anwendung

- des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
- der Bestimmungen des 6. Abschnitts der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) aufgestellt.

Neben den Vorschriften der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung wurde diese Bilanz – soweit in Gesetzen und Rechtsverordnungen nichts anderes bestimmt ist - unter Anwendung der handelsrechtlichen Grundsätze

- Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)
- Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur (GoI)
- Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung (GoBi)
- Grundsätze ordnungsmäßiger Lageberichterstattung (GoL)

erstellt.

Das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) stellt ein auf die Verhältnisse und Anforderungen der Kommunen angepasstes System der kaufmännischen doppelten Buchführung dar. Bei dessen konzeptioneller Erarbeitung wurde auf die kaufmännischen Buchführungs- und Bilanzierungsregeln als Referenzmodell Bezug genommen.

### **II. Angaben zur Bilanzierungs- und Bewertungsmethode und zu einzelnen Bilanzpositionen**

Der Jahresabschluss muss nach den Grundsatzbestimmungen des § 95 Abs.1 S.2 GO NW „unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln“.

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Ergebnisrechnung wurden deshalb die nachfolgend dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt. Bilanzpositionen von besonderer Bedeutung bzw. mit erheblichen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr sind entsprechend erläutert worden.

7.1.5 Prüfbericht JA 2014  
Anhang

Die Bewertung der **unbebauten Grundstücke** wurde mit der kommunalen Bewertungsstelle abgestimmt. Dabei wurde neben den Anschaffungskosten der jeweilige Bodenrichtwert – ggf. bereinigt um wertmindernde Faktoren – zugrunde gelegt. Zu den wertmindernden Faktoren zählen insbesondere Abstandsflächen sowie Leitungs- und Wegerechte.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über Grundstücke, die bislang nicht im Bestand der Stadt Lünen geführt wurden. Es handelt sich somit um Nacherfassungen zur Eröffnungsbilanz.

Nacherfassungen Flurstücke zur Eröffnungsbilanz					
G-Produkt-Nr	G-Konto	Bezeichnung Gegenproduktkonto	Soll	Haben	Journal
093000	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermö	0,00	2.465,00	167795
093000	021102	Grünflächen Grund und Boden	0,00	17,00	167822
093000	021102	Grünflächen Grund und Boden	0,00	2,30	167827
093000	021102	Grünflächen Grund und Boden	0,00	12.563,00	169304

Durch gemeldete Nutzungsänderungen bei verschiedenen Grundstücken sind weitere Sonderabschreibungen in einer Größenordnung von knapp 253.400 € erforderlich geworden:

Sonderabschreibungen Grundstücke 2014						
Produkt	Konto	Bezeichnung Produktkonto	G-Konto	Bezeichnung Gegenproduktkonto	Buchungstext2	Haben
093000	021102	Grünflächen Grund und Boden	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09305543	1.433,85
				<b>Summe Bilanzzeile 1.2.1.1</b>		<b>1.433,85</b>
093000	022102	Ackerland Grund und Boden	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09304972	8.513,26
421000	022102	Ackerland Grund und Boden	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306043	14.486,85
421000	022102	Ackerland Grund und Boden	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306044	8.727,23
421000	022102	Ackerland Grund und Boden	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306045	3.433,92
421000	022102	Ackerland Grund und Boden	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09305964	4.718,00
				<b>Summe Bilanzzeile 1.2.1.2</b>		<b>39.879,26</b>
091510	023102	Wald und Forsten Grund und Boden	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306318	62.792,98
				<b>Summe Bilanzzeile 1.2.1.3</b>		<b>62.792,98</b>
091510	024102	Sonst. unbeb. Grundstücke Grund und Boden	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306038	49.314,00
093000	024102	Sonst. unbeb. Grundstücke Grund und Boden	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09305324	564,20
				<b>Summe Bilanzzeile 1.2.1.4</b>		<b>49.878,20</b>
091510	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09305968	14.147,00
091510	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306089	95,66
093000	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306101	28,56
093000	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306102	5.626,42
093000	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306104	31,62
093000	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306113	102,00
093000	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306114	588,54
093000	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306118	5.392,00
093000	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306121	2.635,00
093000	041100	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)	Inv.-Nr.: 09306125	1.920,00
				<b>Summe Bilanzzeile 1.2.3.1</b>		<b>30.566,80</b>
093000	547100	Wertveränderung bei Sachanlagen	571150	Abschreibungen auf Sachanlagen (apl. AfA)		68.828,30
				<b>interne Umbuchung Aufwandskonto</b>		<b>68.828,30</b>
				<b>Gesamtsumme</b>		<b>253.379,39</b>

Die Abschreibungen basieren auf den NKF-Abschreibungstabellen unter Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten (Anlagenliste mit den örtlich festgelegten Nutzungsdauern).

Mittels einer systematischen Prüfung der gemeldeten Grundstücke aus dem Bereich Straßenkataster wurde sichergestellt, dass keine Grundstücke der ZGL mit übernommen wurden.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt.

Im Jahr 2014 wurde mit einer Straßeninventur (25% aller Lüner Straßen) begonnen. Diese wurde Ende 2014 / Anfang 2015 um weitere 25 % fortgesetzt. Im Rahmen des 2. Inventurabschnitts ergibt sich für den Jahresabschluss 2014 durch Verschlechterungen bei den Zustandsklassen im Saldo eine Haushaltsbelastung in Höhe von knapp 1,6 Mio. € (rd. 6,9 Mio. Sonderabschreibung stehen rd. 5,3 Mio. aus der Auflösung von Sonderposten gegenüber, siehe beigefügte Tabelle).

<b>Sonderabschreibungen Straßeninventur 2014</b>				
	<b>Fahrbahn</b>	<b>Gehweg</b>	<b>SOPO</b>	<b>Gesamt</b>
<b>Sonderabschreibungen</b>	4.670.583,80	2.228.959,62	-5.313.825,31	<b>1.585.718,10</b>
<b>Summe Fahrbahn + Gehweg</b>		6.899.543,42		
<b>RBW:</b>	12.809.814,47	4.913.445,70	-12.529.525,76	<b>5.193.734,42</b>

Grundsätzlich kann es hier zu Sonderabschreibungen kommen, wenn der tatsächliche Buchwert mancher Straßen aufgrund des Zustandes bzw. vorzeitigen Verschleißes der Straßen unter dem in der Buchhaltung zum 31.12. ausgewiesenen Wert liegt. Daher ist eine Korrektur durch eine außerplanmäßige Abschreibung erforderlich. Dagegen zu rechnen sind die Sonderposten.

Abweichungen von bisher angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden:

Bei der Straßeninventur erfolgte eine Neubewertung von bislang 50% des Straßenvermögens durch Befahrung der entsprechenden Straßenabschnitte durch die Firma Eagle Eye. Durch diese Firma erfolgt eine elektronische Erfassung und Zustandsbewertung der Straßen nach der E EMI (Empfehlung Erhaltungsmanagement Innerortsstraßen). Entsprechend der neu ermittelten Zustandsklassen werden die Straßen anschließend bilanziell neu bewertet. Durch diese Neubewertung (z.B. Vornahme Zustandsabschläge) erfolgt eine Korrektur bzw. Aktualisierung der damaligen Bewertung der Straßen zum Eröffnungsbilanzzeitpunkt in Bezug auf den derzeitigen tatsächlichen Straßenzustand.

**Sonderregelungen:**

Bei **geringwertigen Wirtschaftsgütern** bis 410 € wird von der Möglichkeit der Sofortabschreibung Gebrauch gemacht (§35 Abs.2 GemHVO NW).

Die **Anlagen im Bau** wurden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet.

Bei der Aktivierung wurden Festwertanteile in den Aufwand gebucht.

Für Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden – sofern die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die praktischen Rahmenvorgaben ein Abweichen vom Grundsatz der Einzelbewertung ermöglichten - **Festwerte nach § 34 Abs.1 GemHVO** gebildet (z. B. Medienbestand Stadtbücherei, Feuerwehrschräume und –dienstkleidung, Schulmobiliar).

Unter **Finanzanlagen** wurden die Vermögensgegenstände angesetzt, die auf Dauer finanziellen Anlagezwecken oder Verbindungen zu den verselbständigten Organisationseinheiten dienen.

Die Verringerung des **Finanzanlagevermögens** um rd. 2,8 Mio. € resultiert fast ausschließlich aus der tilgungsbedingten Reduzierung der Ausleihungen (Gesellschafterdarlehen an SAL).

**Verbundene Unternehmen** sind i.d.R. Unternehmen, an denen die Gemeinde mehrheitlich beteiligt ist und auf die ein beherrschender Einfluss ausgeübt werden kann. Ein beherrschender Einfluss kann auch vorliegen, wenn die faktische Mehrheit

durch eine mittelbare Gesellschaftsbeteiligung sichergestellt wird (z.B. Bädergesellschaft). Deshalb sind als verbundene Unternehmen alle Beteiligungen ausgewiesen worden, die im Gesamtabchluss der Stadt voll zu konsolidieren sind.

**Beteiligungen** sind in der Regel Verbindungen zu Unternehmen, an denen die Gemeinde mindestens einen Anteil von 20 % am Nennkapital des Unternehmens hält. Nach Empfehlung der GPA werden auch Beteiligungsanteile von unter 20 % des Nennkapitals unter dieser Bilanzposition aktiviert. Beteiligungen, die gleichzeitig als „verbundene Unternehmen“ anzusehen sind, werden unter der Bilanzposition „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert.

**Sondervermögen** sind wirtschaftliche Unternehmen (§ 114 GO NW) und organisatorisch verselbständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Bilanziert wurde an dieser Stelle das ZGL-Sondervermögen. Die rechtlich unselbständigen örtlichen Stiftungen wurden nicht als Sondervermögen bilanziert. Das Sondervermögen wurde mit dem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt (§ 55 Abs.6 S.2 GemHVO NW).

**Wertpapiere** stellen Kapitalanlagen dar. Die Stadt Lünen hat auf Empfehlung der GPA Minderheitsbeteiligungen unter 20% nicht an dieser Stelle, sondern unter Beteiligungen aktiviert. Zu den Wertpapieren gehören auch die Einzahlungen nach dem Versorgungsfondsgesetz bei der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse, die an dieser Stelle mit 0,5 Mio. € bilanziert wurden.

#### **Bewertungsgrundlagen für Beteiligungen**

Beteiligungen an Unternehmen, die nicht in den Gesamtabchluss einbezogen werden, sind i.d.R. mit dem Substanzwert bewertet worden. Die zum Konsolidierungskreis gehörenden Unternehmen sind unter Beachtung ihrer öffentlichen Zwecksetzung nach dem Ertragswertverfahren, Non-Profit-Unternehmen nach dem Substanzwertverfahren, bewertet worden (§ 55 Abs.6 GemHVO NW).

Da im Haushaltsjahr 2014 keine Anhaltspunkte für eine Neubewertung vorliegen, dienen die 2008 aktualisierten Gutachten weiterhin als Bewertungsgrundlage.

Als **Ausleihungen** werden langfristige Forderungen einer Gemeinde erfasst, die durch Hingabe von Kapital erworben wurden und dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde dauerhaft dienen. Unter dieser Position sind Gesellschafterdarlehen an die Stadtwerke

(5,9 Mio. €) und an die SAL AÖR (39,1 Mio. €) erfasst. Ausleihungen sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt worden. Die Wertminderung korrespondiert mit dem Passivposten Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und ist deshalb eigenkapitalneutral.

Als **Umlaufvermögen** werden auf der Aktivseite der Bilanz die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Geschäftsbetrieb der Gemeinde nicht dauerhaft dienen sollen. Dazu zählen insbesondere Forderungen, liquide Mittel und Grundstücke, die zur Veräußerung vorgesehen sind. Vorräte werden wegen Geringfügigkeit nicht bilanziert.

**Forderungen** sind zu Nennbeträgen angesetzt worden, wobei die darin enthaltenen Risiken – unter Beachtung einer Zeitstaffel - durch pauschale Wertberichtigungen berücksichtigt sind. Alle offenen Forderungen über 10 T€ sind hinsichtlich ihrer Werthaltigkeit einer Einzelwertbetrachtung unterzogen worden.

Unter der Bilanzposition **liquide Mittel** sind alle Bar- und Buchgeldbestände der Stadt Lünen erfasst worden. Bankkonten, die nicht der Stadt Lünen originär zuzurechnen sind (z.B. Schulkonten) wurden nicht bilanziert. Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten wurden zum Nennbetrag angesetzt. Die Bestände sind durch Saldenabgleich bestätigt.

Unter der Bilanzposition **Aktive Rechnungsabgrenzung** sind Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwendungen für eine künftige Periode darstellen. Dieser Posten beinhaltet u.a. die ertragswirksame Abgrenzung der Beamtengehälter und Versorgungsleistungen für den Monat Januar 2015 und die zweckgebundenen Investitionszuschüsse an Dritte (U 3-Förderung). Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert.

Das **Eigenkapital** resultiert aus der Gegenüberstellung sämtlicher Aktivposten und sämtlicher Passivposten (außer der Rücklage selbst).

Nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung gliedert sich die Bilanzposition Eigenkapital in die allgemeine Rücklage, in Sonderrücklagen, in die Ausgleichsrücklage (soweit noch vorhanden) und den Posten „Jahresabschluss / Jahresfehlbetrag“.

**Sonderrücklagen** gem. § 43 Abs.4 GemHVO NW (für erhaltene Zuwendungen zur Anschaffung von Vermögensgegenständen, deren ertragswirksame Auflösung ausgeschlossen wurde) sind in Lünen nicht gebildet worden.

Die **Ausgleichsrücklage** wurde bereits im Haushaltsjahr 2010 vollständig aufgezehrt.

Der **ausgewiesene Fehlbetrag** 2014 in Höhe von 13.932.227,67 € unter der Bilanzposition 1.4 „Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag“ entspricht dem Jahresergebnis des Gesamtergebnisplanes.

Als **Sonderposten** (§43 Abs.5 GemHVO NW) sind die erhaltenen Investitionszuschüsse und Erschließungsbeiträge nach BauGB und KAG ausgewiesen worden.

Die Sonderposten wurden korrespondierend mit der Nutzungsdauer der durch sie mitfinanzierten Vermögensgegenstände erfolgswirksam aufgelöst. Dies gilt auch für die Pauschalzuweisungen (Investitions-, Feuerwehr-, Schul- und Sportpauschale), soweit die Zuweisungen durch Anschaffung oder Herstellung förderfähiger Vermögensgegenstände in Anspruch genommen worden sind.

Im Bereich der **Sonderposten für den Gebührenaussgleich** sind Überdeckungen, die durch Betriebsabrechnungen entstanden sind, darzustellen.

Unter der Bilanzposition 2.3 **Sonderposten für den Gebührenaussgleich** sind Überdeckungen auszuweisen, die durch Betriebsabrechnungen entstanden sind und die innerhalb von 4 Jahren über die Gebührenkalkulationen verrechnet werden müssen.

Aufgrund von **Überdeckungen** in den BAB`s im Jahr 2014 sind folgende **Zuführungen zum Sonderposten** erfolgt:

**Abfall:** Hier liegt eine Überdeckung in Höhe von rd. 98 T€ vor

**Friedhöfe:** Auch hier liegt eine Überdeckung in Höhe von rund 103 T€ vor.

**Entnahmen aus dem Sonderposten:**

Aufgrund einer Verrechnung eines in 2013 entstandenen Überschusses in der Gebührenkalkulation 2014 erfolgte für den Bereich Märkte eine Entnahme aus dem Sonderposten in Höhe von 4.590,30 €.

**Entstandene Unterdeckungen:**

(Keine Bilanzierung aufgrund des Realisationsprinzips)

**Märkte:** Hier wurde eine Unterdeckung in Höhe von rd. 4 T€ ermittelt.

**DRK:** Im Bereich des **Rettenungsdienstes** liegt der testierte Jahresabschluss des DRK Lünen vor. Der BAB Rettungsdienst wurde erstellt. Aufgrund einer Unterdeckung in Höhe von rd. 126 T€ in diesem BAB findet keine Zuführung zum „Sonderposten Rettungsdienst“ statt.

Eine Umbuchung von in 2015 gebuchten Erträgen, die für in 2014 durchgeführte Rettungsdiensteinsätze entstanden sind, ist erfolgt.

Durch die Bildung von **Rückstellungen** wurden Aufwendungen dem Haushaltsjahr zugerechnet, in dem sie verursacht worden sind.

Rückstellungen wurden nach Maßgabe des § 36 GemHVO NW gebildet. Sie berücksichtigen alle zum Abschlussstichtag voraussichtlich bestehenden Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten.

**Pensions- und Beihilferückstellungen** wurden für alle beschäftigten Beamtinnen und Beamten gebildet. Berechnet wurde die Pensionsrückstellung durch die Kommunale Versorgungskasse (KVW). Bei der Berechnung wurde ein Rechenzinsfuß von 5% berücksichtigt.

Bislang wurden die Bilanzposten der Pensions- und Beihilferückstellungen der Stadt Lünen auf Basis der jeweiligen Gutachten der KVW-Münster („Heubeck Gutachten“) zum Jahresabschluss bilanziert. Die Bestände der Bilanzposten wurden direkt aus dem Gutachten entnommen. Die erfolgswirksamen Zuführungen bzw. Auflösungen wurden durch rechnerische Differenz zweier aufeinander folgender Jahre ermittelt und gebucht. („Netto-Methode“).

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 wurde die Buchungssystematik bezüglich der Pensions- und Beihilferückstellungen auf das sog. „Bruttoprinzip“ umgestellt: Durch die Bruttobilanzierung werden die einzelnen Vorgänge wie Verbrauch, Auflösung, Umbuchung und Zuführung direkt im Rückstellungsspiegel ausgewiesen. Den Verbrauch stellen in diesem Kontext die im Berichtsjahr geleisteten Auszahlungen für Versorgungsleistungen (Pensionszahlungen und Beihilfezahlungen an Pensionäre) dar, welche den Bestand der Pensions- und Beihilferückstellung der Versorgungsempfänger

7.1.5 Prüfbericht JA 2014  
Anhang

reduzieren. Da die Auszahlungen der Versorgungsleistungen nicht direkt aus der Rückstellung erfolgen können, werden diese Beträge ertragswirksam aufgelöst.

Aufgrund der geänderten Buchungssystematik muss den Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen der Verbrauch sowie die Auflösung bei den Pensions- und Beihilferückstellungen gegenüber gestellt werden, da diese ertragswirksam werden.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 führte ein weiterer Aspekt zu höheren Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen als in den Vorjahren: Nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung vom 22.08.2014 wurde das Besoldungsniveau ab Besoldungsgruppe A11 für die Jahre 2013 und 2014 rückwirkend erhöht. Diese Erhöhung für 2013 und 2014 musste komplett im Jahresabschluss 2014 berücksichtigt werden.

Abb. Pensions- und Beihilferückstellungen

Rückstellungen 2014 Kontengruppe 25								
ifd. Nr.	Buchungsstelle	Bezeichnung	Anfangsbestand 01.01.	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung	Zuführung	Endbestand 31.12.
1	091515.251101	Pensionsrückst. Aktive	44.169.066,00	0,00	369.195,00	-3.613.298,00	5.207.795,00	45.394.368,00
2	091515.251102	Pensionsrückst. Versorg.empf.	55.547.526,00	5.620.071,90	1.028.899,00	3.613.298,00	5.809.301,90	58.321.155,00
3	091515.251201	Beihilferückst. Aktive	12.582.368,00	0,00	100.977,00	-826.147,00	786.265,00	12.441.509,00
4	091515.251202	Beihilferückst. Versorg.empf.	16.704.174,00	925.468,25	319.998,00	826.147,00	2.207.181,25	18.492.036,00
		<b>Gesamt</b>	<b>129.003.134,00</b>	<b>6.545.540,15</b>	<b>1.819.069,00</b>	<b>0,00</b>	<b>14.010.543,15</b>	<b>134.649.068,00</b>

Eine **Instandhaltungsrückstellung** im Bereich Straßen bestand zum Bilanzstichtag 31.12.2014 in Höhe von 1.160.000 € für folgende Maßnahmen:

7.1.5 Prüfbericht JA 2014  
Anhang

<b>Instandhaltungsrückstellung 2014</b>			
<b>Straße</b>	<b>Abschnitt</b>	<b>Kostenschätzung</b>	<b>Jahr</b>
<b>Bebelstraße</b>	zwischen Blücherstraße u. Jägerstraße	200.000,00	bereits in 2012 enthalten
<b>Brambauer Straße</b>	zwischen Auf dem Kelm und Reichsweg	69.000,00	bereits in 2012 enthalten
<b>Jägerstraße</b>	Bebelstraße bis Bahnstraße	175.000,00	neu dazu in 2013
<b>Kurt-Schumacher-Straße</b>	Viktoriastraße bis Kupferstraße	544.000,00	neu dazu in 2013
<b>Borker Straße</b>	Altstadtstraße - Bahn	172.000,00	neu dazu in 2013
<b>Instandhaltungsrückstellung</b>		<b>1.160.000,00</b>	
<b>Fertiggestellte Maßnahmen aus Rückstellungen 2013</b>			
<b>Straße</b>	<b>Abschnitt</b>	<b>Kostenschätzung</b>	<b>Jahr</b>
<b>Alstedder Straße</b>	A.d.Vogelscher bis J.-Beckmann-Straße	70.000,00	Fertigstellung in 2014
<b>Geh-/Radweg Moltkestraße</b>		151.000,00	Fertigstellung in 2014
<b>Fahrbahn Moltkestraße</b>	zwischen Brunnenstraße u. Virchowstraße	270.000,00	Fertigstellung in 2014
<b>Instandhaltungsrückstellung</b>		<b>491.000,00</b>	

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden für alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten in Höhe des Betrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist.

Ab dem Jahresabschluss 2015 wird jährlich die Notwendigkeit der Bildung einer Rückstellung in den Abteilungen und Organisationseinheiten abgefragt.

Zu den sonstigen Rückstellungen gehören auch Verpflichtungen, die dem Grunde oder der Höhe nach zum Abschlussstichtag noch nicht genau bekannt sind, sofern die Verpflichtung nicht geringfügig ist. Als geringfügig werden Beträge unter 25 T€ angesehen.

Sonstige Rückstellungen bestehen u.a. für

- noch zu leistende Personalaufwendungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub, geleistete Überstunden, Altersteilzeitverpflichtungen, nicht abgerechnete Beihilfen
- nicht ausgeschüttete Leistungsprämien
- Drohverluste
  - aus Prozessrisiken
  - aus Fremdwährungskrediten
  - aus Währungsderivaten
- ungewisse Verbindlichkeiten
  - Ansprüche anderer Behörden aus Dienstherrwechsel.

Die Rückstellung in Höhe von 510 T€, welche im Rahmen des Einheitslastenabrechnungsgesetzes gebildet wurde, wurde in Anspruch genommen, da die Stadt Lünen den Betrag in 2014 an den Kreis Unna erstattet hat.

Ferner wurde die Rückstellung bzgl. des Bauvorhabens Wehrenboldstraße in Höhe von 150 T€ in Anspruch genommen, da die Schlussrechnung im Geschäftsjahr 2014 beglichen wurde.

Die Stadt Lünen hat seit Ende 2002 mit professioneller Hilfe einer Bank Zinssicherungs- und Zinsoptimierungsgeschäfte im Rahmen des bestehenden Kreditportfolios betrieben. Wegen der Bewertungseinheit mit den zugrunde liegenden Kreditgeschäften erfolgte keine Bilanzierung.

Das Schuldenportfolio der Stadt Lünen beinhaltet zur Zinsoptimierung aber auch Kredite zur Liquiditätssicherung mit Währungsderivaten in CHF. Der Schweizer Franken befindet sich nach wie vor auf einem Tiefstand. Nach den einschlägigen Vorschriften des Krediterlasses und des HGB sind bereits in der Bilanz 2011 entsprechende Rückstellungen für diese Währungsderivate gebildet worden. Der Ausweis der Rückstellungen erfolgt im Jahresabschluss 2014 erstmals getrennt nach Rückstellungen für Kassenkredite in Fremdwährung (CHF) und Rückstellungen für Derivategeschäfte in CHF. Die Rückstellung im Bereich der Kassenkredite erfolgt auf Basis eines Wechselkurses von 1,2 CHF/€ (Stand zum Bilanzstichtag 31.12.2014). Ferner sei auf die Ausführungen des Lageberichtes (Risikobericht) verwiesen.

7.1.5 Prüfbericht JA 2014  
Anhang

Abb. Sonst. Rückstellungen (Urlaubs-, Überstunden-, Altersteilzeit-, Prozessrisiko- und Drohverlustrückstellungen)

<b>Rückstellungen 2014 Kontengruppe 28</b>				
<b>lfd. Nr.</b>	<b>Buchungsstelle</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Anfangsbestand 01.01.</b>	<b>Endbestand 31.12.</b>
7	091510.281132	So. Rückstellung Prozessrisiko WestLB	1.000.000,00	1.000.000,00
9	091510.281138	So. Rückstell. CHF-Derivate	9.451.000,00	5.451.000,00
10	091510.281146	So. Rückstell. CHF-Kassenkredite	0,00	9.181.250,00
13	091515.281120	So. Rückstell. Urlaub Rückst.f.nicht genom.Urlaub	400.166,69	396.965,31
14	091515.281121	So. Rückstell. Überstunden Rückst. f. Überstunden	319.763,82	385.284,81
15	091515.281131	Altersteilzeit-Rückstellung tB tariflich Beschäftigte (neu)	956.409,32	362.650,08
16	091515.281132	Altersteilz-Rückstell Beamte Beamte (neu)	777.173,28	353.615,26
17	091515.281133	So. Rückstell. ungewisse Verb. (Dienstherrenwechsel)	1.869.623,00	1.946.155,00
18	091515.281136	So. Rückstell. nicht ausgeschütt. Leistungsprämien f. Mitarbeiter der Stadt Lünen	866.192,87	1.148.498,94
19	091515.281137	So. Rückstell. nicht abgerechnete beihilfefähige Aufwendg. der Mitarbeiter der Stadt Lünen	129.710,30	0,00
23	131005.281127	So. Rückstell. Prozeßrisiko Asylantinnen-Regelsatzzahlung	20.000,00	15.000,00
25	091505.281145	So. Rückstellung Erstattung ELAG an Kreis Unna	510.000,00	0,00
26	460505.281202	So. Rückstellung für ausstehende Rechnung Friedrichstraße	15.000,00	0,00
27	460510.281201	So. Rückstellung für ausstehende Rechnung Wehrenboldstraße	150.000,00	0,00
		<b>Gesamt</b>	<b>16.465.039,28</b>	<b>20.240.419,40</b>

**Verbindlichkeiten** wurden mit den Rückzahlungsbeträgen ausgewiesen (siehe auch Verbindlichkeitspiegel).

In der Summe der **Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen** in Höhe von 68,6 Mio. € sind -eigenkapitalneutrale- Altkredite des SAL in Höhe von 39,1 Mio. € enthalten. Die ordentliche Tilgung im Haushaltsjahr 2014 betrug 3,8 Mio. € (2,8 Mio. € Gesellschafterdarlehen SAL und 1,0 Mio. € städt. Haushalt). Investitionskredite in Fremdwährung bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Die **Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung** (ehem. Kassenkredite) weisen nach der Bilanz einen Betrag von 175 Mio. € aus. Gleichzeitig waren am 31.12.2014 „Liquide Mittel“ in Höhe von knapp 25,9 Mio. € vorhanden.

**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** sind Verbindlichkeiten aus Kauf-, Werk-, Dienstleistungs-, Miet- und Pachtverträgen oder ähnlichen Verpflichtungsgeschäften, bei denen die Zahlung für die empfangene Leistung seitens der Stadt Lünen noch aussteht.

Schenkungen und Spenden, deren Verwendung nachzuweisen ist, werden bis zu ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung passivisch als **sonstige Verbindlichkeiten** geführt und erst zum Zeitpunkt der Aktivierung des Vermögensgegenstandes in einen Sonderposten umgebucht.

Alle Pauschalen (Sport-, Feuerwehr-, Schulpauschale) und Rücklagen (Stellplatzrücklage, Rücklage Natur), zu denen Verwendungsnachweise zu führen sind, werden bis zu ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung passivisch als **erhaltene Anzahlungen** geführt und erst zum Zeitpunkt der Aktivierung des Vermögensgegenstandes in einen Sonderposten umgebucht.

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten (Investitionskredite) sind wie folgt:

-	bis zu einem Jahr	0,0 Mio. €
-	bis zu fünf Jahren	2,9 Mio. €
-	mehr als 5 Jahre	65,6 Mio. €

Sämtliche Verbindlichkeiten sind nicht besichert.

Neben den in der Schlussbilanz und im Verbindlichkeitspiegel dargestellten Verbindlichkeiten hat die Stadt Lünen weitere Haftungsverpflichtungen aus der Bestellung von Gewährverträgen übernommen. Dazu zählen insbesondere Bürgschaften, Patronatserklärungen und Forfaitierungsverträge.

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende Bürgschaften:

• Stadtwerke Lünen GmbH	2.391.542 €
• LünTec Technologiezentrum Lünen GmbH (Darlehen Sparkasse)	761.780 €

7.1.5 Prüfbericht JA 2014  
Anhang

• LünTec Technologiezentrum Lünen GmbH (Zuschuss Umbau Colani-Designzentrum)	1.013.900 €
Umweltwerkstatt	1.147.950 €
<b>Summe</b>	<b>5.315.172 €</b>

Patronatserklärungen hat die Stadt Lünen zur Übernahme von Mietausfallverlusten gegenüber Investoren von Kindertageseinrichtungen in einem Gesamtumfang von knapp 7,9 Mio. € übernommen. Ferner existiert eine Patronatserklärung in Höhe von 127.800 € im Rahmen einer möglichen Verlustabdeckung für die Wiedernutzung der Zeche Minister Achenbach IV gegenüber der Lüntec GmbH.

Der Forderungskaufvertrag (Forfaitierung) zwischen der Stadt Lünen, der Sparkasse Lünen und der Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH wurde seitens der Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH durch Zahlung des Darlehensrestbetrages in Höhe 4 Mio. € zum 10.12.2014 bei der Sparkasse Lünen abgelöst. Die Verpflichtung der Stadt Lünen, die jährlichen Schuldendienstleistungen aus dem Darlehensvertrag zwischen WBL und Sparkasse unmittelbar an die Sparkasse zu leisten, besteht somit zum Bilanzstichtag nicht mehr.

Die Stadt Lünen wurde in 2014 aus der Bürgschaft „BAAS gGmbH“ (rd. 115.230 €) in Anspruch genommen.

Der Eintritt einer Verpflichtung aus den meisten oben genannten bestellten Sicherheiten ist als „unwahrscheinlich“ zu beurteilen.

Unter der Bilanzposition **Passive Rechnungsabgrenzung** sind Einzahlungen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine künftige Periode darstellen. Dieser Posten beinhaltet die Abgrenzung der vereinnahmten Nutzungsgebühren im Friedhofsbereich, die in den Folgejahren periodisiert aufgelöst werden müssen und zweckgebundene Investitionszuschüsse vom öffentlichen Bereich zur Weiterleitung an Dritte. Zur periodengerechten Abgrenzung der Grabnutzungsgebühren ist ein externes Gutachten erstellt worden. Erkenntnisse hieraus werden zum Jahresabschluss 2014 aufgearbeitet.

### **III. Ergebnisverwendung**

Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von insgesamt 13.932.227,67 € durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage auszugleichen.

### **Zusammenfassung**

Im Jahresabschluss sind nach dem derzeitigen Stand alle

- bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen und Abgrenzungen berücksichtigt,
- Aufwendungen und Erträge enthalten sowie
- erforderlichen Angaben gemacht.

Die angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden entsprechen den Handreichungen für Kommunen „Neues Kommunales Finanzmanagement“ und – soweit keine spezialgesetzlichen Vorschriften bestehen - den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung.

Der Jahresabschluss vermittelt somit ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

## Ergänzende Hinweise

**Besondere Umstände, auf Grund derer der Jahresabschluss nur eingeschränkt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt:**

### Verpflichtungen aus Verträgen

Eine wesentliche Verpflichtung der Stadt Lünen ergibt sich aus einem ÖPP-Vertrag mit der Fa. Wirtschaftsbetriebe Lünen GmbH. Dieses Vertragswerk regelt die Leistungserbringung in den Bereichen Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Grünpflege und Straßenunterhaltung einschließlich der damit verbundenen technischen Dienstleistungen. Angesichts der teilweise gebührenrelevanten Zahlungen und unter Beachtung der öffentlichen Aufgabenstellung entsprechen die aus diesem Vertragswerk entstehenden finanziellen Belastungen den üblichen Rahmenbedingungen.

### Noch nicht erhobene Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen

Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen sind mit der Entstehung des Anspruchs zu bilanzieren. Aus dem Jahr 2014 sind folgende Beiträge noch abzurechnen:

abzurechnende Maßnahmen	KAG/BauGB	Kosten gesamt/ teilweise geschätzt	Anteil Anlieger	Anteil Stadt	Bemerkung
An der Wethmarheide, Umgestaltung (Baubeginn 2012)	KAG voraus. 2015	826.898,17	330.759,28	496.138,89	
Wehrenboldstraße 1.- 3. Bauabschnitt Baubeginn 2010	KAG voraus. 2016				
Fliedenweg	KAG voraus. 2015				
Dahlienweg	KAG voraus. 2015				
Nelkenweg	KAG voraus. 2015				
Mittelfeld	KAG voraus. 2015				
Engelstraße					KAG-Anspruch wird geprüft.
Feldstraße	KAG voraus. 2018				
Goldammerweg	BBauG voraus. 2016				
Am Friedhof	KAG voraus. 2015				
Dortmunder Straße zw. Graf-Adolf u. Moltke	KAG voraus. 2016				
Im Geistwinkel	KAG voraus. 2017				
Laakstraße	KAG voraus. 2017				
Dorfstraße					Maßnahme wird erst 2016 durchgeführt
Umbau Waltroper Straße	KAG voraus. 2017				
Heimstraße	KAG voraus. 2015	Beleuchtung			
Zum Wäldchen	KAG 2015	Beleuchtung			
Weideweg	KAG 2015	Beleuchtung			
Weißenburger Straße	KAG 2015	Beleuchtung			
Am Kelmbach	KAG voraus. 2016	Beleuchtung			
Auf der Kiepe	KAG voraus. 2016	Beleuchtung			
Bindemeer	KAG voraus. 2017				
Friedrichstraße 2.BA	KAG voraus. 2017				
Göbenstraße	KAG voraus. 2017				
Graf-Adolf-Straße 2.BA	KAG voraus. 2017				
Linnenkamp	KAG voraus. 2017	Beleuchtung			
Virchowstraße	KAG voraus. 2017				
Wittekindstraße	KAG voraus. 2017	Beleuchtung			

**Ermächtigungsübertragungen investiv 2014**

<b>Produkt</b>	<b>Konto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Deckungs- kreis</b>	<b>Übertrag aus 2013</b>	<b>Übertrag nach 2015</b>
230505	781800	Zuweisungen für Investitionen an übrige Bereiche	1236	1.921.298,98	424.402,69
<b>Summe 781 - Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen</b>				<b>1.921.298,98</b>	<b>424.402,69</b>
091510	782100	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1097	1.026.467,98	350.000,00
421000	782100	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden		100.000,00	0,00
421000	782120	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Soz. Stadt)		426.000,00	426.000,00
<b>Summe 782 - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden</b>				<b>1.552.467,98</b>	<b>776.000,00</b>
220510	783200	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen unter der Wertgrenze von 410€	1228	79,99	0,00
230505	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1237	0,00	17.996,43
230505	783101	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (U3 - Betreuung)	1236	397.130,34	352.334,92
230520	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1238	3.285,58	3.476,09
310500	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	3150	343.235,93	239.694,74
310500	783101	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (IT-Ausstattung u. Vernetzung)	1317	45.092,51	0,00
310500	783105	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Schulhof HBS)	1318	0,00	8.000,00
310500	783114	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Großraumbüro FSG)	1318	0,00	10.000,00
310500	783115	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Cafeteria GA)	1318	0,00	30.000,00
310500	783122	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Neubau GS Lünen-Süd)	1318	8.984,50	0,00
310500	783123	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Mensa/Ganztag HBS)	1318	70.532,17	0,00
310500	783146	Ausz. Verm. Erwerb über 410 €	3150	27.238,63	27.238,63
310500	783147	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Einrichtung GSG nach Feststellung von PCB-Belastung)	3181	41.840,51	25.946,49
330500	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1337	16.579,73	10.670,73
360500	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1369	6.000,00	6.000,00
361000	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1368	8.137,27	9.462,27
362500	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1367	5.904,10	0,00
430500	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1437	8.004,60	8.004,60
451000	783200	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen unter der Wertgrenze von 410€	1457	800,00	0,00
451020	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€		0,00	35.000,00
461010	783138	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Verkehrsrechner)		42.096,78	42.096,78
461010	783139	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Grüne Welle)		42.307,50	28.707,50
470500	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1477	85.394,33	76.174,96
470500	783101	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Spiel- und Bolzplätze)	1477	113.116,44	149.308,09
470500	783104	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Aufforstung Ökopunkteflächen)		64.654,14	24.654,14
470500	783200	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen unter der Wertgrenze von 410€	1477	155,00	0,00
471000	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1487	12.387,30	6.051,45

**Ermächtigungsübertragungen investiv 2014**

<b>Produkt</b>	<b>Konto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Deckungs- kreis</b>	<b>Übertrag aus 2013</b>	<b>Übertrag nach 2015</b>
510500	783100	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Ausstattung EDV)	1517	6.391,96	0,00
510500	783102	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Funkausstattung)	1517	11.000,00	0,00
510500	783103	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Ausstattung Jugendfeuerwehr)	1517	7.500,00	0,00
510500	783104	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Pumpen, Aggregate, Ausrüst.)	1517	24.557,01	109.046,46
510500	783105	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Löschfahrzeuge)	1517	893.333,71	618.195,61
510500	783106	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Einführung Digitalfunk)	1517	28.235,61	96.429,78
510500	783107	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Tech. Nachrichtenzent.)	1517	52.115,12	0,00
510500	783108	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Wärmebildkamera)	1517	10.000,00	0,00
510500	783113	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Radlader/Stapler)	1517	30.000,00	4.451,56
510500	783114	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Dekontaminationseinheit)	1517	40.652,61	40.652,61
510500	783200	Ausz. Verm. Erwerb bis 410 € (Ausstattung EDV)	1517	0,00	808,98
510500	783201	Ausz. Verm. Erwerb bis 410 € (Einrichtung)	1517	3.243,13	12.000,14
510500	783202	Ausz. Verm. Erwerb bis 410 € (Funkausstattung)	1517	2.000,00	4.000,00
510500	783203	Ausz. Verm. Erwerb bis 410 € (Ausstattung Jugendfeuerwehr)	1517	4.000,00	6.000,00
510500	783204	Ausz. Verm. Erwerb bis 410 € (Pumpen, Aggregate, Ausrüst.)	1517	0,00	102,05
510500	783216	Ausz. Verm. Erwerb bis 410 € (Einrichtung Neubau Feuerwehrhaus Wethmar)	1516	0,00	52.000,00
511500	783100	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Fahrzeuge, Einf. Digitalfunk)	1537	315.218,69	10,71
511500	783102	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Ausrüstung Rettungsdienst)	1537	0,00	2.236,79
511500	783105	Ausz. Verm. Erwerb über 410 € (Mobile Datenerfassung und -übertragung)	1537	125.000,00	90.352,73
511500	783202	Ausz. Verm. Erwerb bis 410 € (Ausrüstung Rettungsdienst)	1537	0,00	492,54
821000	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1837	25.876,55	38.037,34
821500	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1827	24.214,03	47.187,82
821500	783200	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen unter der Wertgrenze von 410€	1827	0,00	660,34
830500	783100	Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen über der Wertgrenze von 410€	1837	10.013,85	4.676,70
<b>Summe 783 - Auszahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen</b>				<b>2.956.309,62</b>	<b>2.238.159,98</b>
460505	785200	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Straßenwiederherstellung)		1.319.869,36	1.633.964,16
411500	785202	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Krempelbach)		79.426,38	554.426,38
460505	785202	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Radverkehrsförderung)		127.693,86	0,00
460505	785204	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Nordtunnel Preußenbahnhof)		100.000,00	53.272,22
421000	785205	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Rathauseingang West)		0,00	150.000,00
460505	785205	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (An der Wethmarheide)		104.200,50	0,00
470500	785208	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Umgestaltung Fußgängerzone)		24.016,30	0,00
421000	785210	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Aufwertung Stadtplätze)		20.000,00	20.000,00

**Ermächtigungsübertragungen investiv 2014**

<b>Produkt</b>	<b>Konto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Deckungs- kreis</b>	<b>Übertrag aus 2013</b>	<b>Übertrag nach 2015</b>
460505	785212	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Buchenberg)		111.290,79	0,00
460505	785213	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Brücke Graf-Adolf-Str.)		2.378.367,34	2.961.180,17
460505	785214	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Westfaliastraße)		60.660,39	0,00
460510	785222	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Wehrenboldstraße)		330.651,93	0,00
460510	785223	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen Empfangsraum Cappenberger Str.		458.689,40	402.694,16
421000	785232	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Eingang Wallgang Süd)		5.664,68	0,00
460505	785233	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Empfangsraum Lange Str.)		81.088,56	0,00
460505	785234	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Einmünd. Lange -/Viktoriastr)		93.700,58	0,00
421000	785235	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Flusspark)		971.670,26	341.989,85
461010	785237	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (LSA Austausch Glühlampentechn zur LEDtechnik)		240.881,95	272.065,22
460505	785241	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen Aufenthaltsbereich Bäckerstr.		37.000,00	0,00
460520	785243	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Fußgängerüberquerung Kurt- Schuhmacher-Str. zur Kulturinsel)		0,00	15.000,00
460505	785244	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Goldammerweg)		5.988,31	52.940,99
460505	785245	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Feldstraße)		18.311,70	262.695,90
460505	785246	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Kreisverkehr Preußenstr. - Baukelweg)		50.000,00	43.546,94
421000	785247	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Wassertreppe "Licht Blau")		238.145,99	10.224,40
460505	785247	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Im Geistwinkel)		28.223,00	1.437.087,38
421000	785248	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Fahrradkonzept Innenstadt)		35.000,00	35.000,00
421000	785249	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Stadtteilentwicklungskonzept Lünen Süd)		400.000,00	400.000,00
460505	785249	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Dorfstraße)		50.000,00	0,00
460505	785251	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Engelstraße)		45.818,13	49.767,24
421000	785252	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Stadtteilplätze-Stadtteilnetz e-Pocketparks Soziale Stadt Gahmen)		1.033.020,21	558.610,36
421000	785253	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Ausbau der "Grünen Mitte" Soziale Stadt Gahmen)		1.566.147,83	942.843,69
421000	785254	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Soziokulturelles Zentrum Einrichtung Soziale Stadt Gahmen)		160.000,00	60.000,00
421000	785256	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Wasserfreizeit am Kanal)		250.000,00	28.302,20
421000	785257	Ausz. für Tiefbaumaßnahmen (Investmaßnahme aus dem Handlungskonzept "Gahmen bewegt (sich)")		100.000,00	200.000,00
<b>Summe 7852 - Tiefbaumaßnahmen</b>				<b>10.525.527,45</b>	<b>10.485.611,26</b>
<b>Gesamtsumme</b>				<b>16.955.604,03</b>	<b>13.924.173,93</b>

**Ermächtigungsübertragungen konsumtiv 2014**

<b>Produkt</b>	<b>Konto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Deckungs- kreis</b>	<b>Übertrag aus 2013</b>	<b>Übertrag nach 2015</b>
460525	523500	Erstattungen SAL	0460	0,00	417.992,69
460530	523500	Erstattungen SAL	0460	50.065,86	0,00
460535	523500	Erstattungen SAL	0460	50.065,86	0,00
460540	523500	Erstattungen SAL	0460	50.065,86	0,00
460530	523505	Erstatt. (WBL) f. Aufwendungen aus lfd. Verwalt.tätigkeit (Verbund.Unt./Beteil.; WBL	0460	80.000,00	0,00
460535	523505	Erstatt. (WBL) f. Aufwendungen aus lfd. Verwalt.tätigkeit (Verbund.Unt./Beteil.; WBL	0460	70.000,00	0,00
460540	523505	Erstatt. (WBL) f. Aufwendungen aus lfd. Verwalt.tätigkeit (Verbund.Unt./Beteil.; WBL	0460	90.000,00	0,00
460525	523506	Erstatt. (WBL) Stadtbildpflege u. zusätzl. Winterdienst	0460	36.983,39	0,00
310502	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3102	0,00	362,40
310504	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3104	0,00	396,00
310506	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3106	0,00	95,08
310507	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3107	0,00	274,85
310509	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3109	0,00	434,00
310510	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3110	0,00	446,00
310511	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3111	0,00	266,86
310514	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3114	0,00	447,00
310517	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3117	0,00	135,70
310521	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3121	0,00	333,00
310522	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3122	0,00	527,41
310526	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3126	0,00	766,00
310527	524100	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3127	0,00	439,00
310500	524109	Unterh. u. Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anl. (Prioliste-Schulpauschale)	2311	5.470,37	0,00
460505	524200	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0460	0,00	55.370,36
460525	524200	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0460	308.451,53	437.112,42
460530	524200	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0460	109.769,69	81.983,65
460535	524200	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0460	68.723,33	0,00
460540	524200	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0460	36.301,67	0,00
461000	524200	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0460	391.433,79	203.391,29
461010	524200	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0460	303.630,70	388.371,04
460525	524201	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens Erneuerung Sinkkästen	0460	53.754,58	0,00
461000	524201	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens	0460	57.409,46	0,00
460525	524202	Unterh. u. Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens (Gemeindebrücken)	0460	153.647,76	55.578,81
310502	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3102	0,00	4.615,00

**Ermächtigungsübertragungen konsumtiv 2014**

<b>Produkt</b>	<b>Konto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Deckungs- kreis</b>	<b>Übertrag aus 2013</b>	<b>Übertrag nach 2015</b>
310504	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3104	236,54	2.573,63
310505	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3105	696,56	4.178,50
310506	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3106	1.339,68	3.349,17
310507	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3107	1.403,74	3.409,74
310509	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3109	2.202,55	4.808,55
310510	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3110	6.640,21	9.313,21
310511	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3111	2.632,71	4.587,71
310514	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3114	0,00	2.263,63
310517	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3117	0,00	1.786,00
310518	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3118	2.174,30	2.163,45
310519	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3119	524,97	2.505,97
310521	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3121	98,83	2.096,83
310522	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3122	0,00	11.339,74
310523	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3123	0,00	10.550,42
310524	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3124	8.772,46	14.165,41
310525	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3125	0,00	4.229,00
310526	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3126	0,00	2.898,25
310527	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3127	2.508,96	4.665,57
310529	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3129	18.319,99	28.740,93
310530	525500	Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	3130	1.205,94	8.435,73
220510	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	0221	101.212,67	20.997,31
310500	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	0310	49.931,31	0,00
310502	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3102	0,00	1.232,89
310504	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3104	0,00	498,10
310506	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3106	263,16	548,70
310510	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3110	1.456,39	0,00
310511	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3111	840,41	0,00
310519	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3119	1.048,08	0,00
310521	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3121	1.224,25	0,00
310522	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3122	0,00	1.256,15
310523	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3123	0,00	2.180,65
310524	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3124	0,00	688,48
310529	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	3129	525,13	0,00

**Ermächtigungsübertragungen konsumtiv 2014**

<b>Produkt</b>	<b>Konto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Deckungs- kreis</b>	<b>Übertrag aus 2013</b>	<b>Übertrag nach 2015</b>
370500	528100	Aufwendungen für sonstige Sachleistungen (neue Bezeichn. früher 'Vorräte')	0370	5.000,00	0,00
310500	528101	Aufw. für sonst. Sachleist. f. Mittagstisch ProfilschuleLünen		4.511,84	5.155,25
310500	528102	Aufwendungen für sonst. Sachleistungen (Kulturströche)	3182	652,35	0,00
310500	528127	Aufw. für sonst. Sachleist. für Mittagstisch Friedrich-Ebert-Schule		591,00	688,50
111000	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstl. (Digitalisierung)	0110	25.000,00	13.820,77
310502	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3102	0,00	1.458,00
310504	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3104	1.298,15	1.589,05
310505	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3105	2.310,64	2.882,61
310506	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3106	684,55	1.389,55
310507	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3107	994,55	1.433,95
310509	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3109	1.384,24	2.053,29
310510	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3110	2.729,96	2.999,90
310511	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3111	1.212,50	1.339,71
310514	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3114	0,00	129,88
310517	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3117	118,83	422,06
310518	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3118	730,07	1.422,29
310519	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3119	1.079,10	1.691,65
310521	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3121	645,55	1.291,10
310522	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3122	0,00	2.392,15
310524	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3124	0,00	1.340,78
310525	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3125	0,00	870,20
310526	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3126	0,00	894,10
310527	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3127	1.184,58	2.075,13
310530	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3130	522,58	0,00
421000	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstl. (Stadtumbau West)	0425	0,00	61.000,00
430500	529100	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0431	86.284,40	59.628,80
421000	529101	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen Potentialanalyse Lünen Süd		0,00	57.193,12
020000	529105	Aufw.so Dienstl. /Lüner Dialog	0020	16.800,00	0,00
421000	529107	Aufw. für sonst. Dienstleist. (Ing. Lstg. etc. Soziale Stadt Gahmen)	0424	681.604,49	475.477,61
020000	529108	Aufw. f. sonst. Dienstleist. 'Stadtmarketing'	0020	6.000,00	0,00
<b>Summe 52 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</b>				<b>2.962.372,07</b>	<b>2.505.441,73</b>
421000	531700	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		135.128,85	67.198,37
421000	531807	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd.Zwecke an übrige Ber. (Soziale Stadt Gahmen ab 2008)	0424	127.403,39	101.765,97

**Ermächtigungsübertragungen konsumtiv 2014**

<b>Produkt</b>	<b>Konto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Deckungs- kreis</b>	<b>Übertrag aus 2013</b>	<b>Übertrag nach 2015</b>
161500	533900	Sonstige soziale Leistungen		34.768,86	0,00
<b>Summe 53 - Transferaufwendungen</b>				<b>297.301,10</b>	<b>168.964,34</b>
460525	541100	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0460	713,75	0,00
460530	541100	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0460	15,64	0,00
460535	541100	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0460	15,64	0,00
460540	541100	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0460	15,65	0,00
461000	541100	Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0460	131,46	0,00
460525	541200	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	0460	2.863,84	0,00
461010	541200	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	0460	8.716,39	0,00
830500	541200	Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	0830	6.952,40	0,00
310527	542201	Mieten (sonstige, Nicht-ZGL), Anpachtungen etc.	3127	174,43	0,00
020000	542205	Miete (sonstige, Nicht-ZGL) (Lüner Dialog)	0020	500,00	0,00
091510	542901	Sonstige Aufwendungen (Gutach- ter, Wirtsch.prüf.,pp) zentr.	0991	0,00	30.000,00
411000	542911	Umgestaltung Preußenbahnhof Sonst. Aufw. - Inanspr.nahme Rechte und Dienste		0,00	18.275,09
220510	543101	Geschäftsaufwendungen allg.	0221	3.001,50	0,00
310510	543101	Geschäftsaufwendungen allg.	3110	113,11	0,00
310527	543101	Geschäftsaufwendungen allg.	3127	60,38	0,00
310529	543101	Geschäftsaufwendungen allg.	3129	2.443,59	3.283,80
460525	543101	Geschäftsaufwendungen allg.	0460	2.478,04	0,00
460530	543101	Geschäftsaufwendungen allg.	0460	164,17	0,00
460535	543101	Geschäftsaufwendungen allg.	0460	164,17	0,00
460540	543101	Geschäftsaufwendungen allg.	0460	164,17	0,00
461010	543101	Geschäftsaufwendungen allg.	0460	4.847,67	0,00
470500	543101	Geschäftsaufwendungen allg.	0470	0,00	11.531,00
020000	543105	Geschäftsaufwendungen (Lüner Dialog)	0020	2.700,00	0,00
421000	543107	Geschäftsaufwendungen Fachausg (Soziale Stadt Gahmen)	0424	0,00	1.318,00
020000	543108	Geschäftsaufwendungen allg. 'Stadtmarketing'	0020	0,00	17.500,00
460525	544100	Versicherg interne Abrechnung -keine ILV, sondern Auszahlg. vorgeleistet und umgelegt-	0460	13,69	0,00
461010	544100	Versicherg interne Abrechnung -keine ILV, sondern Auszahlg. vorgeleistet und umgelegt-	0460	38,12	0,00
310504	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3104	186,00	186,00
310505	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3105	796,00	796,00
310507	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3107	232,82	232,82
310509	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3109	611,00	611,00

**Ermächtigungsübertragungen konsumtiv 2014**

<b>Produkt</b>	<b>Konto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Deckungs- kreis</b>	<b>Übertrag aus 2013</b>	<b>Übertrag nach 2015</b>
310510	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3110	612,00	612,00
310511	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3111	304,00	304,00
310518	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3118	181,00	181,00
310519	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3119	153,00	153,00
310521	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3121	157,00	157,00
310527	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3127	631,72	631,72
310529	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3129	1.140,00	1.140,00
310530	544101	Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Kfz-Vers.	3130	1.100,00	1.100,00
021500	549200	Fraktionszuwendungen	0021	3.791,08	0,00
<b>Summe 54 - Sonstige ordentliche Aufwendungen</b>				<b>46.183,43</b>	<b>88.012,43</b>
310501	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3101	4.967,55	10.544,01
310502	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3102	13.153,51	18.174,84
310504	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3104	21.609,68	29.551,88
310505	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3105	16.929,21	7.874,75
310506	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3106	4.321,36	5.951,08
310507	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3107	12.970,39	10.977,41
310509	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3109	8.172,65	8.443,13
310510	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3110	19.872,32	8.662,71
310511	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3111	10.091,28	4.399,52
310513	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3113	5.460,51	0,00
310514	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3114	22.049,41	13.651,04
310517	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3117	5.216,57	5.698,32
310518	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3118	9.682,40	0,00
310519	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3119	11.845,62	6.877,90
310521	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3121	7.123,46	3.745,66
310522	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3122	42.117,73	61.263,20
310523	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3123	52.262,51	42.641,36
310524	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3124	37.100,60	38.370,44
310525	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3125	12.173,29	12.974,64
310526	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3126	14.178,48	11.008,55
310527	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3127	29.247,38	35.926,78
310528	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3128	3.796,31	0,00
310529	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3129	68.490,61	43.448,06

*Ermächtigungsübertragungen konsumtiv 2014*

<b>Produkt</b>	<b>Konto</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Deckungs- kreis</b>	<b>Übertrag aus 2013</b>	<b>Übertrag nach 2015</b>
310530	571100	Abschreibungen auf Sachanlagen (> 410 €)	3130	41.495,38	0,00
<b>Summe 57 - Bilanzielle Abschreibungen</b>				<b>474.328,21</b>	<b>380.185,28</b>
<b>Gesamtsumme</b>				<b>3.780.184,81</b>	<b>3.142.603,78</b>

7.1.5 Prüfbericht JA 2014  
Anlagenspiegel

Stadt Lünen

Anlage zu §45 GemHVO

**Anlagenspiegel 2014**

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen			Buchwert	
	Stand am 31.12.2013	Zugänge 2014	Abgänge 2014	Umbuchungen 2014	Abschrei- bungen 2014	Zuschrei- bungen 2014	Kumulierte Abschrei- bungen (auch aus Vorjahren)	am 31.12.2014	am 31.12.2013
	€	€	€	€	€	€	€	€	€
<b>1. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>2.217.144,14</b>	<b>145.025,31</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>224.078,15</b>	<b>0,00</b>	<b>1.791.065,04</b>	<b>571.104,41</b>	<b>650.157,25</b>
<b>2. Sachanlagen</b>	<b>465.178.110,84</b>	<b>12.958.639,54</b>	<b>15.572.263,25</b>	<b>0,00</b>	<b>13.903.076,86</b>	<b>13.454,89</b>	<b>180.637.058,16</b>	<b>281.927.428,97</b>	<b>292.284.328,28</b>
<b>2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>									
2.1.1 Grünflächen	101.995.728,75	1.238.513,99	2.892.851,46	2.215.741,97	315.475,75	0,00	23.487.693,07	79.069.440,18	79.033.903,99
2.1.2 Ackerland	6.597.810,53	882.459,96	983.566,78	-914.873,04	39.879,26	0,00	1.007.245,14	4.574.585,53	5.630.444,65
2.1.3 Wald, Forsten	3.048.112,74	43.913,71	993.249,02	-772.253,01	62.792,98	2,96	48.965,63	1.277.558,79	2.999.140,99
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	9.916.074,63	98.921,72	150.851,60	14.741,36	83.051,95	0,00	625.394,29	9.253.491,82	9.373.732,29
<b>2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>									
2.2.1 Kindertageseinrichtungen	2.748.061,20	48.603,00	635.856,77	0,00	63.922,58	0,00	703.148,40	1.457.659,03	1.960.961,68
2.2.2 Schulen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2.3 Wohnbauten	1.504.611,76	0,00	505.716,38	-187,00	8.650,79	0,00	374.840,36	623.868,02	1.138.422,19
2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	762.342,17	-37.536,00	52.478,80	-3.774,00	9.621,40	0,00	109.206,60	559.346,77	662.756,97
<b>2.3 Infrastrukturvermögen</b>									
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	49.666.885,46	2.030.533,03	2.186.950,07	-38.985,33	30.566,80	0,00	37.849,12	49.433.633,97	49.645.360,48
2.3.2 Brücken und Tunnel	22.297.121,12	14.000,00	0,00	0,00	253.090,04	0,00	12.389.319,80	9.921.801,32	10.160.891,36
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	89.068,00	0,00	0,00	26.007,06	259,24	0,00	89.326,24	25.748,82	1,00
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	223.153.898,97	1.063.422,23	6.076.969,62	2.596.446,58	10.717.821,04	13.451,93	111.613.946,55	109.122.851,61	116.672.055,82
2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	2.509.898,69	24.139,72	0,00	-24.139,72	35.416,14	0,00	1.265.693,68	1.244.205,01	1.279.621,15
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	814.057,75	10.919,25	0,00	0,00	0,00	0,00	340,09	824.636,91	813.717,66

7.1.5 Prüfbericht JA 2014  
Anlagenspiegel

Stadt Lünen

Anlage zu §45 GemHVO

**Anlagenspiegel 2014**

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen			Buchwert	
	Stand am 31.12.2013	Zugänge 2014	Abgänge 2014	Umbuchungen 2014	Abschrei- bungen 2014	Zuschrei- bungen 2014	Kumulierte Abschrei- bungen (auch aus Vorjahren)	am 31.12.2014	am 31.12.2013
	€	€	€	€	€	€	€	€	€
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	8.913.218,04	64.823,37	286.115,67	1.319.755,81	689.602,59	0,00	5.748.503,96	4.263.177,59	3.568.209,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.945.210,84	1.826.793,93	281.396,21	155.929,47	1.592.926,30	0,00	23.135.585,23	7.510.952,80	7.129.098,86
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	2.216.010,19	5.649.131,63	526.260,87	-4.574.410,15	0,00	0,00	0,00	2.764.470,80	2.216.010,19
<b>3. Finanzanlagen</b>	<b>206.453.908,70</b>	<b>0,00</b>	<b>2.796.561,21</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>203.657.347,49</b>	<b>206.453.908,70</b>
3.1 Anteile an verbundene Unternehmen	114.561.264,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	114.561.264,00	114.561.264,00
3.2 Beteiligungen	1.080.998,57	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.080.998,57	1.080.998,57
3.3 Sondervermögen	41.858.727,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	41.858.727,00	41.858.727,00
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	499.368,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	499.368,34	499.368,34
<b>3.5 Ausleihungen</b>									
3.5.1 an verbundene Unternehmen	47.800.219,90	0,00	2.773.667,70	0,00	0,00	0,00	0,00	45.026.552,20	47.800.219,90
3.5.2 an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	653.330,89	0,00	22.893,51	0,00	0,00	0,00	0,00	630.437,38	653.330,89
<b>4. Summe des Anlagevermögens</b>	<b>673.849.163,68</b>	<b>13.103.664,85</b>	<b>18.368.824,46</b>	<b>0,00</b>	<b>14.127.155,01</b>	<b>13.454,89</b>	<b>182.428.123,20</b>	<b>486.155.880,87</b>	<b>499.388.394,23</b>

7.1.5 Prüfbericht JA 2014  
Forderungsspiegel

2014  
Stadt Lünen

02.11.2015

**Forderungsspiegel**

Art der Forderungen	Gesamtbetrag am. 31.12.2014 EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2013 EUR
		bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
<b>1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen</b>	<b>10.496.200,31</b>	<b>9.114.769,20</b>	<b>17.104,99</b>	<b>1.364.326,12</b>	<b>7.164.645,06</b>
1.1 Gebühren	2.148.373,02	2.144.158,69	4.205,33	9,00	1.450.721,98
1.2 Beiträge	96.943,98	93.889,29	3.054,69	0,00	56.573,50
1.3 Steuern	4.063.780,74	4.063.780,74	0,00	0,00	2.100.877,28
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	6.371,78	-11.636,37	8.506,03	9.502,12	6.716,69
1.5 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	4.180.730,79	2.824.576,85	1.338,94	1.354.815,00	3.549.755,61
<b>2. Privatrechtliche Forderungen</b>	<b>2.345.157,58</b>	<b>2.344.719,10</b>	<b>438,48</b>	<b>0,00</b>	<b>1.673.871,71</b>
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	709.258,26	708.819,78	438,48	0,00	342.056,57
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	213.579,00	213.579,00	0,00	0,00	213.579,00
2.3 gegen über verbundene Unternehmen	1.413.391,57	1.413.391,57	0,00	0,00	1.118.236,14
2.4 gegenüber Beteiligungen	8.928,75	8.928,75	0,00	0,00	0,00
2.5 gegenüber Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>3. Sonstiges Vermögensgegenstände</b>	<b>4.444.229,36</b>	<b>4.444.229,36</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>4.997.630,54</b>
<b>Summe aller Forderungen</b>	<b>17.285.587,25</b>	<b>15.903.717,66</b>	<b>17.543,47</b>	<b>1.364.326,12</b>	<b>13.836.147,31</b>

7.1.5. Prüfbericht 2014  
Verbindlichkeitspiegel

2014  
Stadt Lünen

02.11.2015

Verbindlichkeitspiegel

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag am. 31.12.2014 EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am. 31.12.2013 EUR
		bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
<b>1. Anleihen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen</b>	<b>68.582.794,57</b>	<b>0,00</b>	<b>2.936.219,45</b>	<b>65.646.575,12</b>	<b>69.358.529,79</b>
2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4 vom öffentlichen Bereich	10.321,58	0,00	10.321,58	0,00	12.980,30
2.4.1 vom Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.2 vom Land	10.321,58	0,00	10.321,58	0,00	12.980,30
2.4.3 vom Gemeinde (GV)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.4 von Zweckverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 vom privaten Kreditmarkt	68.572.472,99	0,00	2.925.897,87	65.646.575,12	69.345.549,49
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	68.572.472,99	0,00	2.925.897,87	65.646.575,12	69.345.549,49
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung</b>	<b>175.000.000,00</b>	<b>95.000.000,00</b>	<b>65.000.000,00</b>	<b>15.000.000,00</b>	<b>163.000.000,00</b>
3.1 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2 vom privaten Kreditmarkt	175.000.000,00	95.000.000,00	65.000.000,00	15.000.000,00	163.000.000,00
<b>4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>9.156.512,32</b>	<b>9.032.145,66</b>	<b>124.366,66</b>	<b>0,00</b>	<b>8.719.572,99</b>
<b>6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen</b>	<b>2.181.396,92</b>	<b>2.181.396,92</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>2.877.025,70</b>
<b>7. sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>18.051.452,36</b>	<b>18.051.452,36</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>16.363.023,70</b>
7.1 Erhaltene Anzahlungen	7.476.388,98	7.476.388,98	0,00	0,00	5.514.911,81
7.2 Sonstige Verbindlichkeiten	10.575.063,38	10.575.063,38	0,00	0,00	10.848.111,89
<b>8. Summe aller Verbindlichkeiten</b>	<b>272.972.156,17</b>	<b>272.847.789,51</b>	<b>124.366,66</b>	<b>0,00</b>	<b>260.318.152,18</b>
<i>Nachrichtlich anzugeben:</i>					
Bürgschaften	5.315.172,82	0,00	0,00	5.315.172,82	5.782.464,09
Patronatserklärungen	7.909.414,86	25.688,52	0,00	7.883.726,34	7.872.291,05
Forfaitierungsverträge	0,00	0,00	0,00	0,00	4.777.187,51
<b>Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten: z.B. Bürgschaften u.a.</b>	<b>13.224.587,68</b>	<b>25.688,52</b>	<b>0,00</b>	<b>13.198.899,16</b>	<b>18.431.942,65</b>

## Sonderpostenspiegel 2014

	Beitrags-/Zuschusswert				Abschreibungen			Buchwert	
	Stand am 31.12.2013	Zugänge 2014	Abgänge 2014	Umbuchungen 2014	Abschrei- bungen 2014	Zuschrei- bungen 2014	Kumulierte Abschrei- bungen (auch aus Vorjahren)	am 31.12.2014	am 31.12.2013
	€	€	€	€	€	€	€	€	€
<b>2 Sonderposten</b>	<b>174.825.067,15</b>	<b>4.397.932,49</b>	<b>3.096.226,26</b>	<b>253.206.230,40</b>	<b>9.832.318,03</b>	<b>723,95</b>	<b>96.281.750,79</b>	<b>81.850.053,73</b>	<b>88.290.129,36</b>
2.1 für Zuwendungen	96.601.530,07	2.431.900,10	1.684.235,98	171.662.367,62	6.503.239,17	3,82	49.588.311,46	47.979.281,36	52.971.769,59
2.2 für Beiträge	76.753.818,17	1.654.537,17	1.383.653,98	81.140.251,92	3.298.350,84	720,13	46.646.730,96	32.164.602,91	33.864.621,21
2.3 für den Gebührenaussgleich	1.044.813,27	201.621,13	28.336,30	0,00	0,00	0,00	0,00	1.218.098,10	1.044.813,27
2.4 Sonstige Sonderposten	424.905,64	109.874,09	0,00	403.610,86	30.728,02	0,00	46.708,37	488.071,36	408.925,29

## **WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKES DES RECHNUNGSPRÜFUNGS-AUSSCHUSSES DER STADT LÜNEN**

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang – sowie den Lagebericht der Gemeinde für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Gemeinde. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 101 Abs. 1 GO und in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Gemeinde sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt, die eine Einschränkung des Bestätigungsvermerks zur Folge haben.

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter wesentlicher Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde.

7.1.6 Prüfbericht JA 2014  
Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes

Lünen, den 02.12.2015

Klaus Lamczick  
Vorsitzender des  
Rechnungsprüfungsausschusses

Jürgen Kopitzki  
kommissarischer Leiter  
Rechnungsprüfung

## Rechtliche Verhältnisse

Die Rechtsstellung der Stadt Lünen ergibt sich aus der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496).

Die Stadt Lünen ist eine kreisangehörige Gebietskörperschaft im Regierungsbezirk Arnsberg. Als Gebietskörperschaft verwaltet sie ihr Gebiet nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Aufsichtsbehörde ist der Landrat des Kreises Unna. Die obere Aufsichtsbehörde ist der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Arnsberg. Die oberste Aufsichtsbehörde ist der Innenminister des Landes NRW.

Der Hauptsitz der Stadtverwaltung befindet sich im Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen.

Gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hat der Rat der Stadt am 30.10.2014 die Hauptsatzung der Stadt Lünen beschlossen.

## Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lünen nehmen durch die Wahl des Stadtrates und des Bürgermeisters sowie durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§ 26 GO NRW) an der Verwaltung der Stadt teil. Für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Lünen besteht diese Möglichkeit durch den Einwohnerantrag (§ 25 GO NRW).

Der Stadtrat ist das wichtigste Organ der Stadt Lünen.

Die nach § 42 Abs. 1 GO NRW in allgemeiner, freier, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl gewählte Zahl der Ratsmitglieder im Stadtrat beträgt nach § 42 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Satz 1 Buchstabe a) des Kommunalwahlgesetzes für Städte mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern 50 Mitglieder. Aufgrund von Überhangmandaten besteht der Stadtrat in dieser Legislaturperiode aus 54 Ratsmitgliedern.

Diese verteilen sich seit dem 25.05.2014 wie folgt auf Parteien, Wählergruppen bzw. Einzelbewerber.

SPD	22 Sitze
CDU	13 Sitze
GFL	9 Sitze
Bündnis '90/ Die Grünen	4 Sitze
FDP	2 Sitze
Piraten / freie Wähler	2 Sitze
Fraktionslos	2 Sitze

Die Wahlzeit der Stadtratsmitglieder beträgt 5 Jahre.

Die Mitglieder des Stadtrats zum Stichtag 31.12.2014 waren:

Hans Wilhelm Stodollick	Bürgermeister
Rolf Möller	1. stv. Bürgermeister (SPD)
Arno Feller	2. stv. Bürgermeister (CDU)
Hugo Becker	SPD
Rüdiger Billeb	SPD
Brigitte Cziehso	SPD
Ulrich Eilert	SPD

7.2.1 Prüfbericht JA 2014  
Rechtliche Verhältnisse

Hans-Georg Fohrmeister	SPD
Hubert Groth	SPD
Rüdiger Haag	SPD
Michael Haustein	SPD
Holger Kahl	SPD
Klaus Lamczick	SPD
Christiane Mai	SPD
Martina Meier	SPD
Helga Mendrina	SPD
Lydia Müller	SPD
Martin Püschel	SPD
Achim Schwarz	SPD
Detlef Seiler	SPD
Siegfried Störmer	SPD
Uwe Walter	SPD
Martin Weiberg	SPD
Daniel Wolski	SPD
Annette Droege-Middel	CDU
Jochen Gefromm	CDU
Dirk Holstein	CDU
Herbert Jahn	CDU
Paul Jahnke	CDU
Andreas Kops	CDU
Günter Langkau	CDU
Karsten Niehues	CDU
Daniel Pöter	CDU
Marcel Schulz	CDU
Christoph Tölle	CDU
Dirk Wolf	CDU
Hans-Peter Bludau	GFL
Dr. Ulrich Böhmer	GFL
Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel	GFL
Jürgen Kleine-Frauns	GFL
Otto Korte	GFL
Wolfgang Manns	GFL
Andreas Mildner	GFL
Helmut Rosenkranz	GFL
Reinhard Zeiger	GFL
Ute Brettner	Bündnis '90/Die Grünen
Eckhard Kneisel	Bündnis '90/Die Grünen
Thomas Matthée	Bündnis '90/Die Grünen
Erika Roß	Bündnis '90/Die Grünen
Catrin Ebbinghaus	FDP
Dr. Roland Giller	FDP
Ralf Schaefer	Fraktion Piraten / Freie Wähler Lünen
Gabriele zum Buttell	Fraktion Piraten / Freie Wähler Lünen
Sandra Dee-Schülken	Fraktionslos
Mustafa Kurt	Fraktionslos

Der Stadtrat legt die Grundsätze für die Verwaltung der Stadt Lünen fest und entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten der Stadt. Er kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf den Bürgermeister oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten der Rates.

Der Stadtrat hat zur Vorbereitung seiner Beschlüsse folgende Ausschüsse aus seiner Mitte gebildet:

- Haupt- und Finanzausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Ausschuss für Bildung und Sport
- Ausschuss für Bürgerservice und Soziales
- Ausschuss für Kultur und Freizeit
- Ausschuss für Sicherheit und Ordnung
- Ausschuss für Stadtentwicklung
- Jugendhilfeausschuss
- Gemeindewahlausschuss
- Betriebsausschuss Zentrale Gebäudebewirtschaftung Lünen
- Ältestenrat
- Integrationsrat
- Behindertenbeirat
- Seniorenbeirat

(vgl. § 57 GO NRW)

Der Stadtrat überwacht die gesamte Verwaltung der Stadt und die Geschäftsführung des Bürgermeisters.

Der Bürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Lünen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl auf die Dauer von fünf Jahren gewählt.

Der Bürgermeister ist verantwortlich für die Vertretung der Stadt Lünen und die Leitung und Beaufsichtigung des Geschäftsganges der gesamten Verwaltung (§ 62 GO NRW)

## Bezüge der Organe

### Zuwendungen an die Fraktionen (§ 56 Abs. 3 GO)

gem. Haushaltsplan 2014

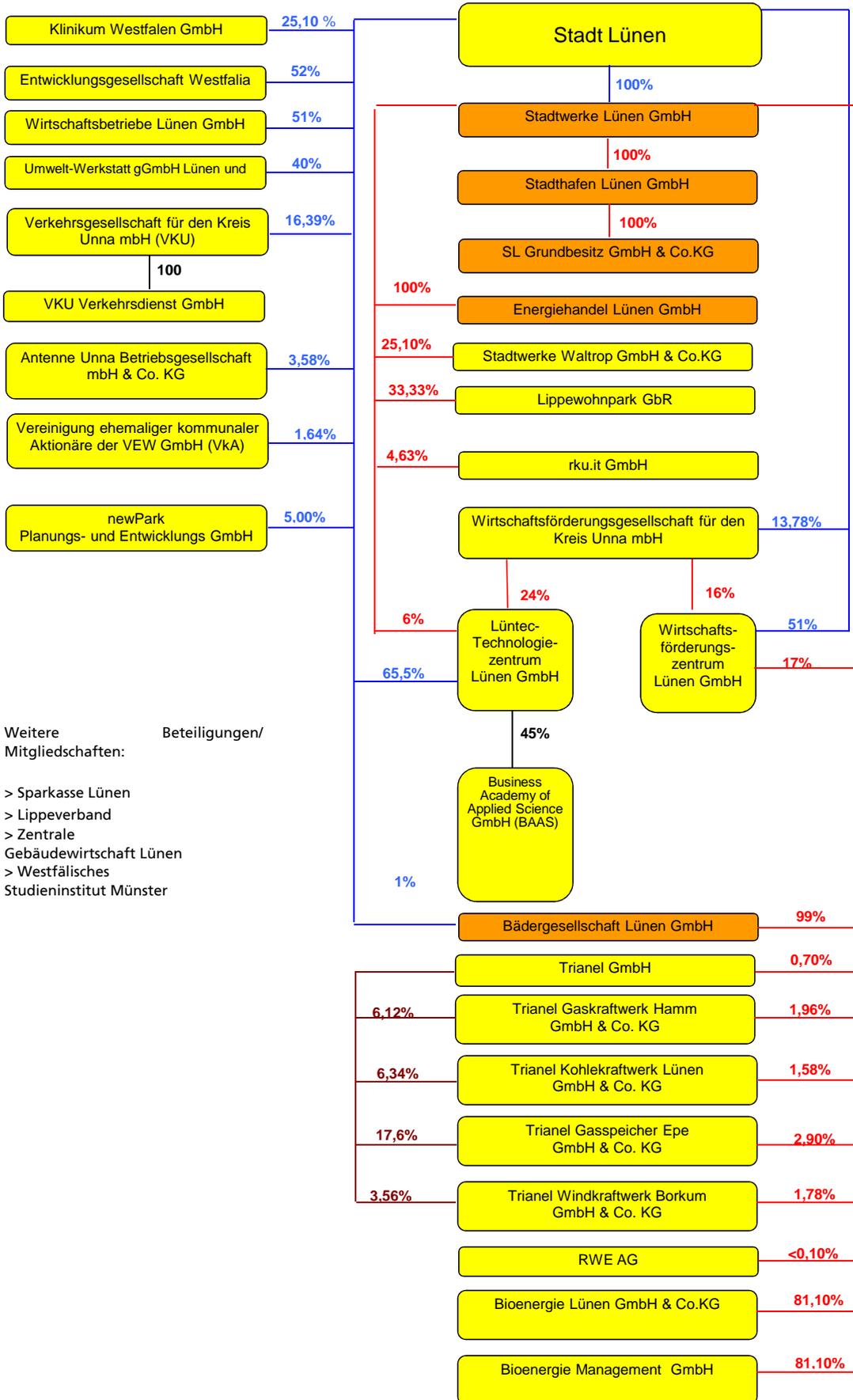
Fraktion	Zuwendungen
SPD	48.595,00 €
CDU	30.645,00 €
GFL	21.943,00 €
Bündnis 90 / Die Grünen	13.821,00 €
FDP	8.470,00 €
Piraten / Freie Wähler Lünen	8.470,00 €
Die Linke	2.823,33 €
Fraktionslos	800,00 €

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Bei der Stadt Lünen waren laut Stellenplan 2015 insgesamt 788 Bedienstete beschäftigt, davon

- 238 Beamte (Stichtag: 30.06.2014)
- 493 tariflich Beschäftigte (Stichtag: 30.06.2014)
- 57 Auszubildende, davon 15 Beamtenanwärter (Stichtag: 01.10.2014)

**Unternehmensübersicht (strukturiert nach Anteilsverhältnissen)**



**Zeit- / Maßnahmenplan Finanzdienste JAP 2014**

(Quelle: Prüfbericht 2014 der Rechnungsprüfung)

05.11.15

Ifd Nr	Bezeichnung der Themen	Handlungserfordernis	Umsetzungszeitpunkt	Bemerkung	neuer Umsetzungszeitpunkt
	<b>Maßnahmen zum JA 2015</b>				
1	<b>Anlagen im Bau</b>	Rechtzeitige Abstimmung und Plausibilisierung der Konten und Einbeziehung der Fachabteilung. (Zurverfügungstellung einer AiB-Liste, deren Bestände, Zu- und Abgänge mit der Saldenliste abgestimmt sind / Zurverfügungstellung einer maßnahmenbezogenen Liste), Überprüfung, ob aus Transparenzgründen je Konto eine Maßnahme gebucht werden kann	2013	<b>Maßnahmenbezogene Kontenstruktur - Abweichende Auffassung der Rechnungsprüfung Verplausibilisierungsliste - noch in Diskussion</b>	2015
4	<b>Anlagenspiegel/ Anlagennachweis</b>	Verplausibilisierung aller Werte der einzelnen Bilanzpositionen in Anlagenspiegel und Anlagennachweis und Berechnung der Restbuchwerte entsprechend der gesetzlichen Vorgaben bzw. Ausführungen in den Handreichungen zur GemHVO.	2013	Die Zuschreibungen wurden inzwischen in eine Spalte mit aufgenommen. Die im Anlagennachweis ausgewiesenen RBWe werden in der Spalte Abgang wieder subtrahiert, so dass das rechnerische Ergebnis der Afa-Spalten wieder stimmt. <b>Hinsichtlich der vorgefundenen Differenzen zwischen den RBWen in FIBU und ANBU ist ein Verplausibilisierungssystem zwischen FIBU und ANBU (ggf. mit der Fa. H+H) zu erarbeiten, einschließlich der Vornahme manueller Verplausibilisierungen. Der zum JA 2014 vorgelegte Anlagenspiegel und Sonderpostenspiegel differierte bei einigen Salden mit denen der Bilanz. Summierungen im Anlagenspiegel waren nicht korrekt.</b>	2015
5	<b>Kostenaufteilung auf Straßenabschnitte / Gehwege / Festwerte</b>	Aufteilungen von Kosten (z. B. im Zuge der Übernahme aus den AiB) auf Gehwege und Straßenabschnitte sind unter Angabe eines Aufteilungsschlüssels zu dokumentieren bzw. begründen.	2013	<b>Die aus den AiB entnommenen Kosten werden unter Angabe eines Aufteilungsschlüssels tabellarisch nachvollziehbar dargestellt. Die aufgrund dieser Investition auszubuchenden bzw. sich ändernden Straßenabschnitte werden nicht tabellarisch, sondern in Prosa dargestellt. Eine Verplausibilisierung von Werten ist damit nicht möglich, ebenso keine Prüfung in einem angemessenen Zeitraum. Unmittelbare Gegenüberstellung von alten abgängigen und neuen zugängigen Straßenabschnitten unter Ausweis der Restbuchwerte.</b>  <b>Maßnahme noch in Arbeit.</b>	2015
6	<b>Aufteilung von Zuwendungen auf Straßenabschnitte / Gehwege / Festwerte</b>	Aufteilungen bzw. Zuordnungen von Zuwendungen auf Gehwege und Straßenabschnitte und Festwerte sind unter Angabe eines Aufteilungsschlüssels zu dokumentieren bzw. begründen.	2013	s. Pkt. 5  <b>Maßnahme noch in Arbeit.</b>	2015
7	<b>Aufteilung von Straßenbaubeiträgen auf Straßenabschnitte / Gehwege / Festwerte</b>	Aufteilungen bzw. Zuordnungen von Beiträgen auf Gehwege und Straßenabschnitte und Festwerte sind unter Angabe eines Aufteilungsschlüssels zu dokumentieren bzw. begründen.	2013	s. Pkt. 5 <b>Abläufe sind transparent und prüffähig (u.a. prozessintegriert) zu dokumentieren</b> <b>Maßnahme noch in Arbeit.</b>	2015

Ifd Nr	Bezeichnung der Themen	Handlungserfordernis	Umsetzungszeitpunkt	Bemerkung	neuer Umsetzungszeitpunkt
10	Grundstücke des Anlagevermögens	Grundstückszu- und -abgänge sind gegenüberzustellen um das Anschaffungskostenprinzip prüfen zu können	2013	<b>Systematik muss technisch prüfbar und zu verplausibilisieren sein. Es muss ein Bezug von den Buchungen auf dem Konto zur begründenden Unterlage geben und umgekehrt. Angabe von Buchungssätzen in den begründenden Unterlagen. (2015) Umstellung der zurzeit angewandten Buchungssystematik. (2016)</b>  Maßnahme noch in Arbeit.	2015/2016
12	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	Darstellung der Zusammensetzung der Bestände und Bewegungen (entsprechend Formblatt der RP) sowie Abgleich mit BAB's bzw. Gebührekalkulationen	2013	<b>Formblätter über Entwicklung der Über- und Unterdeckungen sollen ab 2015 vorgelegt werden.</b>	2015
17	Debitorische Kreditoren/Kreditorische Debitoren	Unterscheidung zwischen Stornobuchung und Überzahlungen. Künftig keine Differenzberechnungen zwischen Vorjahr und aktuellem Jahr mehr, sondern Umgliederung der negativen Verbindlichkeiten und Forderungen im akt. Jahr und Rückbuchung Anfang des Folgejahres. Beifügung von begründenden Unterlagen.	2013	<b>Umstellung der Buchungssystematik ist erfolgt, indem nicht mehr die Differenzen gebucht werden sondern der Bruttosummen gebucht werden. (erl.) Der Inhalt der offenen Posten muss dahingehend analysiert werden, ob es sich um Überzahlungen oder Gutschriften handelt (deb.Kred. bzw. kred. Deb.) oder aber um Stornobuchungen bzw. Zahlungen zu denen lediglich die Forderungs- bzw. Verbindlichkeitsbuchung fehlt. In diesem Fall handelt es sich nicht um deb. Kred. bzw. kred. Deb.</b>	2015
18	Liquiditäts- und Investitionskredite/ Tilgungen und Zinsen	Zurverfügungstellung von Verträgen als Begründung der Kreditaufnahmen. Beibringung von Unterlagen bzgl. Zins- und Tilgungszahlungen. (Wenn möglich zur Buchung einscannen)	2013	<b>Kreditverträge und Tilgungsplan wurden den Prüfunterlagen beigelegt. Es fehlen noch Zinsplan und Saldenbestätigungen der Banken. Den Zinsaufwendungen für Investitionskredite müssen Belege analog denen der Liquiditätskredite hinterlegt werden.</b>  Maßnahme noch in Arbeit.	2015
19	Tilgungen für Existenzgründerdarlehen	Aufklärung der Buchungen und der fehlenden zugehörigen Darlehen	2013	<b>Maßnahme noch in Arbeit</b>	2015
21	Verbindlichkeiten-/Forderungssammelkonten und Personenkonten	Prüfung, ob ein systematischer technischer Abgleich erfolgt. Vorlage des abgestimmten Ergebnisses.	2013	<b>systemintegrierte Prüfung Prozessbeschreibung Dokumentation Maßnahme noch in Arbeit</b>	2015
22	Periodenabgrenzung im Jugendbereich	Wesentliche Beträge hinsichtlich ihrer Periodenzugehörigkeit bei der Fachabteilung hinterfragen bzw. künftig Vorgaben zur Erkennbarkeit machen.	2013	<b>systemintegrierte Prüfung Prozessbeschreibung Dokumentation Maßnahme noch in Arbeit</b>	2015
23	Stellplatz"rücklage"	Zuführung der Darlehenstilgungen <b>erfolgsneutral</b> von den Ausleihungen auf ein Verbindlichkeitenkonto, da Verwendung der Mittel für Stellplatzverpflichtungen. Buchungslösung erarbeiten.	2013	<b>Maßnahme noch in Arbeit.</b>	2015
25	Ausbaufähige Erläuterung und Analyse der produktorientierten Ziele und Kennzahlen	Die Stadt Lünen ist inzwischen einem Vergleichsring beigetreten. Hierdurch gewonnene Erkenntnisse sollten dargestellt werden.	2013	<b>Maßnahme noch in Arbeit.</b>	2015
28	Handvorschüsse / Barkassen	Überarbeitung des Verfahrens zum Nachweis der Handvorschüsse; Stand zum 31.12. des HJ ist jeweils aktuell anzugeben. Die Existenz und der Bestand sämtlicher Handvorschusskassen zum Abschlussstichtag sind zu dokumentieren.	2014	<b>Maßnahme noch in Arbeit.</b>	2015
29	Forderungen	Sicherstellung einer GoB-konformen Buchung der Forderungen. So wurden beispielsweise Forderungen gegen die Stadt selbst gebucht. Laut 6. Handreichung zu § 41 GemHVO (S. 2.925) sind jedoch nur Forderungen gegen Dritte zu bilanzieren. Der Ansatz einer gemeindlichen Forderung gegen die Gemeinde, also gegen sich selbst, ist unzulässig. Hier muss vom System her sichergestellt werden, dass dies in Zukunft nicht mehr notwendig bzw. möglich ist.	2014	<b>Die Umsetzung erfordert umfangreiche Vorarbeiten; daher wurde eine Umsetzung für das Haushaltsjahr 2017 vereinbart. Diese Forderungen sollten dann über die Interne Leistungsverrechnung dargestellt werden.</b>	2017

Ifd Nr	Bezeichnung der Themen	Handlungserfordernis	Umsetzungszeitpunkt	Bemerkung	neuer Umsetzungszeitpunkt
34	<b>Weitergeleitete investive Zuwendungen an gemeindliche Betriebe (hier ZGL) oder Zuwendungen mit mehrjähriger Gegenleistungsverpflichtung mit Anspruch bei Nichterfüllung / Ausleihungen</b>	Analyse und Neustrukturierung der Buchungsvorgänge. In nebenstehenden Fällen handelt es sich um zu bilanzierende Ausleihungen. Eine Abschreibung der Ausleihungen muss analog der beim Betrieb bilanzierten VG oder der Zeit, für die die Gegenleistungsverpflichtung besteht, erfolgen.	2014	<b>Maßnahme noch in Arbeit</b>	2015
36	<b>Zins- und Steuerverbindlichkeiten</b>	Ausweis unter den "sonstigen Verbindlichkeiten"	2014	<b>Maßnahme noch in Arbeit</b>	2015
37	<b>Mieten und Nebenkosten</b>	Änderung der buchhalterischen Abwicklung. Nebenkosten: bereits unterjährige Darstellung des Aufwands: Buchung der monatlichen Abschläge im Aufwand unter den jew. Produkten ( <b>Einrichtung einer Dauerbuchung</b> ). Bei Endabrechnung Korrektur der jeweiligen Konten. Mieten: Buchung der monatlichen Miete im Aufwand unter den jew. Produkten ( <b>per Dauerbuchung</b> ). Bei Endabrechnung Korrektur der jeweiligen Konten (Gebäudegruppe 17 bis 24 werden nach Aufwand endabgerechnet). Keine Umbuchung auf ein anderes Aufwandskonto.	2014	<b>Bei den Mieten erfolgen bereits unterjährige Buchungen im Aufwand. Bei den Nebenkosten ist eine Umstellung ab 2015 erfolgt. (2014 noch unterjährige Buchung auf dem 39er Konto (Verb.) und Umbuchung in den Aufwand am Jahresende) Die Mieten sollen weiterhin in monatlichen Abschlägen gezahlt werden.</b>  <b>Kann ab 2015 unter den erledigten Maßnahmen ausgewiesen werden.</b>	2015
38	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	Buchungen erfolgen nicht GoB-konform. Buchungen hinsichtlich von RAP's grundsätzlich und einheitlich regeln (unter Kenntnis aller Beteiligten).	2014	<b>Die unterschiedlichen Buchungssystematiken bei gleichen Sachverhalten wurden als systemimmanent dargestellt. Zu klären ist auch noch die Buchungssystematik der Erträge und passiven RAP's der Grabnutzungsgebühren.</b>	2015
39	<b>Sonderposten</b>	Auflösungen von Sonderposten analog Abschreibungen vornehmen: Bei Vornahme von Afa bis auf einen Restbuchwert von 1,- € bleibt bei Sonderposten ebenfalls ein Restbuchwert von 1,- € bestehen.	2014	<b>Maßnahme noch in Arbeit.</b>	2015
40	<b>Zins- und Tilgungsleistungen von ZGL</b>	Bilanzierung der ZGL-Kredite, Tilgungen und Zinsen, die von ZGL erstattet werden, Analog der Vorgehensweise SAL unter den Ausleihungen. (S. Handreichungen S. 1312) Damit Wahrung des Bruttoprinzips (keine Minusbuchungen im Soll auf dem Zinsaufwandskonto und keine Minusverbindlichkeitsbuchung im Haben für einen Vorgang, der eine Forderung darstellt) Hierdurch Vermeidung des Ausweises von negativen Verbindlichkeiten am Jahresende (bei Fälligkeiten im neuen Jahr) und damit Vermeidung eines debitorischen Kreditors. Außerdem Schaffung von Transparenz und gleiche Behandlung gleicher Vorgänge.	2014	<b>Maßnahme noch in Arbeit.</b>	2015
41	<b>Offene-Posten-Liste debitorische Kreditoren und kreditorische Debitoren</b>	Beibringung von OP-Listen als begründende Unterlagen, die alle einzelnen OP's ausweisen, die als deb. Kreditoren bzw. kred. Debitoren umgebucht werden, so dass ein Abgleich und Nachvollzug mit der Buchhaltung erfolgen kann.	2014	<b>OP-Liste wurde zum JA 2014 nachgereicht. Es muss eine Analyse des Inhalts erfolgen, ob es sich tats. um deb. Kred. bzw. kred. Deb. handelt. (s. Pkt. 17)</b>	2015
42	<b>Anlagenspiegel/ Anlagennachweis</b>	Umbuchungen von Straßenabschnitten und die Ausbuchung alter Restbuchwerte werden im Anlagennachweis intransparent und nicht nachvollziehbar dargestellt. Ein Vorgang wird über 3 Zeilen dargestellt. Die Buchungsdarstellungen sollen mit H+H geklärt werden.	2014	<b>Maßnahme noch in Arbeit.</b>	2015
44	<b>Ergebnisrechnung § 38 GemHVO Abs. 2 u. 3</b>	Es sind die fortgeschriebenen Planansätze des Haushaltsjahres und die übertragenen Ermächtigungen nach § 22 Abs. 1 in der Ergebnisrechnung gesondert auszuweisen (§ 22 Abs. 4 S. 2 GemHVO) (vgl. 6. Handreichung S. 2.740) Zur Erhöhung der Transparenz empfiehlt die Rechnungsprüfung die Erstellung einer sog. "erweiterten Ergebnisrechnung" (vgl. 6. Handreichung S. 2.743).	2014	<b>Ermächtigungsübertragungen sind gesondert auszuweisen. Maßnahme noch in Arbeit</b>	2015
45	<b>Finanzrechnung § 39 GemHVO</b>	Für die Aufstellung der Finanzrechnung finden § 3 und 38 Abs. 2 GemHVO entsprechende Anwendung (analog der Ergebnisrechnung).	2014	<b>Ermächtigungsübertragungen sind gesondert auszuweisen. Maßnahme noch in Arbeit</b>	2015
46	<b>In-Kraft-Setzung der Inventurrichtlinien</b>	Anpassung und In-Kraft-Setzung der Inventurrichtlinien	2014	<b>Maßnahme noch in Arbeit.</b>	2015
47	<b>Inventur (Straßen)</b>	1. 20 % der Straßenfläche noch in 2014 2. rollierende Inventur mit jeweils 20 % p.a. Sicherstellung der Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur	2014 - 2018 dann rollierend		2014 - 2018 dann rollierend
48	<b>Inventur (allgemein)</b>	Koordinierung einer rollierenden Folgeinventur, Erlass von entsprechenden Inventurvorschriften und fachliche Begleitung der handelnden Fachabteilungen	2015 - 2019 dann rollierend		2015 - 2019 dann rollierend

Ifd Nr	Bezeichnung der Themen	Handlungserfordernis	Umsetzungszeitpunkt	Bemerkung	neuer Umsetzungszeitpunkt
49	Inventur/Begründende Unterlagen	Im Rahmen der Inventur wurden die Anschaffungswerte auf die neuen Straßenabschnitte aufgeteilt. Darstellung der Forführung dieser Anschaffungswerte für die vergangenen und für das aktuelle Haushaltsjahr (planmäßige Afa, außerplanmäßige Afa, Zuschreibungen) und Ausweis der Restbuchwerte auf deren Grundlage die Berechnungen beruhen, so dass die Werte in den begründenden Unterlagen hinsichtlich ihrer Richtigkeit nachvollzogen und mit der Buchhaltung abgeglichen werden können.	2014	Abweichende Auffassung der Rechnungsprüfung	
50	Wertaufholungen auf in vergangenen Jahren außerplanmäßig abgeschriebenen Straßen/ Begründende Unterlagen	Darstellung der Anschaffungskosten, Darstellung der in den vergangenen Jahren erfolgten planmäßigen Afa und der Sonderafa, Darstellung des RBW's des Vorjahres, Darstellung der planmäßigen Afa des aktuellen Haushaltsjahres, Darstellung des RBW's (Zwischenwert), Darstellung der aAfa aufgrund der Zustandsklasse. Darstellung des RBW's. Darstellung der Zuschreibung auf diesen Wert, da Anschaffungskosten in den Vorjahren auf 1,- € abgeschrieben wurden. Begründende Unterlagen sollten nachvollziehbar bzw. nachberechenbar und mit der Buchhaltung übereinstimmen.	2014	Maßnahme noch in Arbeit.	2015
51	Prozess der Jahresabschlusserstellung	Abstimmung der Konten, Darstellung der Mitwirkung der Fachabteilungen, rechtzeitige Einbeziehung der Fachabteilung, Visualisierung der Geschäftsprozesse	2014	aufgrund personeller Engpässe im Bereich 0.91 war die Umsetzung bereits gefährdet - nun ist auch 0.6 durch einen Personalverlust nicht mehr in der Lage diesen wichtigen Punkt in 2015 abzudecken	2014 - 2016
52	Herstellen der Prüfbereitschaft	Eng mit Punkt 51 geht das Herstellen der Prüfbereitschaft einher. Den expansiven Entwicklungen von Prüfungszeiten in der Jahresabschlussprüfung kann nur durch einen Qualitätszuwachs hinsichtlich des vorzulegenden Prüfobjektes begegnet werden. Die hierzu notwendigen Punkte (z.B. alle Buchungen erledigt, alle Gebührenrechnungen fertig, alle entsprechenden Sonderposten gebucht, systemintegrierte Plausibilitätsprüfungen und Abgleiche durchgeführt und dokumentiert, proaktiver Fehlerumgang, transparente Gestaltung der Buchungssystematik (enger an den GoBs - nahezu keine Minusbuchungen mehr - Bruttoprinzip), prüffähige Gestaltung von zu verarbeitenden Massendaten, Durchsetzen von inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben einer Jahresabschlusserstellung in zum JA notwendigerweise zuarbeitenden Bereichen (z.B. DRK im Bereich Rettungsdienstgebühren oder Straßenbau im Bereich Instandhaltungsrückstellungen, Sonderabschreibungen, Inventur), etc.	2014	Es ist zwischen dem Kämmerer und der Rechnungsprüfung abgestimmt, dass die Jahresabschlussprüfung 2014 erst beginnen kann, wenn die Prüfbereitschaft vollends hergestellt ist. Also ein vollendeter Jahresabschluss mit entsprechender Dokumentation vorgelegt wurde.	
54	Struktur der Buchhaltung	Kontenpflege (auch PK), aussagefähige Kontenbezeichnungen (Bilanzklarheit), Dokumentation aller Buchungen, Dokumentation der Bilanzposition	2015		2015
55	Straßenbaubeiträge	Die buchhalterische Abwicklung von Beiträgen muss neu geregelt werden. In diesem Zshg. ist auch zu klären, warum das Konto "Beitragsforderungen" nicht bebucht wird.(Es werden "Verwahrgelder" gebucht. (s. u.))	2015		2015
56	Umlegungsverfahren/ Wertausgleichzahlungen	Darstellung bzw. Dokumentation sowie Bilanzierung und Bewertung von Umlegungsverfahren muss erarbeitet werden.	2015		2015
57	Grundstücke des Umlaufvermögens	Darstellung bzw. Dokumentation sowie Bilanzierung und Bewertung muss erarbeitet werden.	2015		2015
58	Abbruchkosten	Darstellung in den Rechnungen durch die Fachabteilung / Buchung als Aufwand	2015		2015
59	Sonderposten/ Kontenverknüpfungen	Sonderposten sollen künftig nicht mehr gegen privatrechtliche, sondern öffentlich-rechtliche Forderungen gebucht werden. (einheitliche Buchungsweise muss geprüft werden)	2015		2015
60	Verwahrgelder / Konten der Kontengruppe 39 und 37	Verwahrgelder gibt es nicht mehr. Die Konten der Kontengruppe 37 und 39 müssen hinsichtlich ihres Inhaltes analysiert, neu strukturiert und den richtigen Bilanzpositionen zugeordnet werden.	2015		2015
61	Rechnungsabgrenzungsposten Friedhofsgebühren	Jährliche Auflösungen und Zuführungen buchen. Prüfung, ob durch Einbindung der Anlagenbuchhaltung Auflösungen automatisiert werden können.	2015		2015
62	Rechnungsabgrenzungsspiegel	s. J-Laufwerk: "Jahresabschlussunterlagen 2013 "Anforderungsliste mit Anlagen für die Darstellung von Vermögensbewegungen\ Rechnungsabgrenzungsspiegel" bzw. Handreichung zur GemHVO	2015		2015
63	Rückstellungsspiegel	Muster s. S. 2.602 u. 2.603 Handreichung 6. Auflage zur GemHVO	2015		2015
64	Unterhaltungsvorschusskasse	Neustrukturierung der Buchungen einschl. Einrichtung zentrales Mahnwesen gem. Prüfbericht vom 19.12.2013	2015		2015
65	Kulturbüro	Neustrukturierung der Buchungen einschl. Einrichtung zentrales Mahnwesen gem. Prüfbericht vom 14.02.2014	2015		2015
66	Risikomanagement	Einführung eines Risikomanagementsystems, ggf. Neueinrichtung eines Projektes	2016		2016
(67)	Personalmanagement	Die Zuständigkeit für die Umsetzung von Prüfeempfehlungen aus dem Prüfbericht IKS - Personal fällt ausdrücklich nicht in den Verantwortungsbereich des Kämmerers. Im Rahmen der vollständigen Erfassung und zur Vorbereitung von Nachbereitung und Evaluation ist an dieser Stelle dennoch auf die herausgearbeiteten Optimierungspotentiale zu verweisen. Dies ist insbesondere der Fall, da eine Evaluationsvereinbarung, i.S. einer Vereinbarung von Zielen, Umsetzungen und Zeitzielen, zwischen dem Personalbereich und der Rechnungsprüfung auch teilweise nicht getroffen werden konnte.	2015	Der Zeit- und Maßnahmenplan zum Prüfbericht IKS-Personal ist nachfolgend als Anlage 7.2.3.1 beigefügt.	
68	Anlagenbuchhaltung/ Buchung von Straßenabschnittsplittungen im Rahmen der Inventur	Umstellung der Anlagenbuchungen ist erforderlich, so dass unter den Anschaffungskosten in der Anlagenbuchhaltung analog den begründenden Unterlagen die historischen Anschaffungskosten ausgewiesen werden und von hier aus ausgehend die Afa vorgenommen werden. Bei den Sonderposten ist analog zu verfahren.	2015	Das Problem wurde als systemimmanent dargestellt. In einem Schreiben wurde der Softwarefirma das Problem mitgeteilt und diese Verfahrensweise beanstandet.	

Ifd Nr	Bezeichnung der Themen	Handlungserfordernis	Umsetzungszeitpunkt	Bemerkung	neuer Umsetzungszeitpunkt
69	Berechnung der Zustandsklassen bei Straßen	Prüfung des Verfahrens der Vornahme von Zustandsklassenabschlägen im Rahmen der Straßeninventur, ob angeandtes Verfahren in Abweichung von der EB-Richtlinien beibehalten werden kann.		<b>Die Berechnung der Zustandsabschläge erfolgt auf Basis des Restbuchwertes. Gem. EB-Richtlinien erfolgt die Ermittlung der Zustandsklassen auf Basis der Herstellungskosten.</b>	
70	Inventurrichtlinie/ Sonderrichtlinie	Inkraftsetzung der Inventurrichtlinien und Prüfung, ob für bestimmte Inventurgebiete eine Sonderrichtlinie erforderlich ist	2015	<b>Inventurrichtlinien wurden von externem Unternehmen erarbeitet und liegen im Entwurf vor. Das Gutachten empfiehlt eine Prüfung, ob aufgrund von zu beachtenden fachlichen Besonderheiten Sonderrichtlinien erforderlich sind.</b>	
71	Bilanzierungsrichtlinie	Erarbeitung von Bilanzierungsrichtlinien als Grundlage für Inventurrichtlinie	2016	<b>Das o. g. Gutachten empfiehlt die Erstellung von Bilanzierungsrichtlinien als Grundlage für die Inventurrichtlinie</b>	

**Zeit- / Maßnahmenplan Finanzdienste JAP 2014** (Quelle: Prüfbericht 2014 der Rechnungsprüfung)

lfd Nr	Bezeichnung der Themen	Handlungserfordernis	Umsetzungszeitpunkt	Bemerkung	neuer Umsetzungszeitpunkt
	<b>Maßnahmen zum JA 2014</b>				
2	<b>Zuwendungen für Anlagen im Bau</b>	Zuwendungen für Anlagen im Bau sollen künftig unter erhaltene Anzahlungen unter der Bilanzposition 4.8 "Erhaltene Anzahlungen" ausgewiesen werden. Bisherige Buchungen unter den AiB-Sopos müssen umgebucht werden.	2013	erledigt	-
3	<b>Anlagevermögen</b>	Rechtzeitige Abstimmung und Plausibilisierung der Konten und Einbeziehung der Fachabteilung (Zurverfügungstellung einer maßnahmenbezogenen Investitionsliste)	2013	<b>Abläufe sind transparent zu dokumentieren - Maßnahmenbezogene Liste wird vorgelegt - Plausibilisierungsliste noch in Diskussion (s. Pkt. 1)</b>	2014
8	<b>Rückstellungen und aAfa Straßen</b>	Rechtzeitige Bereitstellung der maßnahmenbezogenen Daten und jährlichen Veränderungen (Auflösungen, Inanspruchnahmen, Wertaufholungen) mit begründenden Unterlagen zum Zeitpunkt des Prüfbeginns	2013	erledigt	2014
9	<b>Rückstellungen für ausstehende Rechnungen bereits fertiggestellter Maßnahmen</b>	Künftig sollen für ausstehende Rechnungen bereits fertiggestellter Maßnahmen Rückstellungen gebildet werden. Im Jahresabschluss 2012 wurde erstmalig so verfahren. Weitere Handhabung muss sichergestellt werden.	2013	-> <b>Dokumentation der Maßnahmen zur Sicherstellung der vollständigen Rückstellungserfassung</b> -> <b>Wiedervorlagensystem</b> -> <b>Prozessbeschreibung erstellen.</b>  <b>Prozess wurde mündlich dargestellt.</b>	2014
11	<b>Grundstücke des Anlagevermögens</b>	Nutzungsänderung verbunden mit Wertminderung aAfa  Flächenänderungen sind lediglich als Zu- bzw. Abgang zu buchen und bedingen keine aAfa. Die Grundstücke sind flurstücksgenau mittels einer von 4.2 zur Verfügung gestellten Veränderungsliste zu analysieren.	2013	<b>Bewertungssystematik musste geändert werden. Wertmäßig Wesentliche in 2013 erfasst.</b>  <b>Abgänge werden als Wertveränderungen auf Sachanlagen gebucht und Wertminderungen als aAfa</b>	2014
13	<b>Rückstellungen/ Auflösung oder Inanspruchnahme</b>	Zurverfügungstellung von begründenden Unterlagen, aus denen hervorgeht, ob es sich um eine Inanspruchnahme oder um eine Auflösung einer RST handelt und Vornahme einer entsprechenden Buchung, entweder ergebniswirksam oder -neutral. Um eine ergebnisneutrale Buchung vornehmen zu können, muss das Rückstellungskonto mit einem Finanzkonto verknüpft werden.	2013	erledigt	2014
14	<b>Rückstellungen/ Bruttobuchungen</b>	Künftig grundsätzliche Buchung der Rückstellungen nach dem Bruttoprinzip. Keine Verrechnung von Zuführungen und Auflösungen. Zuführungen (Aufwendungen) und Auflösungen (Erträge) bzw. Inanspruchnahmen (RST gegen Finanzkonto) jeweils <b>als eine separate Buchung durchführen</b> . Keine GoB-fremden Buchungen mehr durchführen. (Auch <b>keine Aufwandsbuchungen im Haben oder Ertragsbuchungen im Soll</b> ) und Einrichtung klarer Kontenbezeichnungen. (Transparenz und Bilanzklarheitsgebot einhalten)	2013	erledigt	2014
15	<b>Pensionsrückstellungen, die von ZGL erstattet werden</b>	Künftig keine Verrechnung von Rückstellungen mehr. Es müssen Bruttobuchungen erfolgen. Getrennt Forderung gegen Ertrag und Rückstellung gegen Aufwand buchen.	2013	erledigt	-
16	<b>Brandschutzrückstellung</b>	Klärung mit ZGL, ob diese noch gebildet werden müssen. Wenn ja, Einhaltung des Bruttoprinzips.	2013	erledigt	-
20	<b>Nachweise über verwendete Pauschalen, Ausbau- und Erschließungsbeiträge</b>	Erstellung einer kontenbezogenen Übersichtstabelle über verwendete Pauschalen, Ausbau- und Erschließungsbeiträge	2013	<b>Verwendungen wurden zur Entnahmebuchung dokumentiert.</b>	-
24	<b>Klärungsliste Jahresabschluss 2011</b>	Abarbeitung der Klärungsliste zum Jahresabschluss 2011	2011	<b>Einzelne Punkte werden von Rechnungsprüfung je nach Schwerpunktprüfungen wieder aufgegriffen bzw. sind bereits Inhalt der aktuellen Maßnahmenkatalogs.</b>	-
26	<b>Erneuerung Straße, wenn alte vorher nicht außerplanmäßig abgeschlossen wurde</b>	Ausbuchen der alten Straße mit "Wertveränderungen auf Sachanlagen" und Aktivierungsbuchung für neue Straße.	2014	erledigt	-

Ifd Nr	Bezeichnung der Themen	Handlungserfordernis	Umsetzungszeitpunkt	Bemerkung	neuer Umsetzungszeitpunkt
27	<b>Neuberechnung der Beihilferückstellungen</b>	Anwendung des Wahlrechts gem. § 36 Abs. 1 GemHVO im Hinblick auf die Berechnungsmethode für Beihilferückstellungen	2014	erledigt	
30	<b>Anlagenabgänge, aAfa</b>	Zukünftig ist der Grund des Abgangs bzw. der aAfa in der Anlagenbuchhaltung im Buchungstext anzugeben. Die Anlagenabgänge sind künftig nicht mehr als aAfa sondern als Anlagenabgänge (= ("Wertveränderungen auf Sachanlagen") zu buchen.	2014	erledigt	-
31	<b>Grundstücke des Anlagevermögens</b>	Grundstück wird kleiner: Anlagenanbgang (Wertveränderung auf Sachanlagen) Programmierung durch H+H erforderlich	2014	erledigt	-
32	<b>Planungs- Vermessungs- bzw. Ingenieurrechnungen</b>	Sollen künftig getrennt für jedes Objekt gestellt werden um diese aktivieren zu können. (Vereinbarung bei Beauftragung)	2014	erledigt	-
33	<b>Sonstige Sonderposten</b>	Schenkungen, Spenden und Zuwendungen privater Dritter werden künftig unter den sonstigen Sonderposten ausgewiesen.	2014	erledigt	-
35	<b>Von 3.6 an Vereine weitergeleitete Sportpauschalen</b>	Buchungsstruktur muss erarbeitet werden, aussagefähige Unterlagen, die die Buchungen bilanzrechtlich begründen, müssen den Buchungen hinterlegt werden.	2014	erledigt	-
43	<b>NKFWG § 43 Abs. 3 GemHVO</b>	Gem. § 43 Abs. 3 GemHVO sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Abs. 1 GO (Vermögensgegenstände, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braut) sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Es gibt hier zwei Sichtweisen: 1. Sämtliche Erträge und Aufwendungen aus Anlagenabgängen sind mit der allg. Rücklage zu verrechnen, unabhängig, welche Gründe dahinterstehen. Diese sog. vermögensbezogene Sichtweise schließt auch die Anlagenabgänge bei Wiederbeschaffung von Vermögensgegenständen ein.  2. Andererseits wird die Auffassung vertreten, dass eine aufgabenbezogene Sichtweise sachgerechter erscheint. § 43 Abs. 3 GemHVO i. V. m. § 90 Abs. 3 GO sieht vor, dass Geschäfte der laufenden Verwaltungstätigkeit, wie beispielsweise Erträge oder Aufwendungen aus der Ersatzbeschaffung eines Pkw weiterhin Auswirkungen auf das Ergebnis der Gemeinde haben. Insofern sind Verluste oder Gewinne aus diesen Geschäftsvorfällen weiterhin über die Ergebnisrechnung zu buchen. Unseres Erachtens scheint die letzere Auffassung sachgerechter und mit der Gesetzesbegründung zum NKFWG eher in Einklang zu stehen. Welche Vorgehensweise gewählt wird, sollte im <b>Anhang</b> dargestellt werden.	2014	erledigt	-
53	<b>zukunftsfähige, systematische Sicherstellung der fachlichen Personalnachfolge</b>	fachlicher Aufbau von Nachwuchskräften, zielgerichtete Schulung neuen Personals (Bilanzbuchhalter, BWL, Einzelthemen)	ab 2014	<b>Bereits zum Februar 2015 soll eine entsprechende Stelle in der Rechnungsprüfung (weitere Personalfluktuaton) besetzt werden. Eine Ausschreibung erfolgte bislang nicht, so dass der Zeitplan gefährdet erscheint.</b>	ab 2015

**Zeit- und Maßnahmenplan zum Prüfbericht – Personal in Anlehnung an Punkt 3.1 des Prüfberichtes**

Nr.	Handlungsfeld Bericht S. 30 - 32	Maßnahme	Zeitziel	Bemerkung 8.1 - Stand 11.02.2015	Bemerkung 0.6 – Stand 04.11.2015
1	Aktualisierung der Stellenbeschreibungen	Aktualisierung bei Aufgabenänderung	laufend		
2	Dokumentation der Bearbeitungsdauer und Eingangsbestätigungen im Bereich Sachbearbeitung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ermittlung der Quantität der Anfragen</li> <li>- Auswertung der ermittelten Ergebnisse</li> <li>- Bewertung und Entscheidung</li> </ul>	<p>&gt; ab 01.02.2015 über einen Zeitraum von 3 Monaten</p> <p>&gt; vor Sommerpause</p>		Keine Information über den Umsetzungsstand
3	Optimierung der bisherigen Praxis der Dienstreiseanträge	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fahrauftrag - Überarbeitung des Vordruckes unter Berücksichtigung der von 0.6 gewünschten Zielrichtung wurde am 20.01.2015 in Auftrag gegeben</li> <li>- Dienstreiseantrag - Überprüfung, ob eine Optimierung unter Anwendung der rechtliche Norm (Landesreisekostengesetz NRW) möglich ist</li> </ul>	<p>&gt;Einstellung im Intranet März 2015</p> <p>&gt;Entscheidung über Umsetzung nach rechtlicher Prüfung 1. Halbjahr 2015</p>		Keine Information über den Umsetzungsstand
4	Einarbeitungskonzept	Überarbeitung eines vorliegenden Einarbeitungskonzeptes unter Berücksichtigung der Gegebenheiten der Abteilung 8.1	> wurde begonnen Fertigstellung Ende März	Die Ergebnisse der Beschäftigtenkonferenz vom 02.12.2014 zum Thema „Willkommenskultur der Gesamtverwaltung“ erfordern gfls. Änderungen	Keine Information über den Umsetzungsstand

5	Risikobeurteilung Jobcenter	Durchführung einer Risikobeurteilung mit dem zuständigen Controller	<ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Termin mit Controller an 10.02.2015</li> <li>&gt; Kostenvolumen ist ermittelt</li> <li>&gt; Rückmeldung des Kreises Unna als zuständige Behörde über weitere Vorgehensweise soll nach Aussage des zuständigen Abteilungsleiters Herrn Gutzeit Ende Januar erfolgen</li> <li>&gt; Vorortberatung der Mitarbeiterschaft gemeinsam mit dem Personalrat im Februar</li> </ul>		<p>Mit den MitarbeiterInnen des Job-Centers scheint Einigkeit erzielt worden zu sein, wer zum Kreis UN wechselt. Die anderen MA scheinen weitestgehend in Stellen bei der Stadt Lünen eingewiesen worden zu sein.</p> <p>Offizielle Informationen sind nicht erfolgt. Daher kann auch nicht beurteilt werden, ob und ggf. mit welchem Ergebnis vor bzw. während des Umsetzungsprozesses eine Risikobeurteilung mit dem zuständigen Controller stattgefunden hat.</p>
6	Personalentwicklungskonzept	Erstellung eines Personalentwicklungskonzeptes Bereits vorhandene Elemente der Personalentwicklung werden einbezogen (s. Anlage 1) Aufaktgespräch hat am 08.01.2015 stattgefunden	<p>September 2015</p> <p>gfls. Information zu Zwischenständen im HuFa</p>		Keine Information über den Umsetzungsstand

7	Demographie	Siehe Nr. 6, 8, 9		Die Bewertung der Auswirkungen des demographischen Wandels ist zentrale Grundlage für Entscheidung über die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung nicht nur im Bereich Personal. Sie finden sich daher u.a. in den Themenbereichen Personalentwicklung, Personalkostenmanagement und Personalmarketing wieder.	Keine Information über den Umsetzungsstand
8	Beitrag zum Personalkostenmanagement	Die Verfahren und Instrumente für eine fundierte Produkt- und Aufgabenkritik sowie Prozessoptimierung liegen vor		Die Entscheidung über den Einsatz liegt beim Verwaltungsvorstand, den Dezernenten bzw. den Abteilungsleitungen	Keine Information über den Umsetzungsstand
9	Personalmarketing	<i>Getroffene Maßnahmen:</i> - 2012 – neue Werbekampagne für Azubis aufgelegt (Flyer, Plakate, Internet, Handouts) - Online-Bewerbung und Online-Testung Azubis - Präsentation auf Ausbildungsplatzbörsen - Lernpartnerschaften/Praktika - Personalrecherche an Hochschulen und Lehrstühlen - Unterstützung externer Bachelor-	>Ende 2015  >Haushalt 2016		

		<p>/Masterthesen/ Dissertationen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Stellenausschreibungen in Printmedien mit QR-Code</li> <li>- Stellenausschreibungen auf Stellenportalen im Internet</li> </ul> <p><i>Geplante Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umstellung auf Online-Bewerbungen bei externen Ausschreibungen</li> <li>- Ermittlung und Prüfung geeigneter Software</li> <li>- Finanzierung</li> </ul>			Keine Information über den Umsetzungsstand
10	Krankendaten für das Betriebliche Eingliederungsmanagement	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ermittlung halbjährlich</li> <li>- Auswertung durch den Gesundheitsbeauftragten</li> <li>- Vernichtung durch Abteilungsleitung</li> </ul>	Geregelt	s. Dienstvereinbarung Betriebliches Eingliederungsmanagement	✓
11	Wissensmanagement	Teilbereich Personalentwicklungskonzept 1. Priorität	September 2015		Keine Information über den Umsetzungsstand
12	Zieldefinitionen	überarbeitet	Erledigt		✓

Weitere Handlungsfelder gem. Gespräch vom 16.01.2015 mit Hr. Kopitzki					
13	Übermittlung von Daten an die Versorgungskasse per Fax Bericht S. 17	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Handhabung durch andere kreisangehörige Kommunen wurde erfragt (z.B. verschlüsselte Leitung)</li> <li>- zukünftig Versand per Post</li> </ul>	Erledigt		✓
14	Gesundheitsmanagement Krankenstatistik Bericht S. 20	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anonymisierte Krankenstatistik wird jährlich erstellt</li> <li>- Prophylaxeprogramm erstellt auf Grundlage der Krankenkassendaten (Rücken, Stress u.a)</li> <li>- Gefährdungsbeurteilungen werden aktuell in Kitas durchgeführt</li> <li>- Gesundheitsmanagementkonzept</li> </ul>	<p>&gt; Datenschutz ist gewährleistet</p> <p>&gt; beauftragt Fertigstellung 1. Halbjahr 2015</p>		Keine Information über den Umsetzungsstand
15	Wirtschaftlichkeitsprüfung Auslagerung Beihilfesachbearbeitung GPA Bericht S. 22	wird von der GPA nicht empfohlen		Sachverhalt bis zur Sitzung mit 0.6 klären	In einem Klärungsgespräch am 09.02.2015, in welchem seitens 0.6 die Empfehlungen des GPA-Berichtes 2009 nochmals dargestellt worden sind, wurde eine Wirtschaftlichkeitsprüfung zugesagt. Bis zum 04.11.2015 ist keine Information über den Umsetzungsstand erfolgt.

16	Alternierende Teleheimarbeit Bericht S. 23	Einrichtung einer AG 1. Schritt – Kosten-Nutzen-Analyse	Termin- vereinbarung bis zur Sitzung am 11.02.2015	Derzeit ist ein Arbeitsplatz eingerrichtet, 2 Anträge auf Einrichtung liegen vor.	Eine Arbeitsgruppe, an welcher die Rechnungsprüfung nicht beteiligt ist, soll im Februar 2015 einberufen worden sein. Es wurde zugesagt, entsprechende Protokolle an die Rechnungsprüfung weiterzuleiten. Bis zum 04.11.2015 ist jedoch kein Protokoll eingegangen.  Es liegt auch keine Information darüber vor, ob (ggf. außer der ersten Sitzung) überhaupt Treffen der AG stattgefunden haben.
17	Prozesse - Bekanntwerden eines Mobbingfalles - Fahrplan zur Mobbingprävention - Durchführung Personalentwicklungsgespräche - Stellenbesetzungsverfahren Bericht S. 25/26	- Dienstvereinbarung abgeschlossen am 10.12.2014 - s. Punkt 9 der o.g. Dienstvereinbarung - fehlt - s. Anlage 2	75 % erledigt		✓
18	Leistungsorientierte Bezahlung (LOB) Bericht S. 38	- Verhandlungen über eine Dienstvereinbarung, die für Einführung von LOB per Tarifvertrag vorgeschrieben ist,	>1. Halbjahr 2015  > Termin 02.02.2015	Die Aussagen im Bericht unter dem Punkt „Leistungsanreize/	Keine Information über den Umsetzungsstand

		<p>wurden 2008 vom Personalrat abgebrochen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 2014 - Sondierungsgespräche mit Personalrat</li> <li>- Einigung auf zwei Infoveranstaltungen für Mitarbeiter/Innen</li> <li>- Einigung auf Termin u. Referent/In</li> </ul>		<p>leistungsorientierte Bezahlung“ beziehen sich nur auf immateriellen Anreize</p>	
--	--	---	--	--	--



# Rechnungsprüfung

Lünen/Selm

2015

---

## Prüfung:

**IKS-Prüfung Anlagenabgänge der Produkte**

**5105 - Brandschutz, 5115 - Rettungsdienst,**

**3105 - Schulen, 3110 - Zentrale Leist. u. Schulorganisation,**

**8210 - Beschaffung und Pflege v. Informationssystemen,**

**8305 - IT-Betrieb und 8310 - IT-Benutzerunterstützung**

---

## Bericht

## Zusammenfassung

Die Rechnungsprüfung hat aus den nachfolgend im Detail dargestellten Prüfungen die Erkenntnis gewonnen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Lünen entsprechend der rechtlichen Anforderungen handeln. Lediglich der Bereich der körperlichen Inventur wird vernachlässigt.

Dies ist auch der noch nicht in Kraft getretenen Inventurrichtlinie und veralteten verwaltungsinternen Vorschriften geschuldet. In den geprüften Organisationseinheiten liegen unterschiedlichen Verfahrensweisen im Umgang mit Anlageabgängen vor.

Die Rechnungsprüfung empfiehlt daher, die Inventurrichtlinie der Stadt Lünen zu aktualisieren und die korrespondierenden Geschäftsanweisungen dementsprechend anzupassen.

## Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkungen .....	5
1.1.	Zuständigkeit d. örtlichen Rechnungsprüfung u. Rechtsgrundlagen ..	5
1.2.	Prüfungsanlass und Prüfungsziel.....	5
1.3.	Prüfungsgegenstand, -schwerpunkte, -zeitraum .....	5
2.	Prüfungsdurchführung .....	6
2.1.	Ablauf der Prüfungsdurchführung .....	6
2.2.	Prüfung des Internen Kontrollsystems .....	6
2.3.	Risikobeurteilung.....	6
3.	Prüfungsergebnisse und Empfehlungen.....	7
3.1.	Produkt 5105 - Brandschutz, 5115 - Rettungsdienst .....	7
3.2.	Produkte 3105 – Schulen, 3110 – Zentrale Leistungen und Schulorganisation.....	8
3.3.	Produkte 8210 - Beschaffung u. Pflege v. Informationssystemen, 8305 - IT-Betrieb, 8310 - IT-Benutzerunterstützung.....	9
4.	Maßnahmen / Empfehlungen .....	10

## **Abkürzungsverzeichnis**

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
Ggf.	gegebenenfalls
GO NW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
IKS	Internes Kontrollsystem
i.V.m.	in Verbindung mit
LHO	Landeshaushaltsordnung

## **1. Vorbemerkungen**

### **1.1. Zuständigkeit d. örtlichen Rechnungsprüfung u. Rechtsgrundlagen**

Gemäß § 101 Abs. 1 Nr. 1 und § 103 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 4 Abs. 1 der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Lünen hat der Rechnungsprüfungsausschuss bzw. die örtliche Rechnungsprüfung den Jahresabschluss der Gemeinde zu prüfen.

Laut § 75 Abs. 1 GO NRW hat die Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert und die Haushaltswirtschaft wirtschaftlich, effizient und sparsam zu führen ist.

Es gilt insbesondere die Beachtung von § 31 GemHVO NRW (Sicherheitsstandards und interne Aufsicht). Ergänzend wird auf die Anlage „Abgabenordnung“ des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen an die obersten Finanzbehörden der Länder vom 07.11.1995 – IV A 8 – S 0316 – 52/95- BStBl 1995 I S. 738 „Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)“, Abs. IV verwiesen. Die Überprüfung des internen Kontrollsystems (IKS) ist somit eine der wichtigen Aufgaben im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bei der Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes.

Des Weiteren wird auf die mit dem BMF-Schreiben vom 14.11.2014 - IV A 4 - S 0316/13/10003 (BStBl I 2014 S. 1450) bekanntgegebenen neuen „Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD)“ verwiesen.

### **1.2. Prüfungsanlass und Prüfungsziel**

Die Prüfung erfolgte auf Initiative der kommunalen Rechnungsprüfung.

### **1.3. Prüfungsgegenstand, -schwerpunkte, -zeitraum**

Prüfungsgegenstand ist die Abwicklung von Anlagenabgängen der Produkte 5105 - Brandschutz, 5115 - Rettungsdienst, 3105 - Schulen, 3110 - Zentrale Leist. u. Schulorganisation, 8210 - Beschaffung und Pflege v. Informationssystemen, 8305 - IT-Betrieb und 8310 - IT-Benutzerunterstützung. Die Prüfung fand vom 05.05.2015 bis 25.06.2015 statt.

## 2. Prüfungsdurchführung

### 2.1. Ablauf der Prüfungsdurchführung

Die Prüfungen wurden im Wesentlichen als Prozessprüfungen vorgenommen. Checkliste und Erläuterung wurden Anfang Mai 2015 übermittelt.

Folgende Ansprechpartner standen zur Verfügung und lieferten die gewünschten Unterlagen und Informationen unterschiedlich umfangreich.

5105 - Brandschutz, 5115 - Rettungsdienst, 3105 - Schulen, 3110 - Zentrale Leist. u. Schulorganisation, 8210 - Beschaffung und Pflege v. Informationssystemen, 8305 - IT-Betrieb und 8310 - IT-Benutzerunterstützung

Produkt	Ansprechpartner
5105 – Brandschutz, 5115 - Rettungsdienst	Stellv. Ltg. Berufsfeuerwehr Ltg. Verwaltung, MA Verwaltung
3105 – Schulen, 3110 - Zentrale Leist. u. Schulorganisation	Ltg. Schulverwaltung, MA Schulverwaltung
8210 - Beschaffung u. Pflege v. Informationssystemen, 8305 - IT-Betrieb 8310 - IT-Benutzerunterstützung	Ltg. IT, MA IT

Von Seiten der Rechnungsprüfung wurde die Prüfung von Frau Kaletta durchgeführt.

### 2.2. Prüfung des Internen Kontrollsystems

Die Prüfung des Internen Kontrollsystems bezieht sich schwerpunktmäßig auf die Bereiche Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollaktivitäten und Information und Kommunikation.

### 2.3. Risikobeurteilung

Die vorliegende Risikobeurteilung untergliedert sich in folgende Betrachtungsbereiche: Personal (z.B. Bemessung, Bestand, Entwicklung und Fortbildungsstand), sachliche Gegebenheiten (u.a. strukturelle/rechtliche maßgebliche Veränderungen, Vorhandensein und Aktualität von Dienstvereinbarungen und Dienstanweisungen), EDV und Datenschutz.

### **3. Prüfungsergebnisse und Empfehlungen**

#### **3.1. Produkt 5105 - Brandschutz, 5115 - Rettungsdienst**

##### **3.1.1. Kontrollumfeld**

Laut Aussage der zuständigen Abteilung liegen Organigramme und Zuständigkeitsbeschreibungen vor. Für die Verwaltungsmitarbeiter/innen liegen Stellenbeschreibungen vor, für den Bereich der Feuerwehr liegen entsprechend Dienstvorschriften bzw. der Brandschutzbedarfsplan vor.

Der Personalbestand wird als angemessen beurteilt; Ausfälle seien aber nicht zu kompensieren. 8.1 führt aktuell eine Organisationsuntersuchung durch. Rückstände liegen im Verwaltungsbereich bei der Kostenrechnung, im Bereich Feuerwehr bei der Erstellung der Gefährdungsbeurteilungen und der Prüfung der ortsveränderlichen Geräte vor.

##### **3.1.2. Risikobeurteilung**

Die Mitarbeiter/innen sind ausreichend qualifiziert. Fortbildungen werden bedarfsorientiert durchgeführt. Die Fluktuation ist in einem normalen Rahmen.

Als Grundlage für die Bearbeitung von Anlagenabgängen wird die Inventarordnung genannt und zur Verfügung gestellt. Die „Inventarrichtlinie der Stadt Lünen“ liegt im Entwurf vom 29.04.2004 vor. Diese enthält keine Angaben zum Umgang mit Anlagenabgängen. Die gesetzlichen Vorschriften wie die GemHVO sind bekannt.

Eine Prozessbeschreibung lag zunächst nicht vor. Sie wurde im Gespräch ermittelt und von 0.6 skizziert (s. Anlage 1). Nach Ausmusterung einer Anlage wird diese über das Portal „Zollauktion“ versteigert. Dementsprechend konnten im Zeitraum von 2009 bis 2014 für das Produkt 510500 Brandschutz Erlöse im Wert von 70.761,86 € und für das Produkt 511500 Rettungsdienst 21.390,00 € erzielt werden. Anlagen, die einen Verkaufserlös erwarten lassen, werden über eine Auktionsplattform veräußert. Die so veräußerten Anlagen werden zeitgerecht und ordnungsgemäß in der Anlagenbuchhaltung gekennzeichnet, Buchungen erfolgen ebenso zeitnah und ordnungsgemäß. Unregelmäßigkeiten wurden nicht festgestellt.

Für den eigenen Prozess wird keine relevante EDV eingesetzt. Die Anlagenbuchhaltung erfolgt in H+H und unterliegt dem Verantwortungsbereich von 0.91.

Anlagen mit datenschutzrechtlichen Sachverhalten (z.B. Computer/ Datenträger mit Personen- und Kundendaten, Betriebsgeheimnissen) werden vor der Verschrottung formlos zerstört. Bei einer Verschrottung/ einem Verkauf z.B. eines Computers sollte zuvor eine datenschutzrechtliche Beurteilung durchgeführt und die sichere Vernichtung der Daten mittels eines entsprechender Vermerks dokumentiert werden.

### **3.1.3. Kontrollaktivitäten**

Im untersuchten Bereich dokumentieren das Formular Ausgangsrechnung und entsprechende Verfügungen den Ablauf der Anlagenabgänge bei Verkäufen. Für den Fall der Verschrottung liegen keine Abgangsformulare oder andere Belege vor.

Kontrollen durch Vorgesetzte werden im Rahmen der Brandschutzbedarfsplan regelmäßig durchgeführt.

Das Inventar ist gem. § 28 Abs. 1 GemHVO NRW alle fünf Jahre durch eine körperliche Inventur aufzunehmen. Nach Abstimmung zwischen den für die Anlagen verantwortlichen Bereichen und Aktualisierung der Dienstanweisungen (s. Maßnahmen/Empfehlungen) sollte die Bewirtschaftung des Anlagebestandes inkl. der Anlagenabgänge entsprechend vorgenommen werden.

### **3.1.4. Information und Kommunikation**

Dienstbesprechungen werden regelmäßig durchgeführt.

## **3.2. Produkte 3105 – Schulen, 3110 – Zentrale Leistungen und Schulorganisation**

### **3.2.1. Kontrollumfeld**

Organigramme, Zuständigkeits- und Stellenbeschreibungen liegen laut Aussage der zuständigen Abteilung vor. Vertretungsregelungen sind ausreichend getroffen. Der Personalbestand wird im Bereich der Schulverwaltung allgemein und für den Bereich der Inventur als nicht angemessen bewertet. Organisationsuntersuchungen hierzu liegen nicht vor, eine Stellenausweitung wurde allerdings nicht genehmigt.

Rückstände liegen für den Bereich der Inventur vor (s. 3.2.3).

### **3.2.2. Risikobeurteilung**

Die (nur im Entwurf vorliegende) Inventurrichtlinie ist der Fachabteilung nicht bekannt. Für die Schulen wurde eine „Geschäftsanweisung für die Bewirtschaftung städt. Haushaltsmittel durch die Lünen Schulen“ erlassen, die grundlegende Anweisungen zum Umgang mit Anlagenabgängen beinhaltet. Die gesetzlichen Vorschriften wie die GemHVO sind bekannt.

Eine Prozessbeschreibung lag zunächst nicht vor. Sie wurde im Gespräch ermittelt und von 0.6 skizziert (s. Anlage 2). Über Anlagenabgänge, die der Schulverwaltung gemeldet werden, wird 0.91 formlos (z.B. per Mail) informiert. Verkäufe finden nicht statt (s. Ergänzung der Ablaufbeschreibung).

Datenschutzrechtliche Sachverhalte liegen nicht vor.

Für den eigenen Prozess wird keine EDV eingesetzt. Die Anlagenbuchhaltung erfolgt in H&H und unterliegt dem Verantwortungsbereich von 0.91.

Auskünfte aus H&H können eigenständig von der Abteilung eingeholt werden. Bei Bedarf werden Excel-Listen durch die Abteilung generiert.

### **3.2.3. Kontrollaktivitäten**

Abgangsformulare liegen nicht vor. Kontrollen durch Vorgesetzte werden nicht durchgeführt. Abteilungsinterne Prüfdokumente des Anlagenbestands liegen nicht vor. Die letzte körperliche Inventur erfolgte mit der Erstaufnahme 2006.

### **3.2.4. Information und Kommunikation**

Dienstbesprechungen werden i.d.R. monatlich, Besprechungen mit den Schulsekretariaten etwa jedes Jahr und bedarfsorientiert durchgeführt.

## **3.3. Produkte 8210 - Beschaffung u. Pflege v. Informationssystemen, 8305 - IT-Betrieb, 8310 - IT-Benutzerunterstützung**

### **3.3.1. Kontrollumfeld**

Organigramme, Zuständigkeits- und Stellenbeschreibungen liegen laut Aussage der zuständigen Abteilung vor. Vertretungsregelungen sind ausreichend getroffen.

Der Personalbestand wird als nicht angemessen bewertet. Ein Mitarbeiter fehlt bereits seit Ende 2013. Es liegt ein Bericht der GPA vor, dieser ist allerdings nicht mehr vergleichbar, da eine Neuorganisation und Aufteilung der bisherigen Abteilung „8.2-Organisation und IT“ in die Abteilungen „8.3 IT“ und „8.1 Organisation“ erfolgt ist. Zudem sind weitere Aufgaben, wie z.B. die Schul-IT, übernommen worden, sowie neue hinzugekommen (s. 3.3.2).

Rückstände sind insbesondere im Bereich IT Schulen zu verzeichnen und sind stetig steigend.

### **3.3.2. Risikobeurteilung**

Die Mitarbeiter/innen sind ausreichend qualifiziert. Fortbildungen werden durchgeführt. Eine hohe Fluktuation ist nicht gegeben.

Die (nur im Entwurf vorliegende) Inventurrichtlinie ist der Fachabteilung ebenso bekannt, wie die gesetzlichen Vorschriften (GemHVO).

Strukturell maßgebliche Veränderungen ergeben sich durch die Integration der IT der Schulen und durch neue Anforderungen z.B. durch eGovernment und die Einführung von DMS.

Für das Controlling des Anlagevermögens ist 8.3 verantwortlich. Es besteht eine hohe Bearbeitungsdichte mit den Anlagegütern. Die Aktualität wird durch das Führen und wöchentliche Abgleichen mit der Anlagenbuchhaltung (0.91) gewährleistet. Wertermittlungen erfolgen formlos.

Für den eigenen Prozess wird keine EDV eingesetzt. Die Anlagenbuchhaltung erfolgt in H&H und unterliegt dem Verantwortungsbereich von 0.91.

Datenschutzrechtlich relevante Sachverhalte können vorliegen. Grundsätzlich werden Festplatten vor Verschrottung an einer Ständerbohrmaschine durchbohrt. Vor einem Verkauf werden Formatierungsverfahren des BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) verwendet. Nachweisdokumente werden hierzu nicht geführt.

Bei einer Verschrottung/einem Verkauf z.B. eines Computers sollte zuvor eine datenschutzrechtliche Beurteilung durchgeführt und die sichere Vernichtung der Daten mittels eines entsprechenden Vermerks dokumentiert werden.

### **3.3.3. Kontrollaktivitäten**

Kontrollen durch Vorgesetzte werden, bedingt durch die hohe Bearbeitungsdichte mit den Anlagegütern, nicht durchgeführt. Abteilungsinterne Prüfdokumente des Anlagenbestands stellen die genannten Excel-Listen sowie handgeschriebene Notizen dar. Die letzte körperliche Inventur erfolgte mit der Erstaufnahme 2006.

### **3.3.4. Information und Kommunikation**

Dienstbesprechungen werden regelmäßig durchgeführt.

Erforderliche Abstimmungen mit 0.91 erfolgen zeitnah durch den Abgleich der o.g. Excel-Listen und Buchungsbelege.

## **4. Maßnahmen / Empfehlungen**

Die Inkraftsetzung der Inventurrichtlinie gem. § 28 Abs. 4 GemHVO wurde bereits im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses angeordnet. Nach einer inhaltlichen Überarbeitung, die zum Teil mittlerweile erfolgt ist, soll diese nun mit dem nächsten Abschnitt der Folgeinventur Straßen in Kraft gesetzt werden.

Die „Allgemeine Geschäftsanweisung für die Stadtverwaltung Lünen (AGA)“, die „Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung der Stadt Lünen“, die „Geschäftsanweisung zur Regelung der sachlichen und rechnerischen Verantwortlichkeiten bei der Prüfung und Erfassung von Zahlungsansprüchen und Zahlungsverpflichtungen bei der Stadtverwaltung Lünen“ und die „Inventurrichtlinie der Stadt Lünen“ sollten, inkl. zu verwendender Vordrucke und inkl. Regelungen zum Datenschutz, nach Absprache mit 8.1, 0.91 und dem Datenschutzbeauftragten, so aktualisiert werden, dass die Abwicklung von Anlagenabgängen integriert wird, die Regelungen ineinandergreifen und den gesetzlichen Vorgaben genügen. Die jeweiligen, für die Entwicklung dieser Regelungen verantwortlichen Fachabteilungen sollten grundsätzlich erkennbar sein.

Inventarverantwortliche sollten Auswertungsmöglichkeiten bzw. Berichtsvordrucke der Anlagenbuchhaltung zur Verfügung gestellt werden, die Auskünfte über

- Menge der Anlagen
- aktuellen Gesamtwert der Anlagen
- aktuellen Buchwert einer Anlage

geben.

Abteilungsleiter und Inventarverantwortliche sollten über die aktualisierten Regelungen und die gesetzlichen Vorgaben informiert und in die Lage versetzt werden, Anlagen ihres Verantwortungsbereiches rechtssicher und kostenbewusst zu bewirtschaften.

Eine Abstimmung der Rechnungsprüfung wird diesbezüglich mit 0.91 und 8.1 erfolgen.

---

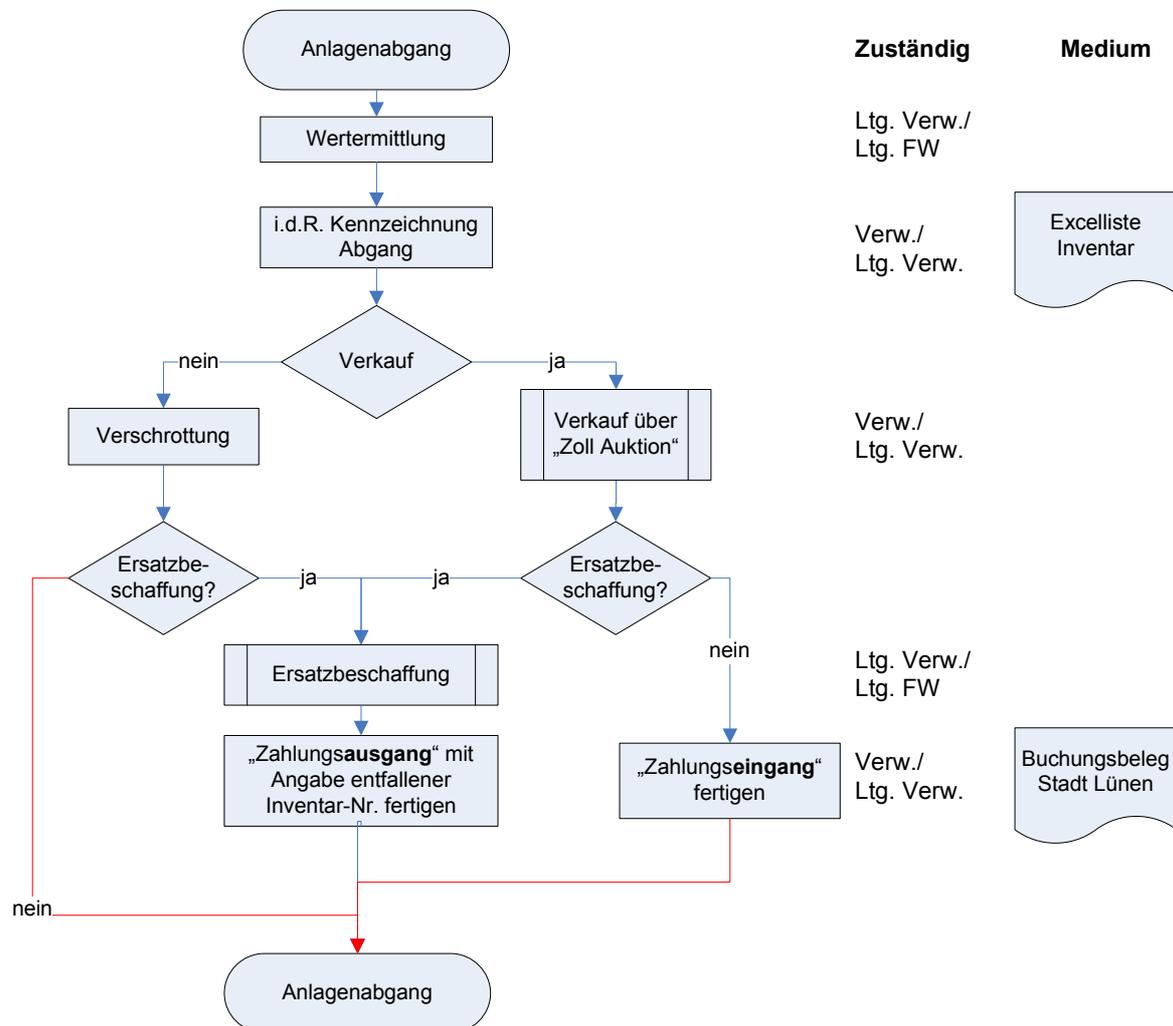
Jürgen Kopitetzki  
Rechnungsprüfung Lünen

---

Susanne Kaletta  
Rechnungsprüfung Selm

## Anlage 1 (Prozessdarstellung Produkte Brandschutz/Rettungsdienst)

Anlagenabgänge in den Produkten 5105 - Brandschutz und 5115 - Rettungsdienst



Ist ein Verkauf eines Vermögensgegenstands des Anlagevermögens möglich, wird dies über das Portal „Zoll Auktion“ abgewickelt.

Wird für einen zu verschrottenden oder zu verkaufenden Vermögensgegenstand eine Ersatzbeschaffung durchgeführt, wird auf dem Buchungsbeleg für den Zahlungsausgang die entfallende Inventar-Nummer notiert. (Übergang Anlagenbuchhaltung)

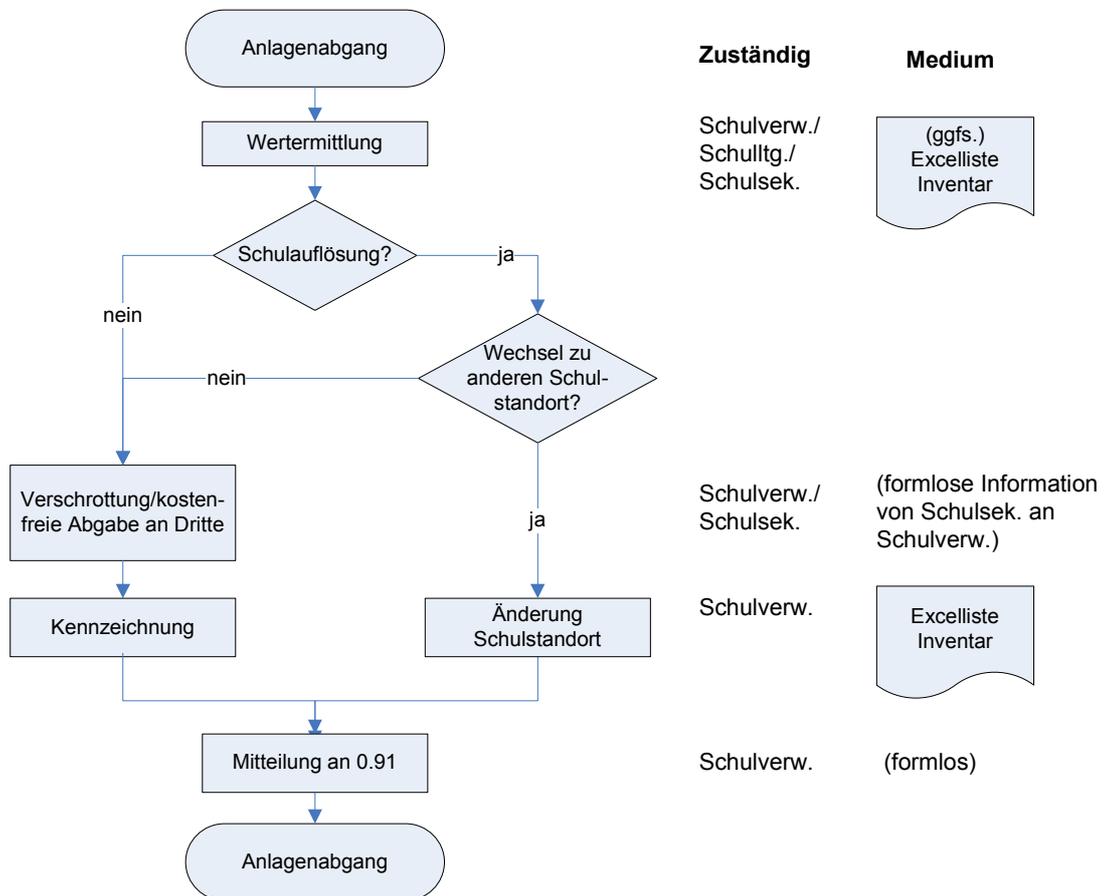
Ist keine Ersatzbeschaffung erforderlich, könnte auf dem Buchungsbeleg die entfallende Inventar-Nummer notiert werden. Dies ist auf dem Buchungsbeleg allerdings nicht vorgesehen.

Für die Verschrottung ohne Ersatzbeschaffung liegt kein Beleg vor.

## Anlage 2 (Prozessdarstellung Produkte Schule/Zentrale Leistungen u. Schulorganisation)

Anlagenabgänge in den Produkten:

3105 – Schulen, 3110 – Zentrale Leistungen und Schulorganisation



Anlagenabgänge erfolgen in der Regel direkt durch die Information der Schulsekretariate über die Verschrottung von Anlagegütern.

Die Schulverwaltung wertet das Anlagevermögen im Bedarfsfall für einzelne Schulen aus und exportiert die Daten nach Excel zur weiteren Bearbeitung.

Abgänge, die von den Schulsekretariaten gemeldet oder mit der Schulverwaltung abgesprochen werden, werden an 0.91 gemeldet.

Bei Schulauflösungen werden Anlagegüter, die noch nutzbar erscheinen, zunächst den anderen Schulen angeboten. Ein Standortwechsel wird entsprechend an 0.91 gemeldet. Prozesse der letzten Jahre haben ergeben, dass ein Verkauf an Dritte keinen Erfolg verspricht. Demnach werden Anlagegüter, die weder an andere Schulen abgegeben, noch verkauft werden, verschrottet oder an Dritte kostenfrei abgegeben. Der Abgang wird ebenfalls in den Listen gekennzeichnet.

Für Verschrottungen oder kostenfreie Abgaben liegen keine Belege der Schulsekretariate oder Schulverwaltung vor.

Die Schulverwaltung gibt Anlagenabgänge formlos an 0.91 weiter.